

Hochschule Esslingen

University of Applied Sciences

Nah an Mensch und Technik.

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Abschlussbericht

BeB – Evaluationsprojekt

Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen
in differenzierte gemeindenahе Wohnangebote im
Rahmen des UGK-Programms der Aktion Mensch

gefördert durch:

Impressum

BeB – Evaluationsprojekt Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in differenzierte gemeindenahe Wohnangebote im Rahmen des UGK-Programms der Aktion Mensch

Abschlussbericht

Dr. Heidrun Metzler

Universität Tübingen (Projektteil I)

Prof. Dr. rer. pol. Arnold Pracht

Hochschule Esslingen (Projektteil II)

Endredaktion:

Rolf Drescher, Geschäftsführer BeB

Herausgeber:

Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V.

Invalidenstraße 29, 10115 Berlin

Tel.: 030 83001-270

Fax: 030 83001-275

E-Mail: info@beb-ev.de

Internet: www.beb-ev.de

Arbeitsbereiche:

Soziale Teilhabe und Sozialraumorientierung, Unternehmensführung und -entwicklung

Themenhüter im BeB-Vorstand:

Dr. Ilka Sax-Eckes, Thorsten Tillner

Das Dokument steht als kostenloser Download zur Verfügung unter www.beb-ev.de – Rubrik „Publikationen > Bücher und Broschüren > Downloads“

Auftraggeber:

Erstellt im Auftrag des BeB. Die Durchführung der Untersuchungen sowie die Schlussfolgerungen aus den Untersuchungen sind von den Auftragnehmern in eigener wissenschaftlicher Verantwortung vorgenommen worden. Der BeB übernimmt insbesondere keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Untersuchungen. Gefördert durch einen Zuschuss der Aktion Mensch.

Gestaltung und Satz:

Verbum GmbH, www.verbum-berlin.de

Dieser Text wurde übersetzt vom Büro für Leichte Sprache der Gemeindediakonie Mannheim.

Geprüft durch Beschäftigte der Beruflichen Bildung der Diakoniewerkstätten Rhein-Neckar.

Die Bilder in diesem Text sind von: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung

Bremen e.V., Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Alle Rechte einschließlich der fotomechanischen Wiedergabe und des auszugsweisen Nachdrucks sind vorbehalten.

© BeB

Berlin, im März 2016

Inhalt

A	Vorwort des Auftraggebers	3
B	Vorwort, Zusammenfassung der Projektteile I und II und Kurzfassung in Leichter Sprache	5
	Zusammenfassung des Projektteils I: Fachlich-konzeptionelle Evaluation	5
	Zusammenfassung des Projektteils II: Betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation	6
	Kurzfassung in Leichter Sprache	7
C	Fachlich-konzeptionelle Evaluation des UGK-Prozesses (Projektteil I)	17
	I Theoretische Grundlagen von Dezentralisierung und methodische Zugänge	18
	1. Theoretische Grundlagen und Qualitätsmaßstäbe	18
	2. Methodische Zugänge	19
	2.1 Die Perspektive der Menschen mit Behinderung	19
	2.2 Die Perspektive der Mitarbeitenden	20
	2.3 Sozialraumkartierungen der neuen Einrichtungen	20
	II Der Prozess der Dezentralisierung aus unterschiedlichen Perspektiven	21
	1. Der Start: Einbeziehung der Menschen mit Behinderung und der Mitarbeitenden	21
	1.1 Partizipation der Menschen mit Behinderung	22
	1.2 Partizipation der Mitarbeitenden	25
	2. Nach dem Umzug: Standorte, Charakteristika der umgezogenen Menschen, Arbeitsanforderungen an Mitarbeitende	26
	2.1 Standorte und Infrastrukturbewertung	26
	2.2 Beteiligte Menschen: „Wer darf mit? Charakteristika der umgezogenen Menschen mit Behinderung	29
	2.3 Anforderungen an die Mitarbeitenden: Arbeitssituationen und deren Bewertung	30
	3. Qualitätskriterien: Teilhabe und Lebensqualität	33
	3.1 Wohnungsbezogene Rahmenbedingungen	33
	3.2 Handlungsspielräume	33
	3.3 Soziale Beziehungen und Netzwerke	34
	3.4 Nutzung der Infrastruktur /Freizeitangebote	35
	3.5 Wohlbefinden und Zufriedenheit	37
	Fazit	39
D	Betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation des UGK-Prozesses (Projektteil II)	41
	1. Einleitung – Beschreibung des Projektauftrages	42
	1.1 Stand der Forschung	42
	1.2 Methodische Umsetzung und Vorgehensweise	43
	2. Entwicklung der Forschungshypothesen	45
	2.1 Prozessbeschreibung der Entwicklung von Hypothesen	45
	2.2. Ableitung erster Hypothesen	45
	2.3 Darstellung der Hypothesen	47
	2.4 Einfluss der Rahmenbedingungen – Diskussion im Zuge einer Workshop-Veranstaltung	48
	3. Überprüfung der Hypothesen	51
	3.1 Entwicklung eines Fragebogens	51
	3.2 Qualitative und quantitative Aussagen zu den Rückläufen der Befragung	51
	3.3 Darstellung ausgewählter Ergebnisse	52
	3.4 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen einer Workshop-Veranstaltung	60
	4. Ableiten von Kernaussagen zur Frage ökonomischer Effekte von Dezentralisierungsprojekten	61
	4.1. Ökonomische Auswirkungen von Dezentralisierung in Abhängigkeit spezifischer Umsetzungsphasen	61
	4.2. Fördernde und hemmende Faktoren des Prozesses der Dezentralisierung	62

E	Gemeinsame Handlungsempfehlungen (Projektteile I und II)	65
F	Nachwort des Auftraggebers	69
G	Anhang	71
	G 1 Beteiligte Einrichtungen/Träger	71
	G 2 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	71
	G 3 Literatur	73
	G 4 Erhebungsinstrumente in Projektteil 1 (fachlich-konzeptionelle Evaluation)	74
	G 5 Erhebungsinstrument in Projektteil II (betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation) und Datenspiegel	104

A Vorwort des Auftraggebers

Abschlussbericht zur Evaluation der „Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in differenzierte gemeindenahe Wohnangebote im Rahmen des UGK-Programms der Aktion Mensch“

Der BeB hatte in den zurückliegenden Jahren mehrfach das Sonder-Förderprogramm der Aktion Mensch „Umwandlung UGK“, gemeinsam mit der Diakonie Deutschland (DD) und der Aktion Mensch (AM) beworben. Nicht zuletzt aufgrund dieser Aktivitäten ist die Diakonie mit 25 Trägern der Behindertenhilfe an diesem Sonderprogramm und einem Zuschussvolumen von annähernd 100 Millionen € (von insgesamt ca. 160 Millionen €) beteiligt. Die dadurch ausgelösten Investitionen betragen ein Vielfaches dieses Betrages.

Damit werden rund 4.700 Wohnplätze in der Diakonie umgewandelt. Mit dieser umfassenden Aktivität leisten diakonische Träger und Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – konkret und vor Ort, also im Sozialraum. Sie unterstützen damit die Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderung und verbessern deren Wahl- und Teilhabemöglichkeiten.

Angesichts der Dimension dieses Vorhabens und der damit einhergehenden (fach)politischen Signalwirkung hat sich der BeB Vorstand Ende 2012, in Abstimmung mit der Diakonie Deutschland und der Aktion Mensch, dazu entschlossen, diesen Umwandlungsprozess von Groß- und Komplexeinrichtungen im Rahmen des Förderprogramms der Aktion Mensch evaluieren zu lassen.

Hintergrund dieser Entscheidung war die fachlich-inhaltliche Überzeugung, dass Menschen mit Behinderung zukünftig im Sozialraum integriert, entweder in der eigenen Wohnung oder in kleinen Wohneinheiten, leben möchten. Damit verbunden ergab sich gleichzeitig die Fragestellung, wie sich die daraus ergebenden Veränderungen wirtschaftlich auf die handelnden Träger auswirken und wie sich die Wohn- und Lebenssituation der Menschen mit Behinderung verändert, die den Umzug mitten in eine neue Umgebung vollzogen haben. Folglich wurde ein zweiphasiges Evaluationsprojekt auf den Weg gebracht, das aus Eigenmitteln des BeB und einem großzügigen Zuschuss der Aktion Mensch finanziert werden konnte.

Das Evaluationsprojekt richtete sich ausschließlich an die 25 diakonischen Träger im BeB, die am UGK-Programm der AM teilnehmen. Bei diesen Trägern war und ist die Umsetzung unterschiedlich weit vorangeschritten und reicht von „fast abgeschlossen“ über „mittendrin“ bis „ganz am Anfang“.

Es sollte untersucht werden, wie sich die Leitmotive des AM-Programms (Förderung der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung, Schaffen von Wahlmöglichkeiten, Partizipation von Menschen mit Behinderung und ihres sozialen Netzwerks) im Zuge des Umwandlungsprozesses realisieren lassen, welche Hürden dabei zu überwinden sind bzw. welche Probleme nicht geklärt werden können und somit Änderungen der (politischen und rechtlichen) Rahmenbedingungen erforderlich machen. Neben den fachlichen Themenstellungen sollten zusätzlich, in einem zweiten Projektteil, betriebswirtschaftliche Fragestellungen in Bezug auf die Dezentralisierungsprozesse analysiert werden.

In dem auf 30 Monate angelegten Projekt von Januar 2013 bis Juni 2015 wurden mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen die Wirkungen auf die Menschen mit Behinderung und auf die Träger untersucht. Es ging dabei um die Erhebung objektiver Veränderungen sowie subjektiver Wirkungen bei Menschen mit Behinderung („Wirkung auf die MmB“), die vom Umwandlungsprozess tangiert waren. Dazu zählen z.B. Fragen nach Art und Struktur der neuen Wohnform ebenso wie Fragen nach der Zufriedenheit der einbezogenen Menschen mit Behinderung. Mittels Interviews, Fragebögen und Workshops konnten sich die Beteiligten am „Umwandlungsprozess“ in den Prozess der Evaluation einbringen. Der Beirat der Menschen mit Behinderung im BeB hat das Evaluationsprojekt begleitet. Weiterhin wurden die Führungsebenen der am UGK-Programm beteiligten diakonischen Träger schriftlich befragt („Wirkung auf die Träger“) und in Workshops einbezogen.

Das Projekt ist konkret mit einer Auftaktveranstaltung im Februar 2013 in Kassel, unter Beteiligung von Dr. Heidrun Metzler von der Universität Tübingen (für den Part „Wirkung auf die Menschen mit Behinderung“) und Prof. Dr. Arnold Pracht von der Hochschule Esslingen (zu den betriebswirtschaftlichen Fragestellungen) gestartet.

Begleitet wurde dieses Projekt durch einen Beirat bestehend aus den Projektpartnern (Dr. Heidrun Metzler, Prof. Dr. Arnold Pracht), einer Vertreterin der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, einem Vertreter des BeB Beirats der Menschen mit Behinderung, einem Vertreter des BeB Angehörigenbeirats, Mitgliedern des BeB Vorstandes sowie dem Geschäftsführer des BeB, Rolf Drescher.

Ein weiteres Ziel des Evaluationsprojekts war es, die beteiligten Träger miteinander zu vernetzen, um voneinander lernen zu können und somit einen Beitrag zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft zu leisten. Es sollten durch die Ergebnisse des Evaluationsprojektes auch auf ggf. eintretende Fehlentwicklungen hingewiesen und Korrekturen bei den Rahmenbedingungen eingefordert werden.

Neben den inhaltlichen Fragestellungen wurden auch betriebswirtschaftliche Effekte im Gesamtprojekt untersucht. Ausgehend von der These, dass die Neugestaltung der Angebote zu anderen Strukturen, insbesondere in den Bereichen Personal und Immobilien und somit auch zu einer Veränderung der Ergebnisse der GuV (Gewinn- und Verlustrechnung) und der Bilanzstruktur führt, sollte ein Vorher-Nachher-Vergleich durchgeführt werden. Soweit wie möglich, sollten Einrichtungen in verschiedenen Projektphasen verglichen werden. Anschließend wurden die Daten in Beziehung zueinander gebracht, um dann entsprechende Kausalitäten darzustellen, die für die weitere Umsetzung von erfolgreichen Dezentralisierungsprozessen genutzt werden können. Um eine hohe Praxisrelevanz sicherzustellen, war in dem Projekt eine jeweilige Rückkopplung mit den Projektpartnern immanenter Bestandteil.

Ausgangsmenge beim Projekt waren 25 Einrichtungen. Tatsächlich in vollem Umfang teilgenommen haben allerdings nur 17 Einrichtungen im Projektteil I („Wirkung auf die Menschen mit Behinderung“) und 19 Einrichtungen im Projektteil II („Wirkung auf die Träger“).

Wir bedanken uns bei den beteiligten Wissenschaftlern Dr. Heidrun Metzler, Prof. Dr. Arnold Pracht und ihren Teams (insbesondere Petra Binz) und den teilnehmenden Einrichtungen sowie den Befragten für die Antworten sowie das aktive Begleiten in diversen Workshops.

Die Ergebnisse des Evaluationsprojekts wurden am 4.12.2015 in Berlin in einer Fachtagung der Öffentlichkeit vorgestellt, um für „die Machbarkeit des Umwandlungsprozesses zu werben“ bzw. auf Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen. In diese Abschluss-tagung waren auch Politik und Leistungsträger einbezogen, um gemeinsam die Ergebnisse (förderliche und hinderliche Faktoren beim Umwandlungsprozess) zu diskutieren und Handlungsbedarfe zu identifizieren.

Berlin, März 2016

B Vorwort, Zusammenfassung der Projektteile I und II und Kurzfassung in Leichter Sprache

Das Programm „Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in gemeindeintegrierte Wohnangebote“ der Aktion Mensch startete 2002. An ihm beteiligen sich diakonische Einrichtungsträger ebenso wie Mitgliedseinrichtungen des Caritasverbandes Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) und – wenn auch in einem bedeutend geringerem Umfang – Mitglieder anderer Verbände.

Mit der Evaluation der Strategien und Prozesse diakonischer Einrichtungsträger beauftragte der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) die Universität Tübingen, Dr. Heidrun Metzler, sowie die Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Arnold Pracht. Finanziell gefördert wurde die Evaluation durch die Aktion Mensch. Mit der Beauftragung begann für die beteiligten Institute ein spannender Prozess des interdisziplinären Austausches: Zu evaluieren, d. h. in ihren Wirkungen zu beurteilen waren zum einen die inhaltlich-fachlichen Konzeptionen der Einrichtungsträger, zum anderen die betriebswirtschaftlichen Strategien, die für die Umgestaltung von Groß- und Komplexeinrichtungen bzw. die Etablierung neuer Wohnangebote gewählt wurden.

Oft hört man in der Praxis, dass sich die beiden Disziplinen – die Pädagogik und die Betriebswirtschaft – unversöhnlich gegenüber stünden: Die wünschenswerten Rahmenbedingungen der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung könnten aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht realisiert werden, so die eine Seite – den Pädagoginnen und Pädagogen fehle jedes Verständnis für wirtschaftliche Zwänge und Notwendigkeiten, so die andere Seite. Diese Ansicht teilen wir nicht. Von Interesse war vor allem, wie es den jeweiligen Trägern gelingt, in ihren spezifischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fachliche Konzepte auf den Weg zu bringen, die einen „Mehr-Wert“ für die beteiligten Menschen mit Behinderung darstellen. Im methodischen Vorgehen der jeweiligen Projektteile wurden daher zwar durchaus eigene Wege beschritten; gleichzeitig wurden aber auch gemeinsame Themenfelder identifiziert, die in verschiedenen Erhebungen thematisiert wurden. Dazu zählt zum Beispiel die Frage, ob und wie fachlich wünschenswerte kleine Wohngemeinschaften (4-6 Personen) realisiert werden können, ohne dass die Gegenfinanzierung der öffentlichen Hand nicht gewährleistet ist. Weitere gemeinsame Themenfelder bezogen sich auf die Frage nach der Einbeziehung von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, die Anforderungen an die Mitarbeitenden, die Rolle zentraler Dienste etc. Die gemeinsamen Erfahrungen und Erkenntnisse können gleichwohl nur sehr bedingt präsentiert werden. Ange-

sichts der – streng statistisch gesehen – sehr kleinen Zahl der beteiligten Einrichtungsträger (N=21) würde eine Aussage wie „10% (N=2), 20% (N=4) oder 80% (N=16) der Träger lösen die fachlichen und betriebswirtschaftlichen Herausforderungen ausgezeichnet“, elementare datenschutzrechtliche Bestimmungen verletzen. Solche Aussagen müssten mit weiteren Details angereichert werden, die die den Trägern zugesicherte Anonymität erheblich beeinträchtigen würde. So bleibt den Leserinnen und Lesern dieser Studie nur, sich die vorgestellten Einzelergebnisse sehr detailliert anzusehen und dazu eigene Schlüsse zu ziehen. Ein „Wegweiser“ können dabei unsere gemeinsamen Handlungsempfehlungen sein, in denen – zumindest indirekt – fachübergreifende Erkenntnisse zusammengefasst sind.

Dieses Vorwort möchten wir nicht abschließen, ohne den vielen Beteiligten, die diese Studie erst ermöglichten, zu danken:

Neben dem BeB und der Aktion Mensch gilt dieser Dank insbesondere dem Beirat der Menschen mit Behinderung im BeB, dem Projektsteuerungskreis sowie den Einrichtungsträgern. Sehr viele Mitarbeitende in den Einrichtungen haben unsere Fragebögen beantwortet, sicherlich zum Teil auch außerhalb ihrer Arbeitszeit und immer zusätzlich zu ihren eigentlichen Aufgaben. Besonders freut es uns, dass 55 Menschen mit Behinderung in verschiedenen Städten und Gemeinden und in unterschiedlichen Wohnangeboten mit uns ein Interview geführt haben, in dem sie uns Einblick in ihren Alltag gaben und uns berichteten, wie es ihnen in ihrer Wohnung geht.

Ein abschließender Hinweis sei erlaubt: Auch wenn uns die Anforderungen einer gendergerechten Sprache durchaus vertraut sind, haben wir im Interesse der Lesefreundlichkeit manchmal dagegen verstoßen. Wir hoffen auf Nachsicht, wenn uns tatsächlich ein unverzeihlicher Lapsus passiert sein sollte.

Es folgen Zusammenfassungen der Projektteile I und II.

Zusammenfassung des Projektteils I: Fachlich-konzeptionelle Evaluation

Fragestellung und Vorgehensweise

Im Projektteil I steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich Wohnsituationen von Menschen mit Behinderung im

sog. Umwandlungsprozess objektiv verändern, welche Wirkungen dies auf die beteiligten Menschen hat und wie zufrieden sie damit sind.

Theoretisch wird Bezug genommen auf das Konzept der Lebensqualität, das international entsprechenden Evaluationen zugrunde gelegt wird. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei auch der Partizipation der Menschen mit Behinderung an den Dezentralisierungsprozessen der Einrichtungen.

Die erforderlichen Daten werden mit verschiedenen quantitativen und qualitativen Verfahren erhoben: Dazu zählen u. a. Dokumentationen, schriftliche Befragungen, leitfadengestützte Interviews, kriteriengeleitete Analysen neuer Wohnstandorte und die sie umgebende Infrastruktur.

Ausgewählte Ergebnisse

Die beteiligten Träger haben Wege und Möglichkeiten gefunden, alle Menschen mit Behinderung – unabhängig von ihrem Unterstützungsbedarf – in ihren Einrichtungen am Prozess der Dezentralisierung zu beteiligen. Als Maßstab kann hier §19 der UN-BRK gelten: „Alle Menschen mit Behinderung haben das Recht frei zu entscheiden, wie, wo und mit wem sie wohnen wollen“. Partizipation gelingt immer in der Frage des „Wie“, also in der Entscheidung für (oder gegen) ein bestimmtes Wohnangebot. Einschränkungen gibt es hingegen noch bei den Fragen des „Wo“ und des „Mit wem“, d. h. in der Beteiligung bei Standortfragen und der Auswahl der MitbewohnerInnen.

Die Menschen mit Behinderung verfügen in ihren neuen Wohnungen über deutlich mehr Handlungsspielräume als früher. In vielen Angeboten wird zudem das Alltagsleben – insbesondere Einkaufen und Kochen – eigenständig organisiert, so dass sich zum einen auch hier individuelle Entscheidungsmöglichkeiten erweitern („was wollen wir kochen?“) und sich zum anderen z. B. beim Einkaufen Begegnungen mit anderen Menschen im Ort ergeben.

Die (umgezogenen) Menschen mit Behinderung sind zum größten Teil ausgesprochen zufrieden mit ihrer aktuellen Wohnsituation. Unabhängig davon werden von einem Teil von ihnen Wünsche geäußert, wie sich das Zusammenleben noch besser gestalten ließe. Außerdem entwickeln einzelne Personen (neue und weitere) Wohnwünsche; dies hängt vermutlich mit der positiven Erfahrung der Beteiligung zusammen: „Wenn man schon einmal gefragt wurde, wie man wohnen möchte, kann dies auch ein Impuls für weitergehende persönliche Überlegungen sein“.

Damit sollten die dezentralen Wohnangebote mit dem Bezug der Wohnung oder des Hauses ihre konzeptionelle Entwicklung nicht abschließen, sondern unter stetiger Beteiligung der Menschen mit Behinderung sich kontinuierlich weiterentwickeln.

Zusammenfassung des Projektteils II: Betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation

Fragestellung und Vorgehensweise

Projektteil II befasst sich mit wirtschaftlichen Effekten der Dezentralisierung sowie organisatorisch-institutionellen Anforderungen, die mit der sog. Umwandlung einhergehen (müssen).

Für diese Fragestellung liegen bisher kaum Forschungsergebnisse aus Deutschland oder in anderen europäischen Ländern vor. Daher wurden zunächst bei fünf ausgewählten Trägern detaillierte Analysen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in Form von Workshop-Veranstaltungen vorgestellt und von den Experten dieser ausgewählten Träger diskutiert. Dies bildete die Grundlage für die Entwicklung eines Fragebogens, der sich an alle 21 teilnehmenden Einrichtungen richtete. Die Ergebnisse der Auswertung wurden den Trägern präsentiert und von ihnen – wiederum in einer Workshop-Veranstaltung - diskutiert. Dieser breite Methoden-Mix vermochte die schwache Rücklaufquote des Fragebogens bei „Kernfragen“ zu den Kosten der Träger teilweise zu kompensieren.

Ausgewählte Ergebnisse

Bei Trägern, die die Dezentralisierung noch nicht abgeschlossen haben, zeigt sich, dass insgesamt keine Erhöhung der Kosten bzw. eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation festzustellen ist. Dies trifft auch dann zu, wenn es sich um kleinere Einheiten als die häufig empfohlenen „24-er Häuser“ handelt. Träger, die die Konversionsphase abgeschlossen haben, können teilweise sogar eine Kostenreduktion vorweisen. Dies kann insbesondere auch eine Folge neuer angepasster Strategien und Organisationsformen sein. Es hat sich nach einhelligen Aussagen derer bestätigt, die die Dezentralisierung bereits umgesetzt haben, dass von vorherein eine „Durchmischung“ der Hilfebedarfsstufen in dezentralen Wohneinheiten anzustreben, auch aus wirtschaftlichen Gründen die richtige Strategie sei. Unbestritten ist, dass die Kosten des Wohnraumes, ob gekauft oder gemietet, steigen werden. Auf der anderen Seite kann man damit auch Vermögen schaffen, das bei kleinen siedlungsintegrierten barrierefreien Wohnbauten tatsächlich auch einen Marktwert widerspiegelt und nicht nur einen Buch- oder Gebrauchswert. Um die Umsetzung von dezentralen wohnsiedlungsnahen Konzepten in der Behindertenhilfe auch wirtschaftlich erfolgreich zu bewerkstelligen, sollte man die Träger nicht alleine lassen. Es wäre unbedingt erforderlich, flankierend intensive Beratung anzubieten. Darüber hinaus sollten gesetzliche Vorschriften für den Bau und den Betrieb von Wohnangeboten, die gleichermaßen für große Wohnheime wie für kleine dezentrale Angebote gelten, zum Teil in Hinblick auf ihr Erfordernis bei gemeindeintegrierten Wohngemeinschaften überdacht werden.

Kurzfassung in Leichter Sprache

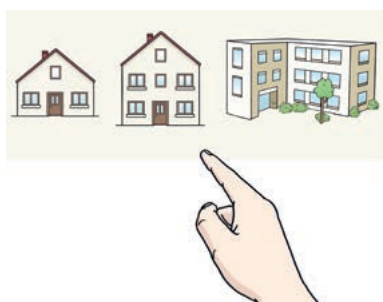
Projekt vom BeB: Wie können sich große Wohn-Einrichtungen verändern?

Wohnen soll besser werden



Der BeB sagt:
Es gibt verschieden Wohn-Formen.
Zum Beispiel:

- Wohn-Heime,
- Wohn-Gruppen,
- Paar-Wohnen,
- Einzel-Wohnen.

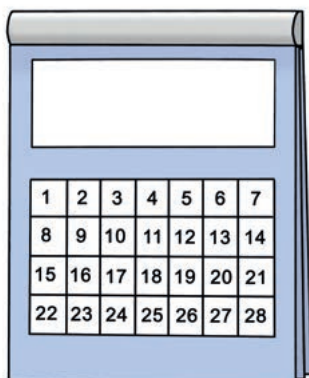


Viele Menschen mit Behinderung leben im Wohn-Heim.
Menschen mit Binderung sollen selbst entscheiden, wie sie wohnen wollen.
Zum Beispiel:
In einer Wohnung.
Mitten in der Stadt.



Ein Beispiel:
Peter wohnt in der Stadt.
Dort trifft er viele Menschen ohne Behinderung.
Zum Beispiel:
Beim Einkaufen.
Oder im Verein.
Peter kann einfacher mit-machen.
In der Gesellschaft.
Das ist Inklusion.

	<p>Inklusion bedeutet: Alle können mit-machen Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Alle Menschen bestimmen selbst. Niemand wird ausgeschlossen. Zum Beispiel: Menschen mit Behinderung wohnen zusammen. Mit Menschen ohne Behinderung. Das steht in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.</p>
	<p>Die Aktion Mensch sagt: Inklusion ist wichtig. Menschen mit Behinderung sollen zum Beispiel eine eigene Wohnung haben. Oder sie sollen in einer kleinen Wohn-Gruppe leben. Die Aktion Mensch hilft den Wohn-Einrichtungen. Damit sie sich verändern können.</p>
	<p>Der BeB will auch dabei helfen. Deshalb hat der BeB ein Projekt gemacht. Mit den Wohn-Einrichtungen von der Diakonie. Der BeB hat geprüft, ob das Projekt gut war. Und ob Menschen mit Behinderung jetzt besser leben.</p>

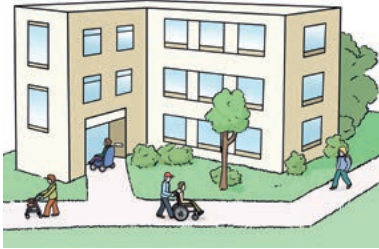


Das Projekt ging von 2012 bis 2015.
Das sind 3 Jahre.
Das Projekt hat 2 Teile.
Im 1. Teil wurden Menschen mit Behinderung
Zu ihrem Leben befragt.
Der Beirat der Menschen mit Behinderung vom
BeB
hat mitgemacht im 1. Teil.
Er hat beim Frage-Bogen geholfen.
Im 2. Teil wurden die Kosten
von den Wohn-Einrichtungen untersucht.

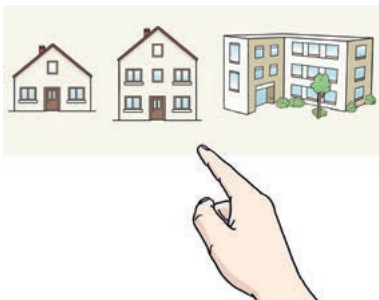


Es haben 23 Mitglieder von BeB mitgemacht.
Die Wohn-Einrichtungen von den Mitgliedern
sind unterschiedlich.
Zum Beispiel:
Einige Mitglieder haben nur große Wohn-Heime.
Andere Mitglieder haben 1 großes Wohn-Heim.
Und viele kleine Wohn-Gruppen.
Oder Wohnungen.
Das war wichtig für die Untersuchung im Projekt

Worum geht es bei dem Projekt?



Bei dem Projekt geht es um Veränderung.
Die großen Wohn-Einrichtungen sollen sich verändern.
Menschen mit Behinderung wohnen nicht mehr nur im Wohn-Heim.
Sie wohnen auch in kleinen Wohn-Gruppen.
Oder sie wohnen in einer Wohnung.
Mitten in der Stadt.
Oder im Dorf.
Dann können sie besser mit-machen.
In der Gesellschaft.



Die Menschen mit Behinderung bestimmen:

- Wie will ich leben?
- Wo will ich wohnen?
- Mit wem will ich zusammenwohnen?

Warum hat der BeB die Untersuchung gemacht?



Viele Wohn-Einrichtungen haben mitgemacht.
Bei dem Projekt

Der BeB möchte wissen:

- Wie hat die Veränderung geklappt?
- Was war gut?
- Was war schwierig?
- Sind die Menschen mit Behinderung zufrieden?
- Sind die Wohn-Einrichtungen zufrieden?



Bei der Untersuchung haben geholfen:

- Frau Metzler
- Herr Pracht

Sie sind Fach-Leute.

Sie haben schon viele Untersuchungen gemacht.

Frau Metzler hat den 1. Teil vom Projekt gemacht.

Sie hat Menschen mit Behinderung befragt.

Herr Pracht hat den 2. Teil vom Projekt gemacht.

Er hat die Kosten der Wohn-Einrichtungen untersucht.

Wie wurde die Untersuchung gemacht?



Frau Metzler und Herr Pracht haben mit vielen Menschen gesprochen:

- mit den Menschen mit Behinderung
- mit den Mit-Arbeitern

von den Wohn-Einrichtungen
Sie haben viele Fragen gestellt.



Frau Metzler und Herr Pracht haben sich getroffen.
Mit den Chefs von den Wohn-Einrichtungen.
Sie haben über die Veränderung gesprochen.

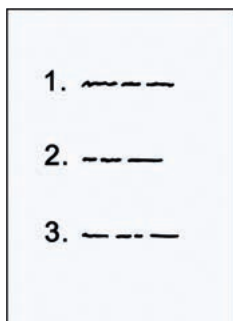


Frau Metzler und Herr Pracht haben einen Frage-Bogen gemacht.
Über die Veränderung im Wohnen.
In dem Frage-Bogen steht:
Was ist gut?
Was ist schwierig?



Nach der Untersuchung haben Frau Metzler und Herr Pracht einen Bericht geschrieben.
In dem Bericht steht:
Das haben wir herausgefunden.
So ist die Veränderung.
Für die Menschen mit Behinderung.
Und für die Wohn-Einrichtungen.

Was ist das Ergebnis von der Untersuchung?



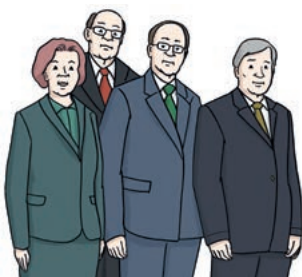
Im Bericht steht:
Das sind die Ergebnisse.




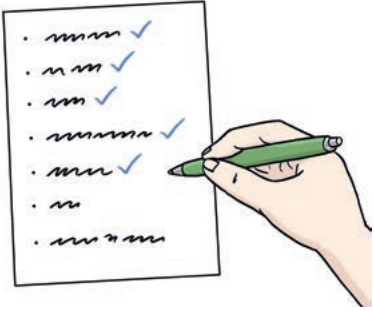


Die Menschen mit Behinderung haben mitbestimmt.
Bei der Veränderung.
Zum Beispiel:
Sie haben gesagt:
Ich möchte umziehen.
In eine kleine Wohn-Gruppe.
In der Stadt.






Nach dem Umzug sind die Menschen mit Behinderung zufrieden.
Sie wohnen gerne in kleinen Wohn-Gruppen.
Sie können selbst bestimmen.
Zum Beispiel:
Dort gehe ich einkaufen.
Das koche ich.



Die Wohn- Einrichtungen sind auch zufrieden.
Die Veränderung hat gut geklappt.
Kleine Wohn-Gruppen sind oft nicht teurer,
als große Wohn-Heime.

<h2>Tipps für die Veränderung</h2>	
	<p>Die Veränderung ist schwierig. Deshalb haben Frau Metzler und Herr Pracht Tipps aufgeschrieben.</p>
	<p>Die Wohn-Einrichtung soll einen Plan machen. In dem Plan steht: Was wollen wir erreichen? Und wie wollen wir das erreichen?</p>
	<p>Die Veränderung vom großen Wohn-Heim zur kleinen Wohn-Gruppe soll schnell gehen. Sonst kostet die Veränderung mehr Geld.</p>
	<p>Die Unterstützung in der Wohn-Gruppe soll zu den Menschen mit Behinderung passen. Die Menschen mit Behinderung und die Mit-Arbeiter überlegen zusammen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was brauchen wir? • Wer braucht Unterstützung? • Wie soll die Unterstützung aussehen? <p>Der Staat soll die Unterstützung bezahlen.</p>

	<p>Die Mit-Arbeiter müssen lernen: So ist die Arbeit in der Wohn-Gruppe. Hier haben die Mit-Arbeiter neue Aufgaben. Zum Beispiel: Sie unterstützen die Menschen mit Behinderung. Damit Sie mit-machen können. In einem Verein. Oder in der Kirchen-Gemeinde.</p>
	<p>Der Staat soll die Gesetze ändern. Es gibt viele Gesetze für Wohn-Einrichtungen. Die Gesetze sind gut für große Wohn-Heime. Aber die Gesetze sind schlecht für kleine Wohn-Gruppen.</p>
	<p>Der Staat soll Geld geben. Für die Veränderung. Damit die Wohn-Einrichtung zum Beispiel eine Wohnung kaufen kann. Oder eine Wohnung mieten kann.</p>



Die Wohn-Einrichtungen sollen miteinander reden.

Dann können sie voneinander lernen.

Manche Wohn-Einrichtungen haben die Veränderung schon gemacht.

Sie wissen:

Das haben wir erreicht.

Diese Dinge waren wichtig.

Das müssen wir noch tun.

Das sagen sie den anderen Wohn-Einrichtungen.

Damit sie auch die Veränderung gut machen können.

C Fachlich-konzeptionelle Evaluation des UGK-Prozesses (Projektteil I)

Z.I.E.L.

Verfasserin:
Dr. Heidrun Metzler

unter Mitarbeit von
Caroline Hartmann, Janka Höld, Markus Wolf

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Die Evaluation der „Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen“ konzentrierte sich – wie im Vorwort des BeB erwähnt – auf zwei unterschiedliche Bereiche. Betrachtet werden sollten einerseits fachliche Aspekte der neuen Angebote: Bieten diese nicht nur in ihrem Raumangebot, sondern auch in ihrer Alltagsgestaltung sowie den Formen des Zusammenlebens eine Alternative zu der Stammeinrichtung und erweitern so tatsächlich die Wahlmöglichkeiten der Menschen mit Behinderung? Andererseits sollten betriebswirtschaftliche Aspekte beleuchtet werden.

Der hier vorliegende Text bezieht sich auf die fachlich-konzeptionelle Evaluation.

Erläutert werden zunächst die theoretischen Bezugspunkte bzw. die Qualitätsmaßstäbe, die der Beurteilung der neuen Wohnangebote zugrunde gelegt werden. Dabei wird insbesondere auf die Ergebnisse internationaler Studien, die Dezentralisierungsprozesse in anderen Ländern begleiteten, Bezug genommen. Anschließend werden die Instrumente vorgestellt, mit denen geeignete Daten erhoben werden sollten.

In Kapitel II werden die Ergebnisse vorgestellt, die im Verlauf des Projektes erhoben werden konnten. Diese Darstellung folgt dem Prozess der Dezentralisierung: Es wird zunächst präsentiert, wie Menschen mit Behinderung sowie die Mitarbeitenden in diesen Prozess einbezogen wurden bzw. wie sie sich beteiligen konnten.

Im Anschluss daran werden die neuen Wohnangebote nach sozialräumlichen bzw. infrastrukturellen Aspekten eingeschätzt. Dem folgen Aussagen zur Arbeitssituation der MitarbeiterInnen an den neuen Standorten, insbesondere in Hinblick auf die neuen Anforderungen.

Abgeschlossen wird der Bericht mit dem Blick auf die Menschen mit Behinderung: Was hat sich für sie verändert, in welchem Umfang gelingt soziale Teilhabe, wie zufrieden sind sie mit ihrer jetzigen Wohnsituation.

Alle Ergebnisse werden in einem kurzen Fazit zusammengefasst.

I THEORETISCHE GRUNDLAGEN VON DEZENTRALISIERUNG UND METHODISCHE ZUGÄNGE

1 Theoretische Grundlagen und Qualitätsmaßstäbe

In den Systemen der Behindertenhilfe in entwickelten Industrienationen werden Dezentralisierungsprozesse und deren Anforderungen spätestens seit den 1970er

Jahren diskutiert. Dies geschah vor allem im Kontext des sog. Normalisierungsprinzips. Bereits in den 1940er Jahren formulierte eine Regierungskommission in Schweden erste Ansätze dieses sozialpolitischen Konzeptes, das dann in Dänemark endgültig konturiert wurde. „Ein Leben so normal wie möglich zu führen“ wurde aus (mensen-)rechtlichen und gleichstellungsorientierten Erwägungen als Ziel jeglicher Unterstützung von Menschen mit Behinderung formuliert. Dieser Gleichstellung entgegen standen nach Ansicht der UnterstützerInnen dieses Prinzips vor allem das Leben in (großen) Einrichtungen und (großen) Gruppen, das nach ihrer Ansicht – neben dem Vorteil eines umfassenden Schutzes – von Nachteil für die Entwicklung von (auch begrenzten) Kompetenzen von Menschen mit Behinderung war sowie mit psychischen Belastungen und Störungen verbunden sein konnte. In der Konsequenz wurden in einigen skandinavischen Ländern sowie England und einigen Staaten der USA Einrichtungen konsequent aufgelöst und ein alternatives Unterstützungssystem aufgebaut, das zwar immer noch „Sondereinrichtungen“ kannte, diese jedoch konsequent auf eine Zahl von vier bis sechs Menschen begrenzte und auf zentrale Versorgungsstrukturen verzichtete.

Diese Programme wurden kontinuierlich evaluiert; unterschieden wird dabei nach einer Evaluation der „De-Institutionalisierung“ – hier verstanden als Abbau/Auflösung von (Groß-)Einrichtungen – und einer „Post-Deinstitutionalisierung“, d.h. einer Evaluation der neuen gemeindeintegrierten Angebote.

Bezugspunkt dieser Evaluationen bildete vor allem das Konzept der Lebensqualität, das für die spezifische Situation von Menschen mit Unterstützungsbedarf bzw. den für ihre Unterstützung eingerichteten Betreuungssettings modifiziert wurde. Zentrale Aspekte dieses Konzepts beziehen sich auf

- Persönliche Unabhängigkeit: Dazu tragen zum einen die individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten bei. Darüber hinaus spielen zum anderen die persönlichen Handlungsspielräume und die Möglichkeiten der Selbstbestimmung eine Rolle, die auch unabhängig von den jeweiligen Fähigkeiten gewährleistet werden müssen.
- Soziale Beziehungen und Teilhabe am Leben der Gemeinde: Darunter werden einerseits die persönlichen sozialen Netzwerke verstanden, in die ein Mensch integriert ist. Andererseits geht es um Teilhabe an kulturellen, sozialen, freizeitbezogenen Angeboten der Gemeinde sowie um Beschäftigung/Arbeit.
- Wohlbefinden: Dieser Aspekt umfasst emotionales Wohlbefinden/psychische Stabilität, physische Gesundheit sowie individuelle Lebenszufriedenheit (vgl. NDA 2007, 20).

Im Jahre 2005 beauftragte die irische National Disability Authority (NDA) eine Expertengruppe mit einer Sekundärauswertung der bislang vorliegenden Evaluationsstudien. Ein Ergebnis dieser Expertengruppe lautet:

“There is some evidence to suggest that smaller, less institutional settings are associated with greater choice and self-determination and greater participation in community-based activities. There is also some evidence to suggest that smaller, less institutional settings are associated with participation in wider or more active social networks and increased rates of physical exercise. There was no systematic evidence to suggest that larger or more institutional settings were associated with better outcomes for any quality of life domain“ (NDA 2007, 13).

Unter “less institutional settings“, weniger institutionalisierte Wohnangebote, werden vor allem Angebote verstanden, die die Möglichkeit der Selbstversorgung bieten bzw. in die Alltagsaufgaben integriert sind.

Das beschriebene höhere Maß an Selbstbestimmung, Wahlmöglichkeiten, Aktivitäten in der Gemeinde etc. stellt sich jedoch nicht gewissermaßen „automatisch“ in kleinen Wohnangeboten mit wenigen zusammenlebenden Menschen ein. Vor allem bei Menschen mit komplexeren Beeinträchtigungen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für solche Effekte die Qualität und die Quantität der individuellen Unterstützung.

Ergänzend zum Konzept der Lebensqualität werden als theoretische Bezugspunkte Aussagen der UN-BRK herangezogen, insbesondere deren Verständnis von Inklusion und Teilhabe, das um das Konzept der Integration ergänzt wird (vgl. Kastl, Metzler 2015). Danach kann unter „Inklusion“ die strukturelle Einbeziehung von Personen in gesellschaftliche Teilbereiche verstanden werden; im Kontext des Wohnens zählen dazu z. B. Zugänge zum Wohnungsmarkt, zu Dienstleistungen und Gütern des täglichen Bedarfs, zum Bereich der Freizeit und Kultur. „Teilhabe“ hingegen wird als die faktische Erschließung gesellschaftlicher Güter verstanden, d. h. Interessen entwickeln zu können und die verfügbaren Angebote (z. B. im Bereich der Bildung, der Kultur, der Freizeitgestaltung etc.) zu nutzen und damit zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung beizutragen. „Integration“ schließlich meint die soziale Einbindung von Personen, ihre Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken.

Das Ziel der sog. Umwandlungsprojekte liegt darin, Alternativen zu „klassischen“ stationären Angeboten in Einrichtungen und ihren vorrangig schützenden und versorgenden Strukturen durch gemeindeintegrierte Wohnangebote zu schaffen. Damit spielen Fragen des Zugangs zu allgemeinen Infrastruktureinrichtungen, zu „normalen“ Wohnverhältnissen eine Rolle. Darüber hinaus geht es um die Frage, ob Menschen mit Behinderung die (neu) erschlossenen Möglichkeiten auch nutzen können und wol-

len und ob es gelingt – sofern der betreffende Mensch dies will – ihn in der Gestaltung sozialer Kontakte zu unterstützen.

Entscheidend dabei ist die Partizipation der Menschen mit Behinderung, d. h. es sind Wege zu finden, wie Menschen in ihrer Entscheidung für (oder gegen) ein bestimmtes Wohnangebot, für (oder gegen) bestimmte Aktivitäten etc. unterstützt werden können. Diesem Aspekt wurde daher in der Evaluation neben den inhaltlichen Aspekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

2 Methodische Zugänge

Für die Datenerhebung im Rahmen der Evaluation wurden unterschiedliche Zugänge gewählt. Nach einer Analyse der Berichte, die die Träger im Rahmen ihrer Zielvereinbarungen an die Aktion Mensch erstellen und Besuchen in Einrichtungen wurden unterschiedliche Befragungen und Erhebungen konzipiert, die im Folgenden näher erläutert werden. Wichtig erschien dabei ein mehrperspektivisches Vorgehen, das objektive Daten mit den Sichtweisen von Menschen mit Behinderung und Mitarbeitenden verknüpft.

2.1 Die Perspektive der Menschen mit Behinderung

Personenbezogene Daten zu den umgezogenen Menschen

Mit einem Fragebogen sollte erhoben werden, welche Menschen mit Behinderung in die Dezentralisierung einbezogen wurden und wie sich ihre Wohnsituation verändert hat.

Da es nicht um subjektive Bewertungen ging, sondern objektive Daten – z. B. Alter, Geschlecht, bisherige und neue Wohnsituation, Unterstützungs- und ggf. Pflegebedarf – erhoben werden sollten, wurde der Fragebogen überwiegend nicht von den Menschen mit Behinderung selbst, sondern von den jeweiligen Betreuungspersonen bzw. den Mitarbeitenden der jeweiligen Einrichtung ausgefüllt.

Insgesamt wurden 456 Fragebögen beantwortet. In dieser Stichprobe sind 206 Frauen (45,2 %) und 247 Männer (54,2 %) vertreten (dreimal wurde das Geschlecht nicht angegeben). Im Durchschnitt waren die Befragten 44,72 Jahre alt, der Median liegt bei 46 Jahren. Die Altersspanne reicht von 8 bis 89 Jahren.

Leitfadengestützte Interviews mit Menschen mit Behinderung

In Kooperation mit dem Beirat der Menschen mit Behinderung im BeB wurde ein Interviewleitfaden erarbeitet, mit dem BewohnerInnen an den neuen Standorten mündlich befragt wurden.

Zur Vorbereitung wurde den Mitgliedern des Beirats ein Fragenraster übersandt, das unter dem Titel „Was beim Wohnen wichtig ist“ verschiedene Aspekte enthielt, wie sich Wohnsituationen beurteilen lassen. In einem eintägigen Workshop wurden diese Aspekte priorisiert; zum Beispiel wurde bei der Frage, ob die Wohnung in der Stadt oder auf dem Land liegen soll, angemerkt, dass dies höchst individuell entschieden wird – fragen könne man daher nur, ob man die jetzige Wohnung/Wohnlage gut finde.

Die Ergebnisse dieses Workshops flossen in den Leitfaden ein.

Ebenso wurde darauf geachtet, im Leitfaden nach Möglichkeit Fragen zu vermeiden, die mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden können; Schäfers weist darauf hin, dass solche Antwortmöglichkeiten vielfach eine Zustimmungstendenz von Menschen mit Behinderung fördern (Schäfers 2008). Auch wenn sich dadurch gelegentlich eine relativ komplexe Fragenstruktur ergab, konnten die Interviewer aufgrund ihrer fachlichen Vorbildung solche Fragen während des Interviews in „Leichte Sprache“ übersetzen, ohne den Inhalt zu verfälschen. Interviews konnten schließlich mit 55 Personen in vier Bundesländern geführt werden. Betreut werden diese von sechs Trägern. Fünf Interviews fanden mit einer Assistenz durch Mitarbeitende statt, die im Wesentlichen „Dolmetscherfunktionen“ für beide Seiten – Interviewer und interviewte Person – übernahmen. 48% der interviewten Personen sind Frauen, 52% Männer. Die Altersspanne reicht von 20 bis 90 Jahren. Im Durchschnitt sind die Personen 50 Jahre alt (der Median liegt ebenfalls bei 50 Jahren).

2.2 Die Perspektive der Mitarbeitenden

Die Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den dezentralen Standorten wurde im Rahmen einer schriftlichen Befragung ermittelt.

Ein Fragebogen thematisierte folgende Aspekte:

- die Einbeziehung der Mitarbeitenden sowie der Menschen mit Behinderung in den Dezentralisierungsprozess
- ihre jetzige Arbeitssituation und deren Anforderungen
- ihre Arbeitszufriedenheit
- ihre Einschätzung, inwieweit die Menschen mit Behinderung mit den neuen Anforderungen zurechtkommen

An 19 Träger wurden im Mai 2015 440 Fragebögen versandt mit der Bitte, diese an ihre Mitarbeitenden weiterzugeben.¹ Bis Anfang September gingen 185 beantwortete Fragebögen in der Forschungsstelle ein; es beteiligten sich Mitarbeitende von 15 Trägern. Die Stichprobe zählt N=185, die Rücklaufquote beträgt 42%. Von den 185 Befragten gaben 122 an, eine Frau (66%) und 55 ein Mann (30%) zu sein. Sieben Befragte (4%) machten keine Angaben zum Geschlecht.

2.3 Sozialraumkartierungen der neuen Einrichtungen

Die Suche nach geeigneten Standorten für gemeindeintegrierte Wohnangebote ist in den meisten Fällen ausgesprochen schwierig. Gründe dafür können in manchen Regionen die hohen Grundstückspreise für Standorte in Wohngebieten oder Zentren von Gemeinden sein, in anderen Regionen die Konkurrenz mit regionalen Trägern, in wieder anderen Regionen die Vorgaben bzw. Widerstände von Leistungsträgern, die das bereits bestehende Angebot für ausreichend erachten.

Daher galt eine besondere Aufmerksamkeit der Evaluation der Analyse der schließlich errichteten Standorte in Hinblick auf eine Einschätzung der Wohnlage und der die Gebäude oder Wohnungen umgebenden Infrastruktur.

Kriterien für Lagebestimmungen

Ausführungen zu Kriterien für eine Bewertung von Wohngebäuden und ihrer Lage finden sich in vielen Texten der Immobilienwirtschaft, der für Bauen zuständigen Landes- und Bundesministerien, von Wohnungsbaugesellschaften, von Architekturhochschulen etc. Die Kriterien sind in vielen Fällen identisch, so dass hier lediglich eine Quelle herangezogen werden soll. Nach Auffassung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2015, 10f.) unterscheiden sich einfache, mittlere und gute Wohnlagen in folgenden Punkten:

- Art der Bebauung (geschlossen/offen, verdichtet/weitläufig)
- Gebäudezustand
- Beeinträchtigung durch Industrie und Gewerbe mit Lärm- oder Geruchsbelästigung
- Vorhandensein und Zustand von Grünflächen/Durchgrünung
- Straßenbild (gepflegt/ungepflegt)
- Angebote des ÖPNV (Distanz zu Haltestellen und Frequentierung)
- Vorhandensein von Einkaufsmöglichkeiten
- Vorhandensein von Dienstleistungen des (wöchentlichen) Bedarfs (z. B. Arztpraxen)

¹ Zwei Träger wurden nicht einbezogen; ein Träger konnte noch keinen dezentralen Standort errichten, ein anderer hatte bislang nur Kinder in die Dezentralisierung einbezogen.

- Vorhandensein von kulturellen Angeboten/
Angeboten der Freizeitgestaltung
- Statusindex und Image des Gebiets

Es wurde versucht, diese Kriterien so weit wie möglich in ein Raster zu überführen, anhand dessen die dezentralen Einrichtungen bewertet wurden.

Dazu zählen die

- Ansicht des Gebäudes („Ist es als Wohnheim erkennbar?“)
- Belegung des Hauses ausschließlich mit Menschen mit Behinderung oder auch mit anderen Mietern
- Lage des Gebäudes (Zentrum, Wohngebiet, Gewerbegebiet, außerhalb einer Ortschaft etc.)
- Anbindung an den ÖPNV
- das Verkehrsaufkommen in der Umgebung
- die Infrastruktur in Hinblick auf Grundversorgung, medizinische Versorgung sowie Freizeitmöglichkeiten

In Blick auf die Infrastruktur wurde versucht zu erfassen, in welcher Entfernung zur Wohnung/zum Haus diese erreichbar ist. Graumann definiert dafür Qualitätskriterien:

„Bei eingeschränkter Mobilität (...) kommt den Angeboten in der Nähe eine größere Bedeutung zu. So wird für viele Personen der jeweils eigene Stadtteil der Lebensmittelpunkt. Der städtische Raum bietet oft eine bessere Infrastruktur als ländliche Gegenden. Zentrale Wohngegenden in Städten bieten den Vorteil, Angebote fußläufig erreichen zu können. Angebote des täglichen Bedarfs, wie beispielsweise Einkaufsmöglichkeiten, sollten in einem Umkreis von 500 m erreichbar sein. Dienstleistungen des wöchentlichen Bedarfs wie beispielsweise Arztpraxen sollten in einem Umkreis von 1000 m verfügbar sein (vgl. Netzwerk: Soziales neu gestalten 2008)“ (Graumann et al. 2012: 37). Abweichend von diesen Überlegungen wurden in unsere Analyse generell Entfernungen von bis zu 1.000 m zugrunde gelegt.

Für die Recherche konnte Google Maps genutzt werden. Einbezogen wurden 60 Standorte von 13 Trägern.

II DER PROZESS DER DEZENTRALISIERUNG AUS UNTERSCHIEDLICHEN PERSPEKTIVEN

Nach der Übersicht über die methodischen Zugänge im Verlauf des Projektes folgt nun eine zusammenfassende Darstellung der empirisch gewonnenen quantitativen und qualitativen Daten.

Dabei wird versucht, den Prozess der Dezentralisierung – von der Vorbereitung und Einbeziehung der Menschen mit Behinderung bis zum Bezug der neuen Wohnangebote außerhalb der Kerneinrichtung – nachzuzeichnen. Nach Durchsicht aller vorliegenden Daten schien dies ein geeigneter Weg, die verschiedenen Prozessschritte aus unterschiedlichen Perspektiven zu beschreiben und dabei Übereinstimmungen, aber auch gegensätzliche Auffassungen deutlich machen zu können.

Da bei diesen Perspektivwechseln immer wieder unterschiedliche Datenquellen genutzt werden, kann dies Verwirrung stiften. Daher werden in den Beschriftungen der Tabellen und Abbildungen die einzelnen Datenquellen einheitlich wie folgt gekennzeichnet:

- Sozialraumkartierung (N=60 Einrichtungen): Sozialraumdaten (N=tatsächliche Anzahl der Einrichtungen, über die Informationen gewonnen werden konnten)
- Befragung der Mitarbeitenden (N=185): MA-Befragung (N=185)
- Personenbezogene Daten zu den am Umzugsprozess beteiligten Menschen mit Behinderung (N=456): Personenbezogene Daten (N=456)
- Interviews mit Menschen mit Behinderung (N=55): Interviews (N=55)

1 Der Start: Einbeziehung der Menschen mit Behinderung und der Mitarbeitenden

Dezentralisierung ist für die am sog. Umwandlungsprojekt beteiligten Einrichtungen kein neues Thema: Bereits seit den 1970er/1980er Jahren begannen (nicht nur) die Träger von Groß- und Komplexeinrichtungen, außerhalb ihrer Kerngelände Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Dieses oft unter dem Titel „Außenwohngruppe“ laufende Angebot war allerdings in der Regel auf Menschen mit einem begrenzten Unterstützungsbedarf beschränkt. Zudem erfolgte vielfach kein entsprechender Platzabbau in den Stammeinrichtungen; aufgrund der damals bestehenden hohen Nachfrage nach Wohnangeboten wurden die frei werdenden Plätze wieder belegt.

Auch länderspezifische Programme unterstützten zum Teil Dezentralisierungsprozesse. Zum Beispiel erarbeiteten Mitglieder des baden-württembergischen Landesausschusses für die Koordinierung von Rehabilitationsmaßnahmen 2005 einen Kriterienkatalog, dessen Eignung für künftige Förderentscheidungen im investiven Bereich überprüft werden sollte (vgl. Sozialministerium Baden-Württemberg 2008). Gleichwohl stellte und stellt das Aktion Mensch-Programm Anforderungen, die sich allein auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen nicht ohne

weiteres umsetzen lassen. Vor dem Abschluss einer Zielvereinbarung fanden daher innerhalb der Organisationen weitreichende Abstimmungsprozesse und Grundsatzentscheidungen statt, in die alle organisationsrelevanten Gremien (von der Mitarbeitervertretung über den Heimbeirat bis hin zu Aufsichtsgremien etc.) eingebunden waren.

Erst danach konnten Prozesse der konkreten Einbeziehung von Menschen mit Behinderung sowie der Mitarbeitenden starten

1.1 Partizipation der Menschen mit Behinderung

In den Prozess der Dezentralisierung wurden Menschen mit Behinderung bei allen Trägern in vielfältiger Weise einbezogen, um ihre Entscheidung für (oder gegen) einen Umzug vorzubereiten.

Über eine durchgängige Information der in den Einrichtungen lebenden Menschen (sowie ihrer Angehörigen und gesetzlichen Betreuer) hinaus wurden verschiedene Partizipationsangebote entwickelt:²

- Etablierung einer Wohnberatung, die individuelle Wünsche erfasste sowie einen Abgleich zwischen Unterstützungsbedarf und künftigem (Unterstützungs-) Angebot vornahm
- „Probewohnen“ auf dem bisherigen Gelände der Einrichtung, um künftige MitbewohnerInnen kennenzulernen oder sich auf künftige Alltagsstrukturen (z. B. Selbstversorgung) vorzubereiten
- Besuche in der künftigen Wohnung/ der Baustelle, Kennenlernen des neuen Wohnumfeldes
- Teilnahme an Richtfesten/ Einweihungsfeiern, bei denen auch die Möglichkeit des Kennenlernens der neuen Nachbarn gegeben war
- Auswahl des neuen Zimmers, individuelle Gestaltung (z. B. Wandfarbe, Aussuchen der Möbel)
- Exkursionen zu Arbeitsangeboten in der Nähe des neuen Wohnangebotes
- Stadtbesichtigungen
- Erarbeiten von Umzugstagebüchern, um biographische Kontinuität zu ermöglichen

Die beteiligten Träger entwickelten ihr jeweils eigenes Partizipationskonzept, in dem selbstverständlich nicht alle genannten Bausteine zum Tragen kamen, sondern – je nach den einzubeziehenden Menschen mit Behinderung – unterschiedliche Ansätze kombiniert wurden.

Bei einzelnen Trägern wurde der Dezentralisierungsprozess durch eine Zukunftskonferenz unter Beteiligung vor allem von Menschen mit Behinderung, Mitarbeitenden, z. T. Vertretern von Leistungsträgern eingeleitet.

Für eine Einschätzung, inwieweit Menschen mit Behinderung tatsächlich einbezogen werden konnten, stehen verschiedene Datenquellen zur Verfügung:

- Der Fragebogen für Mitarbeitende, der in zwei Fragenkomplexen die Beteiligung der Menschen mit Behinderung behandelte
- Das Interview mit Menschen mit Behinderung, in dem in zwei Fragen nach der Einbeziehung in Entscheidungen gefragt wurde
- Die Dokumentation persönlicher Daten der umgezogenen Menschen, in der auch danach gefragt wurde, wer tatsächlich und verbindlich die Entscheidung zum Umzug traf.

Diese Datenquellen bilden jeweils unterschiedliche Sichtweisen der Einbeziehung von Menschen mit Behinderung ab.

Die Einschätzung der Mitarbeitenden

Im Rahmen der Mitarbeiterbefragung wurde die Frage nach der Vorbereitung der künftigen BewohnerInnen auf die neue Wohnform gestellt, bei der verschiedene Antwortmöglichkeiten vorgegeben waren. Die MitarbeiterInnen konnten mehrere zutreffende Optionen wählen. Angesprochen bei dieser Frage waren vor allem die Mitarbeitenden, die bereits zuvor bei dem jeweiligen Träger arbeiteten und die Beteiligungsformen der Menschen mit Behinderung selbst beobachten konnten. Aber auch ein Teil der neuen MitarbeiterInnen beantwortete diese Frage.

**Tabelle 1: MA-Befragung (N=185):
Art der Vorbereitung der umgezogenen Menschen**

Art der Vorbereitung der Menschen mit Behinderung	Absolute Zahl	Prozent der gültigen Fälle (ohne: keine Angabe)
Erfragen von Wohnwünschen	119	69,2
Vorbereitungstreffen	81	47,1
Persönliche Beratung	97	56,4
Kennenlernen der neuen MitbewohnerInnen vor dem Umzug	77	44,8
Besichtigungen der neuen Wohnungen	139	80,8
Ich weiß nichts von einer Vorbereitung	13	7,6
sonstiges	28	16,3
Summe	554	322,2

In der Auswertung wurden die Mehrfachantworten betrachtet. Danach wählten die Mitarbeitenden im Durchschnitt drei verschiedene Möglichkeiten aus, wie die Vorbereitung der Menschen mit Behinderung erfolgte.

² Die gewählte Reihenfolge drückt keine Priorisierung aus, sondern ist willkürlich.

Tabelle 2: MA-Befragung (N=185): Beteiligung an übergeordneten Planungen (Angaben in Prozent)

Übergeordnete Planungsschritte: Die Bewohner...	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe (abs. Zahl)
wurden am Dezentralisierungsprozess beteiligt	23	36	31	10	29
konnten eigene Ideen einbringen	23	34	31	11	31
konnten mitbestimmen, wo nach Gebäuden Ausschau gehalten werden sollte	7	12	28	53	39
konnten sich an den Planungen beteiligen	5	21	30	44	32
bekamen Informationen, wurden aber in den Prozess nicht mit einbezogen	18	40	15	27	35

Nach der fallbezogenen Häufigkeit betrachtet, steht mit knapp 81 % die Besichtigung der neuen Wohnung im Vordergrund. Dem folgen das „Erfragen von Wohnwünschen“ (69%), die „persönliche Beratung“ (56%), die Teilnahme an Vorbereitungstreffen (47%) sowie das Kennenlernen der neuen MitbewohnerInnen (45%). 13 Mitarbeitende antworten, dass sie nichts von einer Vorbereitung wissen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die erst seit Bestehen der neuen Wohnform beschäftigt sind und nicht bereits zuvor bei dem jeweiligen Träger arbeiteten.

Eine zweite Frage zur Einbeziehung der Menschen mit den Behinderung bezog sich auf den gewissermaßen übergeordneten (Organisations-)Prozess der Dezentralisierung: Konnten sich die Menschen auch an übergeordneten Planungen, bei der Suche nach geeigneten Standorten und/oder Gebäuden beteiligen, eigene Ideen einbringen?

Diese Frage wird deutlich zurückhaltender eingeschätzt: Siehe oben Tabelle 2

Besonders häufig wurde verneint, dass Menschen mit Behinderung sich an den Planungen beteiligen und in Standortfragen mitbestimmen konnten. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Findung geeigneter Standorte und der zeitaufwändigen und komplexen Genehmigungsverfahren für neue Gebäude lässt sich diese überwiegende Nicht-Beteiligung nachvollziehen. Eingedenk der Anforderungen der UN-BRK, Menschen mit Behinderung selbst bestimmen zu lassen, wie und wo sie wohnen möchten, wird jedoch nach Wegen gesucht werden müssen, auch in diesen Fragen BewohnerInnen einzubeziehen. Einzelnen Trägern scheint dies bereits gelungen, jedenfalls wenn man die zustimmenden Antworten in diesen Fragen betrachtet.

Ergebnisse aus der Befragung der BewohnerInnen

Wie erwähnt wurden mit BewohnerInnen in dezentralen Wohnformen Interviews geführt. Dabei wurden ihnen

unter anderem auch Fragen gestellt, die Möglichkeiten der (Mit-) Gestaltung betreffen. Dazu zählen die Fragen nach der Einrichtung des eigenen Zimmers und nach der Auswahl der MitbewohnerInnen. Zudem kann in diesem Hinblick die Frage danach, wie sie am liebsten wohnen würden, aufschlussreich sein.

Auswahl der Möbel

Über die Hälfte der interviewten Menschen (30 Personen, 55%) antwortete auf die Frage danach, wer die Möbel für ihr Zimmer ausgesucht habe, dass sie dies selbst oder mit Unterstützung anderer getan hätten. „Jemand anderes“ wurde von 38% der Befragten genannt. Erwähnt werden muss an dieser Stelle jedoch, dass nach Beantwortung der Frage von etlichen Menschen ergänzt wurde, dass „die Möbel schon da waren“. Dies kann zum einen bedeuten, dass man mit den eigenen Möbeln umgezogen ist, zum anderen, dass die Zimmer schon eingerichtet waren.

Tabelle 3: Interviews (N=55): „Wer hat die Möbel für Ihr Zimmer ausgesucht?“

	Absolute Zahl	Prozent
Ich selbst, ohne fremde Hilfe	12	21,8
Ich selbst, mit Hilfe anderer	18	32,7
Jemand anderes	21	38,2
Weiß ich nicht mehr	2	3,6
Keine Angabe	2	3,6

Auswahl der MitbewohnerInnen

Während bei der Frage nach der Auswahl der eigenen Möbel bei vielen Interviewten Selbstbestimmung zum Ausdruck kommt, ist dies bei der Frage, wer die MitbewohnerInnen ausgesucht habe, anders.

Tabelle 4: Interviews (N=55): „Wer hat die MitbewohnerInnen ausgesucht?“

	Absolute Zahl	Prozent
Ich selbst	7	12,7
Jemand anderes, ich wurde aber gefragt	4	7,3
Jemand anderes, ich wurde nicht gefragt	16	29,1
Die Wohngemeinschaft bestand schon, als ich einzog	23	41,8
Keine Angabe	5	9,1

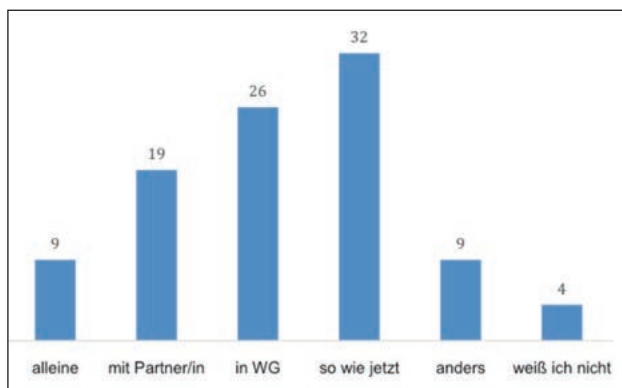
Lediglich 11 Personen (20%) konnten selbst entscheiden bzw. wurden zumindest in die Entscheidung einbezogen, mit wem sie zusammenwohnen wollen. 29% meinten, dass das jemand anderes entschieden habe. Der größte Anteil der Befragten stimmt der Aussage zu, dass die Wohngemeinschaft schon bestanden habe, als sie einzogen. Da die Menschen mit Behinderung in der Regel seit Bestehen der dezentralen Einrichtung dort wohnen, muss auch diese Aussage so interpretiert werden, dass die Wohngruppen von Seiten der Einrichtungen zusammengestellt wurden.

Präferenz der Wohnformen

Etwa in der Mitte des Interviews wurden die Menschen mit Behinderung gefragt, wie sie am liebsten wohnen würden. Damit sollten sie keine Bilanz ihrer Zufriedenheit mit der bestehenden Wohnform ziehen; vielmehr intendierte diese Frage, die allgemeine Einstellung zum Wohnen zu erheben.

Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick verblüffend:

Abbildung 1: Interviews (N=55): „Wie würden Sie am liebsten wohnen? (Angaben in Prozent)“



Über die Hälfte der Befragten wählt die Option „alleine“, „mit PartnerIn“ oder in einer Wohngemeinschaft. Der Aussage „So wie jetzt“ stimmen dagegen nur 32% zu. Aufgrund der Fragenintention dürfen diese Aussagen nicht als Ausdruck der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der jetzigen Wohnform interpretiert werden. Vielmehr

kommt hier u. E. wiederholt die „Normalität der Wohnwünsche“ von Menschen mit Behinderung zum Ausdruck. Alle der in den letzten 10 Jahren durchgeführten Befragungen von Menschen mit Behinderung zu ihren Wohnwünschen (zuletzt die sog. Kundenstudie in Berlin von Monika Seifert) konnten zeigen, dass die einbezogenen Menschen so wohnen möchten wie alle Bürgerinnen und Bürger und ihre Wohnwünsche nicht in erster Linie von ihrem Unterstützungsbedarf abhängig machen.

Ergebnisse aus der Dokumentation personenbezogener Daten der umgezogenen Menschen

Zur Abrundung der Fragestellung, inwieweit die Partizipationsangebote tatsächlich zu einer Beteiligung der Menschen mit Behinderung führten bzw. in welchem Umfang dies gelang, kann schließlich die Dokumentation personenbezogener Daten (n=456) herangezogen werden. In der genannten Dokumentation waren zwei Fragen zur Partizipation der Menschen mit Behinderung enthalten: zum einen die Frage danach, von wem die Initiative zum Umzug ausging, zum anderen die Frage nach der letztendlichen Entscheidung.

Die stärkste Initiative zum Umzug ging nach den vorliegenden Daten bei fast der Hälfte (n=212 bzw. 46,5%) von dem Menschen mit Behinderung selbst aus. Bei 135 Personen (29,9%) ergriff die Einrichtung die Initiative, bei 88 Personen (19,5%) die Angehörigen/gesetzl. Betreuer. Als weitere Initiativen zum Umzug wurden u. a. die Anregung durch den Kostenträger, die Auflösung der alten Wohngruppe oder der Wechsel vom Jugend- in den Erwachsenenbereich genannt.

Bei der Frage danach, wer letztendlich die Entscheidung zum Umzug getroffen hat, waren zwar zunächst keine Mehrfachantworten vorgesehen. Da dies aber sehr häufig vorkam, wurde die Variable dementsprechend ausgewertet. Die (ursprünglichen) Antwortkategorien waren „die Person selbst“, „Angehörige bzw. gesetzliche Betreuungsperson“, „die Einrichtung“ und „andere“.

Am häufigsten wurde genannt, dass die Entscheidung zum Umzug durch die Menschen mit Behinderung entweder alleine oder in Abstimmung mit anderen erfolgte; bei insg. 254 Personen (56%) war dies der Fall.

Am nächsthäufigsten trafen die Umzugsentscheidung die Angehörigen bzw. gesetzliche Betreuungspersonen (n=162; 36%). Dies entspricht zwar sicher den formalen Anforderungen an eine solche Entscheidung, zumindest wenn das Aufenthaltsbestimmungsrecht zum Aufgabengebiet der gesetzlichen Betreuer gehört. Inhaltlich betrachtet muss jedoch nach den Gründen gesucht werden, warum in manchen Fällen Menschen mit Behinderung in eine solche bedeutsame Entscheidung nicht wenigstens mit einbezogen werden. Hier stößt jedoch unser Ansatz der Querschnittsbetrachtung unterschiedlicher Datenquel-

len an seine Grenzen: Es könnte sein, dass Menschen mit Behinderung in vielfältiger Weise in die Auswahl der für sie geeigneten und von ihnen gewünschten Wohnform einbezogen wurden, den „formalen Akt“ der Entscheidung dann jedoch die gesetzlichen VertreterInnen vollzogen. Ebenso gut könnte sein, dass insbesondere Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf eine solche Entscheidung von vornherein nicht zugetraut wurde. In lediglich sechs Fällen meinten diejenigen, die den Fragebogen ausfüllten, dass die Entscheidung die Einrichtung getroffen habe.

Tabelle 5: Personenbezogene Daten (N=456): Entscheidungsträger

Entscheidungsträger	Anzahl der Nennungen
Angehörige / gesetzliche Betreuungsperson	162
Person selbst	150
Person selbst + Angehörige / gesetzl. Betr.	83
Angehörige / gesetzl. Betr. + Einrichtung	27
Person selbst + Angehörige / gesetzl. Betr. + Einrichtung	12
Einrichtung	6
Person selbst + Einrichtung	3
Person selbst + Angehörige / gesetzl. Betr. + andere	2
Person selbst + Einrichtung + andere	2
Einrichtung + andere	2
Person selbst + andere	1
andere ³	1
Person selbst + Angehörige / gesetzl. Betr. + Einrichtung + andere	1
gesamt	452

andere: Kostenträger (n=5); Arbeitsagentur, Bewährungshelfer, Eltern, Teilhabeberaterin (jew. n=1)

1.2 Partizipation der Mitarbeitenden

Im Rahmen der Befragung zu ihrer Arbeitssituation wurden die MitarbeiterInnen, die bereits vor dem Wechsel in die dezentrale Wohnform beim Träger beschäftigt waren, darum gebeten anzugeben, inwieweit bzw. wie sie in den Umwandlungsprozess ihrer Einrichtung einbezogen wurden. Auf diese Frage waren Antwortmöglichkeiten vorgegeben, denen zugestimmt werden konnte (Mehrfachauswahl möglich). Sie lauten Zukunftskonferenzen, Personalgespräche und Teambesprechungen; in einer Kategorie „sonstiges“ konnten Mitarbeitende andere Formen der Einbeziehung nennen.

³ Die Zahl der Nennung „andere“ beläuft sich insgesamt auf N=9. Diese Kategorie wird überwiegend in unterschiedlichen Konstellationen genannt (z.B. „Person und andere“ etc.). Lediglich in einer Nennung wird ausschließlich die Kategorie „andere“ gewählt.

Auf explizit keine Einbeziehung verwiesen lediglich neun Mitarbeitende (5%) unter „sonstiges“. Am häufigsten genannt wurden hingegen Teambesprechungen (43%), am zweithäufigsten Personalgespräche. An Zukunftskonferenzen konnten sich knapp 16% der MitarbeiterInnen beteiligen. In der Kategorie „sonstiges“, die von 17% gewählt wurde, wurden die vorgegebenen Kategorien zum Teil bestätigt bzw. konkretisiert; darüber hinaus finden sich hier Hinweise auf Fachtage, Workshops, Informationen und Projekte. Da bei dieser Frage Mehrfachnennungen möglich waren, wurde ein additiver Index gebildet, der sich auf die Anzahl der Zustimmungen zu den aufgeführten Möglichkeiten bezieht: Bejaht ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin eine Maßnahme bzw. sonstiges, so ergibt sich ein additiver Index mit dem Wert 1. Gibt er oder sie an, durch zweierlei der aufgeführten Maßnahmen bzw. sonstiges in den Umwandlungsprozess einbezogen worden zu sein, so ist der Wert des additiven Indexes 2 usw.

Danach ergeben sich folgende Konstellationen der Einbeziehung:

- Lediglich ein Angebot bekamen 44% der Befragten,
- zwei Angebote 31%,
- drei Angebote 15%
- vier Angebote 2%. (bei 8% der Befragten konnte ein solcher Index nicht gebildet werden)

Zudem wurden die MitarbeiterInnen, die zuvor bereits beim Träger beschäftigt waren, darum gebeten anzugeben, ob sie gefragt wurden, ob sie den Arbeitsplatz wechseln möchten und ob sie dazu bereit waren.

Tabelle 6: MA-Befragung (N=185): „Wurden Sie gefragt, ob Sie den Arbeitsplatz wechseln möchten?“ (Angaben in Prozent)

„ja“	69%
„nein“	24%
Keine Angabe	6%

Immerhin 24% der Mitarbeitenden meinten, dass sie nicht gefragt wurden, ob sie ihren Arbeitsplatz wechseln möchten. Dagegen ergibt sich bei der Frage nach der Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel eine weitaus höhere Zustimmung: 85% bejahen diese Frage, weitere 9% sagen „ja, mit gewissen Vorbehalten“. Eine solche Bereitschaft verneinen lediglich 2%. Eine Wirkung der Beteiligung von Mitarbeitenden kann sich darin zeigen, dass der Dezentralisierungs- bzw. Umwandlungsprozess Zustimmung findet bzw. dass MitarbeiterInnen sich damit identifizieren. Daher wurden sie zu ihrer Einstellung zum Dezentralisierungsprozess befragt. Es waren dabei inhaltliche Aussagen vorgegeben, die sie mit den Angaben trifft zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu und trifft nicht zu bewerten konnten. Zudem bestand die Möglichkeit, keine Angabe zu machen.

Die Ergebnisse dieser Frage sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Tabelle 7: MA-Befragung (N=185): Einstellungen zum Umwandlungsprozess (Angaben in Prozent)

Einstellungen	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Keine Angabe
„Die Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen entspricht meinen fachlichen Überzeugungen“	47,6	33	6,5	2,2	4,9
„Ich finde die Entscheidung meiner Einrichtung gut, sich am Umwandlungsprozess zu beteiligen“	66,5	21,6	3,8	1,6	1,6
„Ich sehe im Allgemeinen keinen Veränderungsbedarf für die Umgestaltung in dezentrale Wohnformen“	7	7,6	17,3	55,7	3,8

Fasst man die Aussagen „trifft zu“ und „trifft eher zu“ zusammen, dann übersteigt der Anteil derjenigen, die der zweiten Aussage zustimmen, mit 8% der zustimmenden Aussage zu Frage 1. Das heißt: Auch wenn man Umwandlungsprozessen nicht immer fachlich zustimmt, so kann man sich doch mit der Entscheidung der eigenen Einrichtung identifizieren. Bei den Aussagen „Umwandlung entspricht der fachlichen Überzeugung“ und „Entscheidung der Einrichtung ist gut“ gibt es bei den Mitarbeitenden, die neu eingestellt wurden, leicht höhere Zustimmungswerte. Dies darf allerdings nicht überbewertet werden, da die Teilstichprobe lediglich 28 Personen umfasst.

Insgesamt ergibt sich in dieser Frage ein durchaus positives Bild der „innerlichen“ Bereitschaft der Mitarbeitenden, den Prozess mit zu tragen.

2 Nach dem Umzug: Standorte, Charakteristika der umgezogenen Menschen, Arbeitsanforderungen an Mitarbeitende

2.1 Standorte und Infrastrukturbewertung

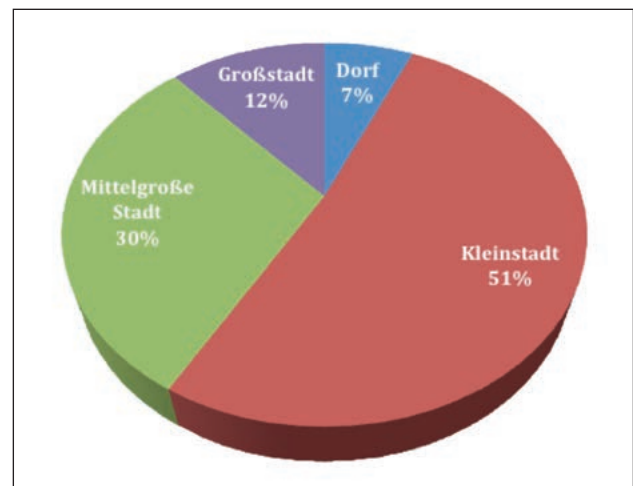
Wie im methodischen Teil erläutert konnten 60 Standorte von 13 Trägern hinsichtlich ihrer Lage und der verfügbaren Infrastruktur analysiert werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Analyse vorgestellt.

Stadt- und Gemeindetypenverteilung der Standorte

In einem ersten Schritt wurde analysiert, wie sich die Einrichtungen bzw. Standorte nach Gemeindegrößenklassen verteilen. Verwendet wurde dabei die amtliche Klassifizierung der Gemeindetypen:

Dorf: 1 – 5.000 EinwohnerInnen
 Kleinstadt: 5.000 – 20.000 EinwohnerInnen
 Mittelgroße Stadt: 20.000 – 100.000 EinwohnerInnen
 Großstadt: > 100.000 EinwohnerInnen

Abbildung 2: Sozialraumdaten (N=60): Lage der Einrichtungen nach Gemeindetypen



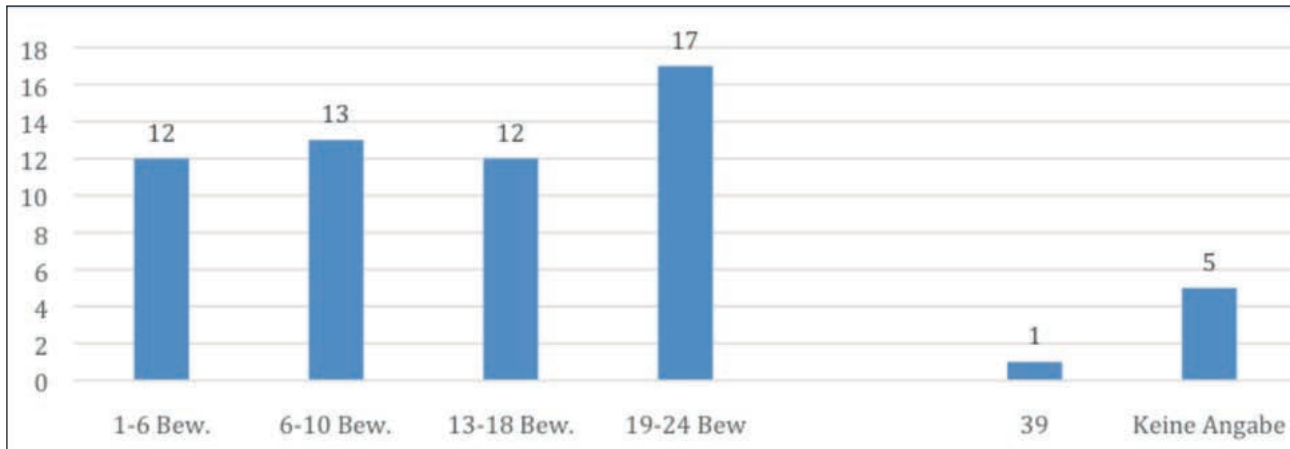
31 Einrichtungen und damit mehr als die Hälfte aller sind in Kleinstädten anzufinden, 18 Einrichtungen und damit fast ein Drittel befinden sich in mittelgroßen Städten. Sieben Wohnangebote befinden sich in Großstädten, lediglich vier in Dörfern.

Zahl der BewohnerInnen

Angaben zur Anzahl der BewohnerInnen in den einzelnen Einrichtungen/Häusern wurden vor allem auf Basis der Daten aus den Fragebogenerhebungen gewonnen. Die vorliegenden Angaben wurden zu Gruppen zusammengefasst: Gruppe 1 umfasst eins bis sechs BewohnerInnen, Gruppe 2 sieben bis zwölf usw. Ein Wohnverbund, der aus verschiedenen Wohnangeboten besteht, bietet 39 Wohnplätze an unterschiedlichen Standorten an. Es war nicht herauszufinden, wie diese 39 Plätze aufgeteilt sind, weshalb sie hier separat aufgeführt werden. Ebenfalls aufgeführt sind fünf Wohneinrichtungen, über deren Wohnplatzangebot keine Angaben gefunden werden konnten.

Die Zahl der anhand ihrer Bewohnerzahlen eher als „klein“ (1 – 10 Bewohner) zu bezeichnenden Einrichtungen liegt mit 25 unter der Zahl der als eher „groß“ (über 10 Bewohner) zu nennenden Einrichtungen (29)

Abbildung 3: Zahl der BewohnerInnen (absolute Zahlen)



Außenansicht der Häuser

Im Umwandlungsprozess der Komplexeinrichtungen zu kleinen, dezentraleren und gemeindenahen Wohnangeboten ist es ein zentrales Ziel, den BewohnerInnen ein Leben zu ermöglichen, das so „normal“ wie möglich ist und bei dem das Leben als BürgerInnen und die Teilhabe am öffentlichen Leben im Zentrum stehen. Dementsprechend bietet es sich an, Wohneinrichtungen zu erschaffen, die in das „normale“ Wohnumfeld der Gemeinden und Städte integriert sind und nach außen hin nicht als Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu erkennen sind, indem beispielsweise ein großes Plakat darauf hinweist. Mit Hilfe von Google Maps und Bildern der Einrichtungen, die auf den Homepages der Einrichtungen gefunden werden konnten, wurde versucht, herauszufinden, ob die neue Wohneinrichtung von außen als Wohnheim für Menschen mit Behinderung zu erkennen ist. Von über 28 der 60 Einrichtungen konnten diesbezüglich keine Informationen gefunden werden. Von den verbleibenden 32 Einrichtungen können lediglich vier von außen als Wohnheime für Menschen mit Behinderung identifiziert werden.

Gestaltung der Wohnplätze

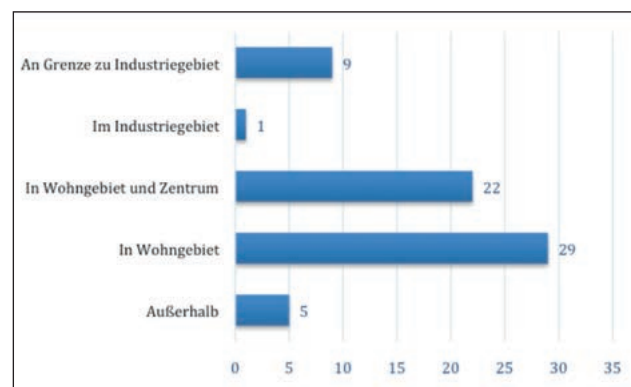
Von Interesse war, ob sich Wohnplätze innerhalb eines Hauses mit anderen Mietparteien befinden oder ob ausschließlich Menschen mit Behinderung in diesem Wohnhaus leben: 37 Wohneinrichtungen und damit die überwiegende Mehrheit mit 62% haben ein eigenes Haus, zwölf und damit 20% teilen sich das Wohnhaus mit anderen Mietparteien. Zu elf Einrichtungen konnten keine Informationen diesbezüglich ermittelt werden.

Lage der Wohneinrichtung

Fünf der 60 Wohnangebote befinden sich außerhalb einer Gemeinde/der Stadt. 29 der Wohnangebote liegen innerhalb eines Wohngebietes, aber nicht im Zentrum der Gemeinde. 22 und damit über ein Drittel der Wohnangebote liegt ebenfalls in einem Wohngebiet und nah bzw.

im Zentrum der Gemeinde/Stadt. In Abgrenzung zu den erwähnten Kategorien liegen zehn Einrichtungen im oder an der Grenze zu einem Industriegebiet.

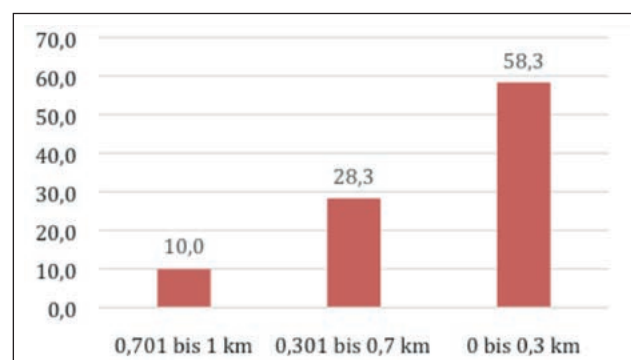
Abbildung 4: Sozialraumdaten (N=60): Lage der Einrichtungen (absolute Zahlen)



Anbindung an und Entfernung zum ÖPNV

Überprüft wurde, ob im Umkreis von einem Kilometer eine Bushaltestelle zu finden ist. Dies ist in 58 von 60 Einrichtungen der Fall. Die Entfernungen zu der Bushaltestelle variieren zwischen 0 bis 1000 Meter folgendermaßen:

Abbildung 5: Sozialraumdaten (N=60): Entfernung der Bushaltestellen (Angaben in Prozent)



35 Einrichtungen sind weniger als 300 Meter von der nächsten Bushaltestelle entfernt, 17 Wohneinrichtungen zwischen 301 bis 700 Meter. Nur sechs Einrichtungen liegen mehr als 700 Meter, aber weniger als 1 km von der nächstgelegenen Bushaltestelle entfernt. Die Anbindung an den Zugverkehr bzw. die Entfernung zu den Bahnhöfen variiert mehr, nämlich zwischen 0,3 km und 17 km. Die BewohnerInnen von rund einem Viertel der Einrichtungen müssen einen Weg von mehr als 5 km zurücklegen, um an einen Bahnhof zu gelangen. 18 Einrichtungen liegen weniger als 1 km und 20 Einrichtungen zwischen 1 bis 3 km entfernt vom nächstgelegenen Bahnhof. Sieben Einrichtungen sind zwischen 3 und 5 km vom Bahnhof entfernt.

Verkehrsaufkommen in der Umgebung

Bei der Erhebung entsprechender Daten wurde registriert, an welcher Art von Straße die Wohneinrichtung liegt (z. B. Sackgasse, 30er-Zone, Bundesstraße etc.) und nach deren Lage (im Stadtzentrum, am Feldrand, etc.). Das Verkehrsaufkommen lässt sich daraus wie folgt beschreiben:

Verkehrsaufkommen in der Umgebung	
sehr hoch	1 Einrichtung
hoch	8 Einrichtungen
mittel	18 Einrichtungen
niedrig	22 Einrichtungen
sehr niedrig	11 Einrichtungen

Infrastruktur/Wohnumfeld – Was liegt im Umkreis von 1 km Entfernung?

Von besonderem Interesse war über die bereits vorgestellten Fragestellungen hinaus eine genauere Analyse der Infrastruktur an den Standorten. Dabei wurden in einem Erhebungsraster das Vorhandensein der verschiedenen Angebote sowie deren Entfernung zum Haus/zur Wohnung festgehalten.

Die für die tägliche Grundversorgung erforderlichen Angebote (Bäcker, Supermarkt etc.) sind in der Umgebung nahezu aller Einrichtungen zu finden.

Abbildung 6: Sozialraumdaten (N=58): Infrastruktur an den Standorten (absolute Zahlen)



Ebenso scheint eine medizinische Grundversorgung gewährleistet zu sein. Besonders gut vertreten sind zudem Angebote der Freizeitgestaltung, vor allem Sportangebote und Gaststätten.

Fasst man die verfügbaren Indikatoren zusammen, so ist die überwiegende Mehrheit der Standorte als gut oder sogar sehr gut zu bewerten; sie bieten – zumindest von ihrer Infrastruktur her – den Menschen mit Behinderung gute Möglichkeiten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Lediglich drei bis vier Standorte bieten dagegen wenig Möglichkeiten; dies sind – naheliegend – Standorte in Gewerbegebieten, außerhalb von Gemeinden oder auch in sehr ländlichen Bereichen, in denen die Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger oft sehr eingeschränkt ist.

2.2 Beteiligte Menschen: „Wer darf mit?“

Charakteristika der umgezogenen Menschen mit Behinderung

An den Umzügen wurden Menschen jeden Alters beteiligt; die Altersspanne reicht von 8 bis 89 Jahren. Aufgeteilt nach Altersgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 8: Personenbezogene Daten (N=456): Menschen mit Behinderung nach Altersgruppen

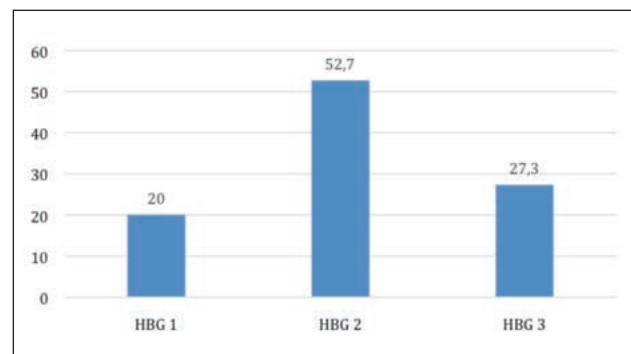
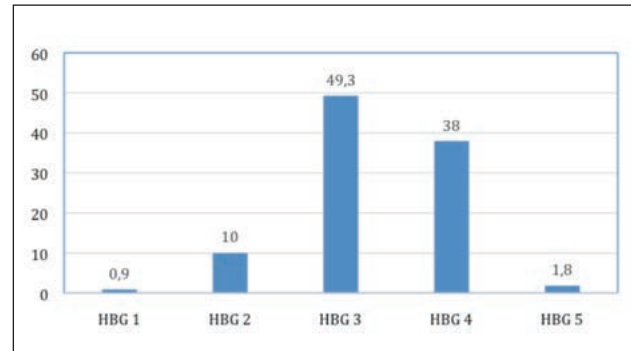
Altersgruppe	Häufigkeit	Prozent
< 20 Jahre	13	2,9
> 20 Jahre bis <= 30 Jahre	124	27,2
> 30 Jahre bis <= 40 Jahre	55	12,1
> 40 Jahre bis <= 50 Jahre	78	17,1
> 50 Jahre bis <= 60 Jahre	100	21,9
> 60 Jahre bis <= 70 Jahre	53	11,6
> 70 Jahre	33	7,2
gesamt	456	100

Auch in ihrem Unterstützungsbedarf sind die einbezogenen Menschen sehr heterogen. Zieht man als Indikator für den Unterstützungsbedarf die Hilfebedarfsgruppen heran, so können hier für 391 Personen von 456 (85,7%) Aussagen getroffen werden.

Bei 329 Menschen mit Behinderung war der Hilfebedarf nach dem Modell mit fünf Gruppen eingeschätzt, bei 55 Personen nach dem Modell mit drei Gruppen.

Beide Verteilungen zeigen die folgenden Schaubilder:

Abbildung 7: Personenbezogene Daten (N=456) Verteilung nach Hilfebedarfsgruppen (Angaben in Prozent)



In beiden Verteilungen gehört ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen mit Behinderung der Hilfebedarfsgruppe 4 bzw. 3 an; beide Bedarfsgruppen drücken einen (sehr) hohen Unterstützungsbedarf aus. D.h. es gelingt, nicht nur relativ selbstständige Menschen in den Dezentralisierungsprozess mit einzubeziehen, sondern auch Menschen, deren Unterstützung vergleichsweise aufwändig gestaltet werden muss.

Für die Nicht-Zuordnung zu Hilfebedarfsgruppen gibt es im Wesentlichen zwei Begründungen: Die Menschen mit Behinderung wurden neu aufgenommen oder die Maßnahmenpauschalen vor Ort sind nicht nach Hilfebedarfsgruppen differenziert, sondern es gibt nach wie vor Einheitspflegesätze.

Ein weiterer Indikator für den Unterstützungsbedarf sind die sog. Pflegestufen. Für insgesamt 269 von 456 Menschen (59%) wurde das Vorliegen einer Pflegestufe bejaht, bei 162 Personen war deren Höhe angegeben.

Tabelle 9: Personenbezogene Daten (N=456) Pflegestufen

Pflegestufe	Anzahl
0	9
1	76
2	42
3	35
k.A.	14
weiß nicht	14
gesamt	190

Auch die Art der Behinderung ist in Hinblick auf den Unterstützungsbedarf aussagekräftig. In den Dokumentationen der personenbezogenen Daten wurden häufig mehrfache Behinderungen genannt; Epilepsie war die meistgenannte „sonstige“ Behinderung.

Tabelle 10: Personenbezogene Daten (N=456) Art der Behinderung (Mehrfachantworten möglich)

Art der Behinderung	Häufigkeit	Prozent
kognitive / geistige Behinderung	444	97,4
körperliche Behinderung	130	28,5
seelische Behinderung	95	20,8
Sinnesbehinderung	37	8,1
sonstige Behinderung	68	14,9

Zur Vorbereitung des Umzugs bzw. auf die Anforderungen in der neuen Wohnung absolvierten 20% der Menschen mit Behinderung ein sog. Wohntraining. Dieses fand mehrheitlich in der „alten“ Einrichtung statt, bei einem Fünftel in der neuen Wohnung.

2.3 Anforderungen an die Mitarbeitenden: Arbeitssituationen und deren Bewertung

An der MitarbeiterInnenbefragung, auf die sich die folgenden Ausführungen zur Arbeitssituation stützen, nahmen Frauen mit einem Anteil von 66% und Männer mit einem Anteil von 30% teil. Acht Befragte (4%) machten keine Angaben zum Geschlecht.

Die größte Altersgruppe der MitarbeiterInnen bilden mit 30% die 50- bis 59-jährigen. Die Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren ist mit 24% am zweitstärksten vertreten. 17% gaben an, zwischen 20 und 29 Jahre und 22% zwischen 30 und 39 Jahre alt zu sein. 7% der MitarbeiterInnen sind 60 Jahre oder älter. Sechs Befragte machten keine Angabe zu ihrem Alter. Die meisten Befragten (84%) waren bereits vor dem Umwandlungsprojekt MitarbeiterIn des Einrichtungsträgers. 15% (n=28) waren zuvor nicht bei dem jeweiligen Träger beschäftigt und lediglich eine Person machte an dieser Stelle keine Angabe.

Motivationen

Die MitarbeiterInnen wurden gebeten anzugeben, was sie dazu bewogen hatte, in der jetzigen dezentralen oder ambulanten Wohnform für Menschen mit Behinderung tätig zu werden. Das Ankreuzen von mehreren Antwortmöglichkeiten war an dieser Stelle zulässig.

In 69% aller Fälle gaben die Befragten an, dass sie das **Konzept der Wohnform als ansprechend** empfunden hatten. Dies ist die meist gewählte Option. Der Begründung, dass sich der/die Befragte **mehr Abwechslung** erhofften, stimmten 54% und somit immer noch mehr als die Hälfte aller Befragten zu. **Mehr Eigenverantwortung** erhofften sich durch die Übernahme der Stelle 43%. Die Tatsache, dass die Stelle von der Leitung angeboten wurde, wurde immerhin von 37% der Befragten als Begründung angegeben. Weniger häufig wurde die Entscheidung aufgrund von Unzufriedenheit mit der alten Arbeitsstelle (22%) oder aus Hoffnung auf geringere körperliche Belastung (16%) getroffen. Lediglich 21 der Befragten (11,5%) sagten die Arbeitszeiten eher zu und nur zehn (5,5%) gaben an, in den Bereich versetzt worden zu sein. 37 MitarbeiterInnen und somit 20% aller Befragten führten sonstige Gründe an, die sie zu der Arbeit in der jetzigen Wohnform bewogen hätten. Zehn von ihnen (5%) nannten hier die Nähe von Wohnort und Arbeitsstelle und ebenfalls zehn argumentierten an dieser Stelle nochmals mit der Affinität zum pädagogischen Konzept. Für sieben Befragte (4%) war der Wechsel unumgänglich, da ihr alter Arbeitsplatz im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses abgebaut wurde.

Dauer der Beschäftigung in der dezentralen Wohnform

Die befragten Personen arbeiten unterschiedlich lange in der jetzigen dezentralen Wohnform. Dabei geht der angegebene Arbeitszeitraum von 0,2 Jahren bis 15 Jahre. Der Durchschnitt liegt bei 2,7 Jahren. 25% arbeiten seit weniger als einem Jahr in der jetzigen Wohnform, 23% seit einem bis 1,9 Jahre und 11% seit zwei bis 2,9 Jahren. Somit ist mehr als die Hälfte aller Befragten seit maximal drei Jahren im jetzigen dezentralen Wohnen beschäftigt. Zieht man zur Einordnung dieses Ergebnisses die Angaben zur Wohndauer der Menschen mit Behinderung (n=456) und damit der Existenz des Wohnangebotes heran, so zeigt sich hier, dass 65% der Menschen seit weniger als zwei Jahren und weitere 20% seit zwei bis drei Jahren in dem dezentralen Angebot wohnen. Damit kann vermutet werden, dass die Fluktuation der Mitarbeitenden in den dezentralen Angeboten eher gering ist.

Aufgabengebiete und Zuständigkeiten

Zwei Drittel (66%) der Befragten sind mit ihrem Team für EINE und knapp ein Drittel für mehrere (Außen-)Wohngruppen zuständig. Im Bereich des Ambulant betreuten Wohnens sind 16% der Befragten tätig.

Zudem geben ein Fünftel der MitarbeiterInnen (21 %) an, neben der Arbeit in Wohngruppen auch im Ambulant betreuten Wohnen beschäftigt zu sein. Diese Konstellation, das Arbeiten in sog. Wohnverbänden, besteht nicht erst seit Errichtung dezentraler Standorte, hat sich aber in ihrer Bedeutung erheblich gesteigert. Dies gilt auch für die Zuständigkeit eines Teams für mehrere Wohngruppen.

Entsprechend setzen sich die MitarbeiterTeams aus zum Teil vielen Personen zusammen:

Während eine befragte Person angibt alleine zu arbeiten, umfassen die Teams der Befragten zwischen vier und 53 MitarbeiterInnen. Die durchschnittliche Teamgröße liegt bei 13 (Mittelwert) bzw. 12 Personen (Median). Davon sind im Durchschnitt elf (Median: 10,00) hauptamtlich beschäftigt. Die größte Gruppe der MitarbeiterInnen arbeitet in Teams, die sich aus sechs bis zehn Personen zusammensetzen. Mehr als die Hälfte von ihnen (56 %) ist teilzeitbeschäftigt.

Diese Teams betreuen zwischen sechs und 80 Menschen mit Behinderung. Im Durchschnitt ist ein Team für 19 BewohnerInnen zuständig (Median: 16). Ein Viertel der Teams betreut weniger als 13 BewohnerInnen. Insgesamt geben 92 % der Befragten an, in Teams zu arbeiten, die sich um bis zu 29 BewohnerInnen kümmern. Nach ihrer konkreten Arbeitsgestaltung gefragt antwortet ein gutes Drittel (34 %) der Mitarbeitenden, dass sie immer oder fast immer alleine arbeiten. Fast zwei Drittel (63 %) sind nach ihren Angaben immer oder fast immer zu zweit im Dienst. Weitere 16 Personen betonen, jeweils zu dritt oder sogar mit mehr als drei Personen zusammenzuarbeiten.

Das Arbeiten in zum Teil großen Teams und die Zuständigkeit für zum Teil viele Menschen mit Behinderung zählt sicher zu den neuen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den dezentralen Standorten. Darüber hinaus weisen sie zu einem großen Teil (77 %) darauf hin, dass sich auch die Teamzusammensetzung verändert habe: Man arbeitet mit neuen KollegInnen zusammen, man arbeitet mit Menschen mit anderen Qualifikationen zusammen, zum Teil sind Hauswirtschaftskräfte in Teams integriert.

Wohnkonzepte

An vielen neuen dezentralen Standorten haben sich die fachlichen Anforderungen an die Mitarbeitenden verändert, indem für die Unterstützung der Menschen mit Behinderung neue Konzepte erarbeitet wurden. Zu den neuen Anforderungen zählt zunächst die Umstellung der Versorgungsstrukturen von der ausschließlichen Leistung durch zentrale Dienste zu einer zumindest teilweisen Selbstversorgung. Das populärste Modell bezüglich der Versorgung der Wohnheime oder Wohngruppen, in denen die befragten MitarbeiterInnen tätig sind, ist eine

Mischung aus Selbstversorgung und Nutzung zentraler Dienste, wie es von 55 % der Befragten genannt wird. 35 % der Befragten gaben an, dass sich das Wohnheim / die Gruppe selbst versorge, während 8 % weiterhin die zentralen Dienste nutzen.

Mit der jeweiligen Versorgungsform ist der Großteil der MitarbeiterInnen zufrieden. So wurde sie von 73 % als gut beschrieben, was in den Freitexten durch die Möglichkeiten des Einbezugs der BewohnerInnen, gesteigerte Eigenverantwortung, größere Gestaltungsspielräume und die Möglichkeit, Zeit effizienter zu nutzen, begründet wurde. 10 % sahen sie als weder gut noch schlecht an und 16 % gaben an, dass sie schlecht sei. Als Gründe dafür wurden Mängel bezüglich der Essensversorgung, Personal- und Zeitknappheit angeführt. Als weiterer Punkt wurde erwähnt, dass sich die Versorgungsstruktur erst im Aufbau befinde und noch Optimierungsbedarf bestehe.

Stellt man einen Zusammenhang zwischen der jeweiligen Versorgungsform und der Zufriedenheit her, zeigt sich, dass etwas mehr als die Hälfte (51 %) mit der „gemischten“ Versorgungsform zufrieden sind, 42 % sind mit der Selbstversorgung zufrieden.

Auch die fachlich-methodischen Ansätze in der konkreten Betreuung haben sich nach Ansicht einer Mehrheit der Befragten (41 %) verändert. 27 % sehen dies nicht so, 32 % können dies nicht beurteilen.

Innerhalb der neu geschaffenen Wohnformen werden verschiedene fachlich-methodische Ansätze verfolgt. Besonders etabliert erscheint das Bezugspersonenmodell, das von 76 % der MitarbeiterInnen genannt wurde. 52 % der Mitarbeitenden nennen Sozialraumorientierung, 48 % das Assistenzmodell. Letzteres darf nicht mit dem von den Interessenvertretungen vor allem körperbehinderter Menschen favorisierten Assistenzmodell verwechselt werden, in dem insbesondere die Regiekompetenz der auf Unterstützung angewiesenen Menschen reklamiert wird. Vielmehr ist dieses Modell im untersuchten Kontext zu interpretieren als individuelle personenbezogene Unterstützungsleistungen, die mit dem betreffenden Menschen z. B. im Rahmen einer Hilfeplanung vereinbart werden.

Damit korrespondierend gibt knapp die Hälfte der Befragten an, dass in den Wohnformen, in denen sie tätig sind, überwiegend individuelle Betreuungsleistungen erbracht werden (49 %).

Im Fragebogen wurde auch nach sozialer Netzwerkarbeit (klientenbezogen) und struktureller Netzwerkarbeit (Vernetzung der Dienste im Gemeinwesen) gefragt. Beides spielt nach Ansicht von 42 % (soziale Netzwerkarbeit) bzw. 32 % (strukturelle Netzwerkarbeit) im Alltag eine Rolle.

Veränderungen und Arbeitszufriedenheit

Im Fragebogen wurden die MitarbeiterInnen auch gebeten anzugeben, welche Bereiche sich durch den Wechsel in die dezentrale Wohnform verändert haben. Ihre Antworten in den einzelnen Kategorien sind im Folgenden zusammengestellt:

45% aller MitarbeiterInnen gaben an, dass die **Arbeitsbelastung** zugenommen habe. 29% sehen sie als unverändert an und über ein Fünftel (21,0%) empfindet die Arbeitsbelastung seit dem Wechsel als geringer. Auch die **persönliche Verantwortung**, die dem Mitarbeiter zukommt, sei gewachsen – das bestätigen immerhin 65% aller Befragten. 21% meinen, sie sei gleich geblieben und für nur 4% verringerte sich die persönliche Verantwortung, die sie tragen. Die Möglichkeiten, sich mit KollegInnen **im Alltag abzusprechen**, sind nach Angabe von 41% der Befragten gleich geblieben, 34% geben an, sie hätten sich verringert. Nur 18% sagen aus, es gebe nun mehr Möglichkeiten, sich mit KollegInnen im Alltag abzusprechen.

Im Bereich der **Gestaltungsmöglichkeiten**, über die ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin verfügt, ist durch den Wechsel ein großer Anstieg zu beobachten. So haben 58% der Befragten nach eigenen Angaben nun mehr Gestaltungsspielraum. 22% empfinden die Möglichkeiten, eigene Ideen umzusetzen, als gleich geblieben. Lediglich 12% sehen den eigenen Gestaltungsspielraum durch den Wechsel eingeschränkt. 43% der Befragten sagten aus, dass der **Zeitdruck** infolge des Wechsels in die dezentrale Wohnform zugenommen habe. 27% sehen keine Veränderung, während 23% sagen, er habe sich verringert. Der Anteil der Arbeitszeit, in dem **alleine gearbeitet** wird, habe sich für 35% der befragten Personen erhöht. Bei 30% sei er gleich geblieben und für 27% weniger geworden.

Im Gegenzug gaben bei der Frage nach der Veränderung des Anteils der Arbeitszeit, in dem die befragte Person im Team arbeite, 35% an, er sei gleich geblieben. 29% gaben an, sie arbeiteten nun weniger im Team als zuvor und 23% meinten, dieser Anteil sei größer geworden. Für viele der Befragten bedeutet der Wechsel in die dezentrale Wohnform einen gesteigerten Aufwand für die **Dokumentation** der Arbeit. So geben 63% an, dieser habe zugenommen. Für 24% ist er gleich geblieben. Le-

diglich 5% beschrieben, dass sich der Aufwand durch den Wechsel verringert habe. **Die Zeit, die die MitarbeiterInnen nun für ihre KlientInnen aufbringen** können, hat für 42% der Befragten durch den Wechsel in die dezentrale Wohnform zugenommen. 28% gaben an, sie sei gleich geblieben. Bei 22% nahm die Zeit, die sie für die Klienten haben, in der neuen Wohnform ab.

Dies erscheint ein ausgesprochen interessantes Ergebnis: Trotz einer Zunahme der Arbeitsbelastung und des Zeitdrucks nach Ansicht vieler MitarbeiterInnen tragen vermutlich veränderte fachliche Konzepte (z. B. Unterstützungsplanung, individuelle Unterstützung) oder auch andere Organisationsformen dazu bei, gleich viel oder sogar mehr Zeit als vorher für die unmittelbare Betreuung einsetzen zu können. Nach der Einschätzung dieser verschiedenen Kategorien wurden die Mitarbeitenden gefragt, ob sie gerne wieder in ihre alte Arbeitsform wechseln wollten. Diese Frage verneinten mehr als drei Viertel der befragten MitarbeiterInnen (76%). Lediglich 7% würden dies gerne tun. 17% machten an dieser Stelle keine Angabe.

Auch wenn nur wenige Mitarbeitende gerne wieder an ihre frühere Arbeitsstelle wechseln möchten, ist es interessant, sich die Gründe dafür genauer anzusehen. Diese sind unterschiedlich: Einerseits werden Vorteile der Arbeit auf dem Kerngelände genannt („routiniert und funktionell“, „mehr Freiräume und weniger Stress und Belastung“, „alles war einfacher“, „alles war übersichtlicher“, „man war immer zu zweit im Dienst“, „kein Wochenenddienst“). Andererseits verweisen die Befragten, die gerne wieder wechseln würden, auf Vorteile der Komplexeinrichtung für die Menschen mit Behinderung („mehr Platz und Raum [...], mehr Sicherheit“, „auch dort wohlfühlt“, „auf dem Gelände einer ‚Großeinrichtung‘ mehr Ansprechpartner vorhanden“, „Bewohner können selbstständiger sein“. Die Heimstruktur sei „behindertengerechter“, es gebe „mehr Betreuung für die behinderten Menschen, mehr Abwechslung“ und eine „gute Infrastruktur“. Inwieweit diese Aussagen mit der jeweiligen konkreten Arbeitssituation und deren Belastungen sowohl für die Mitarbeitenden („alleine arbeiten“) als auch für die Menschen mit Behinderung („zu wenig Zeit für sie“) zusammenhängen, kann nicht abschließend beurteilt werden. Ebenso denkbar erscheint es, dass sich die betreffenden MitarbeiterInnen nicht (vollständig) mit dem „Umwandlungsprozess“ identifizieren können.

3 Qualitätskriterien: Teilhabe und Lebensqualität

3.1 Wohnungsbezogene Rahmenbedingungen

In Hinblick auf die Wohnsituation der Menschen mit Behinderung an den dezentralen Standorten lässt sich kurz und bündig feststellen: Die Wohnsituation hat sich eindeutig verbessert. Insbesondere die Notwendigkeit, sich mit einer anderen Person (meist unfreiwillig) ein Zimmer teilen zu müssen, besteht nicht mehr.

Aus der Dokumentation der bewohnerbezogenen Daten (n=456) lassen sich in Hinblick auf die Wohnsituation folgende Veränderungen konstatieren:

**Tabelle 11: Personenbezogene Daten (N=456)
Wohnsituation vor und nach dem Umzug (Angaben in Prozent)**

Art der Wohnsituation	Vor dem Umzug	Nach dem Umzug
Eigene Wohnung/ Appartement	4	12
Einzelzimmer mit Bad	5	20
Einzelzimmer ohne Bad	67,5	67
Doppelzimmer	23	0
sonstiges	0,5	0,5

Dies bestätigen die Menschen mit Behinderung, die an einem Interview teilnahmen (n=55):

Alle haben ein eigenes Zimmer, eine Person lebt in einem Appartement. Über ein eigenes Bad können 37% der Menschen verfügen; die anderen teilen sich das Bad mehrheitlich mit einer weiteren Person. Im ungünstigsten Fall muss man sich das Bad mit drei weiteren Personen teilen; dies ist der Fall bei 6% der Interviewten.

Eine weitere Frage im Interview, die sich an die BewohnerInnen von Appartements richtete, bezog sich auf das Vorhandensein einer eigenen Küche und darauf, ob man diese Küche auch nutzt bzw. nutzen kann.

Diese Frage wurde – unerwartet – von vielen Menschen beantwortet, die im engeren Sinne keine „eigene“ Küche haben, sondern sich diese mit ihren MitbewohnerInnen teilen: 36% der Interviewpartner (N=20) bejahten dies. Insgesamt 33 Personen äußerten sich dazu, wie oft sie die Küche nutzen; 88% tun dies täglich, 12% manchmal.

Diese „Küchenfrage“ bzw. die Antworten auf diese Fragen deuten darauf hin, dass sich nicht nur die Wohnsituation in Hinblick auf die Verfügbarkeit eines eigenen Zimmers „normalisiert“ hat, sondern auch die Wohnsituation insgesamt. Während an den zentralen Standorten nur für

51% der umgezogenen Personen der Zugang zu Essen und Trinken – und damit der Zugang zu einer Küche – jederzeit gewährleistet war, ist dies nach dem Umzug bei 90% der Fall⁴.

Die Qualität der Wohnsituation wird darüber hinaus durch die Zahl der Menschen beeinflusst, mit denen man zusammenlebt bzw. zusammenleben muss, da man sie sich nicht aussuchen konnte. International gilt heute in den Ländern, die weitreichende Modernisierungsprozesse in der Behindertenhilfe abgeschlossen haben (Skandinavien, einige Staaten der USA, England) ein Zusammenwohnen von vier bis maximal sechs Personen als Standard; in Schweden kennt man „Wohngruppen“ in unserem Sinne gar nicht mehr.

Auch hier stehen zwei Datenquellen zur Verfügung:

In der Dokumentation personenbezogener Daten (N=456) zeigte sich, dass die durchschnittliche Gruppengröße vor dem Umzug bei ca. 10 Personen lag, nach dem Umzug hat sie sich auf ca. 6 Personen verringert.

Die in Interviews befragten Menschen (N=55) hatten durchschnittlich fünf Mitbewohner (Median:4); dabei reichte die Spanne von einer bis zu elf Personen.

3.2 Handlungsspielräume

Die Wohnqualität eines Settings wird über die äußeren Rahmenbedingungen hinaus entscheidend davon bestimmt, über welche Handlungsspielräume im Alltag man verfügt – um diesen „individuell passend“ gestalten zu können – bzw. ob man seinen Alltag als erwachsener Mensch gestalten kann.

Daher wurden sowohl in die Dokumentation personenbezogener Daten als auch in die Interviewleitfäden Fragen aufgenommen, die im Leben eines erwachsenen Menschen als selbstverständlich angesehen werden, bei Menschen mit Behinderung in Unterstützungssettings oft – gelegentlich durchaus unter Gesichtspunkten des Schutzes – eingeschränkt werden.

In der genannten Dokumentation zeigt sich, dass sich die Handlungsspielräume der Menschen an dezentralen Standorten gegenüber der vorherigen Betreuungssituation durchaus erweitert haben:

⁴ Quelle: Dokumentation personenbezogener Daten, n=456

Tabelle 12: Personenbezogene Daten (N=456) Gestaltungsspielräume vor und nach dem Umzug (Angaben in %)

	VOR dem Umzug	NACH dem Umzug
	ja	ja
Schlüssel für Wohnung	37,1	60,3
Schlüssel für Zimmer	51,8	67,8
Möglichkeit, jederzeit Besuch zu empfangen	76,8	97,6
feste Essenszeiten	64,5	46,9
Einkaufen von Dingen d. tägl. Bedarfs	70,2	89,0
eigenes Bankkonto	42,8	60,7
eigener Telefonanschluss im Zimmer	5,7	54,6

Trotz der insgesamt positiven Veränderungen besitzen allein zwei Aspekte den Charakter einer Selbstverständlichkeit: die Möglichkeit, jederzeit Besuch empfangen zu können sowie das Einkaufen von Dingen des täglichen Bedarfs.

Worauf die nach wie vor bestehenden Einschränkungen – trotz ihrer positiven Veränderung – zurückgeführt werden können, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Sie mögen mit rechtlichen und organisatorischen Anforderungen eines stationären Settings zusammenhängen, mit den jeweiligen persönlichen Möglichkeiten der Menschen mit Behinderung, Gestaltungsspielräume überhaupt zu nutzen (z. B. in Blick auf Telefon und Bankkonto), können aber auch Ausdruck einer über Jahrzehnte gewachsenen „Heimkultur“ des Umgangs mit behinderten Menschen sein.

In den Interviews wurden zum Teil andere Aspekte erfragt, deren Zustimmungs- und Ablehnungswerte in der folgenden Tabelle aufgeführt sind: Siehe unten Tabelle 13

Auch hier zeigen sich Einschränkungen, die vermutlich überwiegend mit der Rücksichtnahme auf andere BewohnerInnen, Vorgaben des Dienstplans („kann kommen und gehen, wie ich will“) und der Notwendigkeit, sich an Fragen des Zusammenlebens zu beteiligen (WG-Gespräche), erklärt werden können.

Das Ergebnis, dass sich offensichtlich einige – erfreulicherweise wenige – BewohnerInnen nicht als Erwachsene behandelt sehen, erscheint hingegen schwierig. Dazu kann man auch Beobachtungen in den Interviews anführen, nach denen einzelne Menschen ihren Alltag in den Kategorien des „Dürfens“ und „Nicht-Dürfens“ beschrieben.

3.3 Soziale Beziehungen und Netzwerke

Soziale Netzwerke von Menschen mit Behinderung sind nach verschiedenen Studien durchschnittlich kleiner und zudem homogener als die von Menschen ohne Behinderung (vgl. Fietkau 2015). Sie setzen sich oft aus Angehörigen, gleichfalls behinderten Menschen (am Arbeitsplatz, in der Wohngruppe) und MitarbeiterInnen sozialer Dienste zusammen. Dies deutet zunächst – mit Ausnahme der MitarbeiterInnen – auf keine großen Unterschiede im Vergleich zu anderen Menschen hin: Alle Menschen in unserem Kulturkreis suchen den Kontakt zu Angehörigen, ArbeitskollegInnen, zu Menschen mit ähnlichen Interessen oder in ähnlichen Lebenssituationen. Die Unterschiede zeigen sich erst, wenn man die Netzwerke von nicht-behinderten Menschen genauer betrachtet. Außer der zentralen Bedeutung der eigenen und der Herkunftsfamilie besitzen PartnerInnen und Freunde einen besonderen Stellenwert; erweitert werden die Netzwerke durch den Kontakt zu Nachbarn, zu

Tabelle 13: Interviews (N=55): Handlungsspielräume aus Sicht der Menschen mit Behinderung (Angaben in Prozent)

Handlungsspielraum	Stimmt	Stimmt nicht	Weiß nicht	Keine Angabe
Kann kommen und gehen, wann ich will	73	27	–	–
Kann in meinem Zimmer tun und lassen, was ich will	96	2	–	2
Muss an bestimmten Aktivitäten teilnehmen	44	49	7	–
Werde wie ein Erwachsener behandelt	85,5	5,5	4	5,5

Bekannt, bei einer Vereinszugehörigkeit zu anderen Vereinsmitgliedern etc.

Eine der großen Erwartungen an die Schaffung gemeindeintegrierter Wohngebote besteht daher darin, auch die Kontaktchancen von Menschen mit Behinderung zu erhöhen und damit auch ihr Netzwerk – das eine wichtige supportive Funktion besitzen kann – zu erweitern.

Soziale Beziehungen wurden daher im Rahmen der Evaluation ebenfalls thematisiert. Sie wurden einerseits im Rahmen der Mitarbeiterbefragung in einer Frage aufgegriffen, im Rahmen der Interviews in drei Fragenkomplexen.

Begonnen werden soll mit der Frage an die Menschen mit Behinderung im Interview (n=55), ob sie Menschen außerhalb ihrer Wohnung/Wohngruppe kennen.

Diese Frage beantworten

- 55 % mit „nein“
- 37 % mit „ja“

(5 Personen können oder möchten diese Frage nicht beantworten).

Diejenigen, die Menschen außerhalb der Wohngruppe kennen, erwähnen (in absteigender Häufigkeit):

- Nachbarn
- Freunde
- „Leute im Ort“ (vorrangig bei Einkäufen)
- Arbeitskollegen
- Jeweils einmal: Familie, frühere Mitbewohner, ehrenamtlich tätige Person

Weitere Hinweise auf soziale Beziehungen (außerhalb der Wohngruppe) liefern die Antworten auf die Frage, zu welchen Personen/Personengruppen man Kontakt hat. Diese Antworten sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt; die Antwortkategorien „trifft zu“ bedeutet, dass man Kontakt hat, „trifft nicht zu“, dass man keinen Kontakt hat, da es die entsprechenden Personen nicht (mehr) gibt. Siehe unten Tabelle 14

(Die Summe beider Angaben ergibt in keiner Spalte 100%; zu erklären ist dies mit fehlenden Angaben)

Diese Angaben korrigieren zum einen die Einschätzung der Menschen mit Behinderung, niemanden außerhalb der Wohngruppe zu kennen.

Zum anderen scheinen nach diesen Antworten insbesondere die Beziehungen im Bereich Freundschaften, Partnerschaften und Nachbarschaft eingeschränkt. Die begrenzten Kontakte zu Nachbarn werden auch von Mitarbeitenden (N=185) bestätigt: 40% von ihnen meinen, dass von den Menschen mit Behinderung die wenigsten Kontakt zu Nachbarn haben, weitere 10% sind der Ansicht, dass unter den von ihnen betreuten Menschen keiner Kontakt hat. 15% geben an, dass alle oder die meisten der betreuten Menschen Kontakt zu Nachbarn haben.

3.4 Nutzung der Infrastruktur/Freizeitangebote

An gemeindeintegrierte Wohnangebote richtet sich eine weitere positive Erwartung: Die Nutzung der Infrastruktur soll dazu beitragen, Selbstständigkeitserfahrungen von Menschen mit Behinderung zu erweitern (z. B. durch Nutzung des ÖPNV statt eines Fahrdienstes) und die „Teilhabe am Leben der Gesellschaft“ zu ermöglichen, indem in der Freizeit oder beim Einkaufen „normale“, für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehende Angebote genutzt werden.

Wie die sozialraumbezogene Analyse der Standorte zeigte, ist in der weit überwiegenden Zahl der Wohnungen eine gute Infrastruktur gewährleistet.

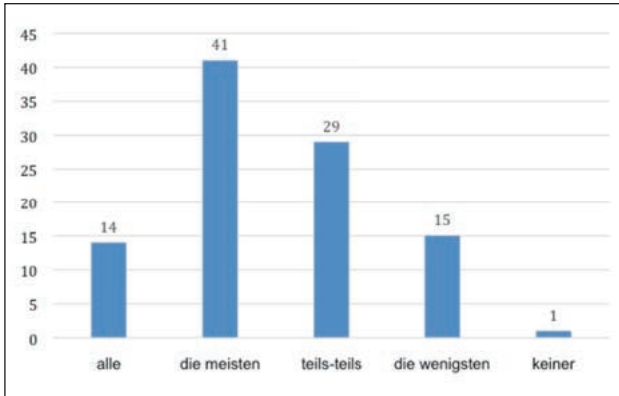
Ob und wie sie genutzt werden kann, vermitteln auch hier unterschiedliche Datenquellen.

Die Mitarbeitenden wurden gebeten einzuschätzen, inwieweit die Menschen mit Behinderung die Möglichkeiten ihres neuen Wohnumfeldes nutzen können. Anders als bei der Frage nach Kontakten zu Nachbarn, ergibt sich hier ein überwiegend positiver Eindruck:

Tabelle 14: Interviews (N=55): Kontakte zu unterschiedlichen Personen(-gruppen) (Angaben in Prozent)

Personen	Trifft zu	Trifft nicht zu
Eltern	49	42
Bruder/Schwester	67	26
Andere Verwandte	47	35
Partner/Partnerin	33	53
Freunde/-innen	42	27
Nachbarn	47	24
„Leute im Ort“	60	22

Abbildung 8: MA-Befragung (N=185)
 „Können die Menschen mit Behinderung die Möglichkeiten ihres neuen Wohnumfeldes nutzen?“
 (Angaben in Prozent)



Dass „alle“ oder „die meisten“ die neuen Möglichkeiten nutzen können, meinen zusammen 55% der Mitarbei-

terInnen. „Die wenigsten“ können diese Möglichkeiten nutzen, sagen 15%.

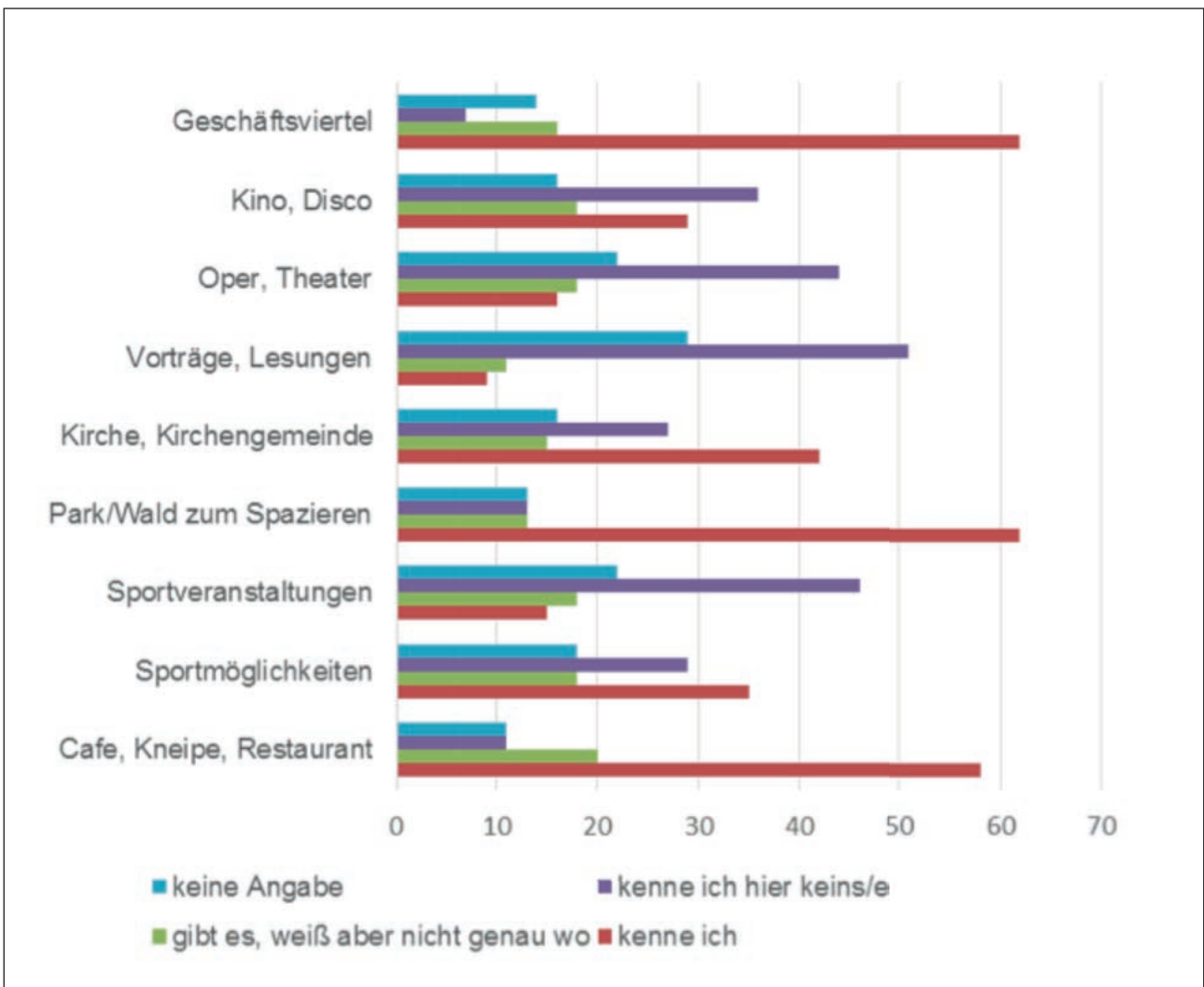
Die Menschen mit Behinderung wurden in den Interviews auf andere Art und Weise gefragt. Sie wurden gebeten, unterschiedliche Angebote in der Umgebung mit den Aussagen „kenne ich“, „gibt es, aber ich weiß nicht genau wo“, „kenne ich hier keine/s“ zu bewerten.

Die Antworten darauf sind in folgendem Schaubild (Abbildung 9) zusammengestellt:

Den befragten Menschen sind vor allem Geschäfte und Läden bekannt, gefolgt von Gelegenheiten spazieren zu gehen und Cafés/Kneipen oder Restaurants. Kirchen oder Angebote von Kirchengemeinden kennen 42%.

Die geringsten Werte erreichen – naturgemäß – Oper oder Theater sowie Vorträge/Lesungen und Sportveranstaltungen (d.h. Fußballstadien etc.).

Abbildung 9: Interviews (N=55) „Welche Angebote kennen Sie in Ihrer Umgebung?“
 (Angaben in Prozent)



Angebote und Gelegenheiten sind natürlich abhängig von Ortsgrößen – in Kleinstädten findet man eher keine Oper –, darüber hinaus ist deren Kenntnis interessengeleitet: Wer gerne ins Kino geht, weiß auch am ehesten, wo er oder sie eines findet. Die Frage, ob Angebote auch genutzt werden, ist entsprechend davon abhängig, was man selbst gerne unternimmt (und ob man ggf. Unterstützung/Begleitung erhält).

Daher wurden die interviewten Menschen im Anschluss an die Frage des Kennens gebeten zu beschreiben, was sie selbst gerne in der Freizeit machen; dabei waren Mehrfachantworten zulässig:

- Am liebsten hören mit einem Anteil von 78% die Menschen Musik oder schauen fern
- Dem folgt mit einem Anteil von 51% das Spazierengehen
- Ausruhen in der Freizeit nennen 46%
- Jeweils 40% treffen sich in ihrer Freizeit gerne mit anderen Leuten oder machen Sport
- 36% widmen sich in ihrer Freizeit gerne dem Malen oder Basteln; 33% gehen gerne ins Kino
- 27% gehen gerne in die Kirche
- Nur 15% besuchen gerne eine Disco; angesichts des relativ hohen Durchschnittsalters der Befragten ist dieser geringe Wert nicht verwunderlich.

Diese Angaben entsprechen interessanterweise in vielen Teilen dem durchschnittlichen Freizeitverhalten aller Bürgerinnen und Bürger. Nach der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes sehen Menschen in Deutschland in ihrer Freizeit gerne fern, pflegen ihre Sozialkontakte und/oder ruhen sich aus (Statistisches Bundesamt 2006). Kulturelle Veranstaltungen im weitesten Sinne besuchen hingegen wenige Menschen bzw. solche werden nur selten genutzt. Vergleicht man damit die Aussagen der Menschen mit Behinderung, dann praktizieren auch sie in ihrer Freizeit eher passive Angebote wie Musik hören/Fernsehen oder sie ruhen sich aus. sie gehen spazieren oder treffen andere Leute. Legt man die Zustimmungswerte in beiden Fragen zugrunde, dann ergeben sich deutliche Übereinstimmungen, d.h. die Menschen wissen, wo sie hingehen können, wenn sie etwas Bestimmtes (außerhalb von „Ausruhen“ und „Fernsehen/Musik hören“) unternehmen wollen.

3.5 Wohlbefinden und Zufriedenheit

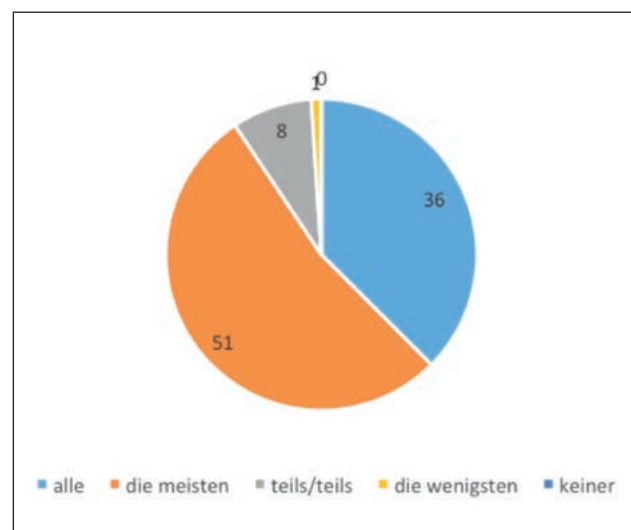
Der Blick auf die Situation der Menschen mit Behinderung, die aus den Kerneinrichtungen in gemeindeintegrierte Wohnangebote gezogen sind, soll mit einem Blick auf ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit abgerundet werden. Zunächst kommen auch hier die Mitarbeitenden zu Wort. Sie wurden gebeten einzuschätzen, wie viele der betreuten Menschen sich in ihrer neuen Wohnsituation wohlfühlen.

Ihren Antworten zufolge fühlen sich zu 87% alle oder zumindest die meisten wohl.

„Teils/teils“ antworten 8%. Hier wird von den Mitarbeitenden gelegentlich ergänzt, dass manche Menschen mit Behinderung von den neuen Angeboten in keiner Weise profitieren könnten und gegenüber der vorherigen Betreuung Selbstständigkeit eingebüßt hätten.

Dies betrifft in ihren Augen Menschen, die das Haus nicht eigenständig verlassen können und stets auf Begleitung angewiesen seien. Diese Argumentation erscheint uns jedoch etwas einseitig; man könnte ihr entgegen, dass in solchen Situationen die Mitarbeiterressourcen offenkundig unzureichend sind.

Abbildung 10: MA-Befragung (N=185)
„Fühlen sich die Menschen mit Behinderung in der neuen Wohnsituation wohl?“ (Angaben in Prozent)



Die Menschen mit Behinderung wurden nicht direkt nach ihrem Wohlbefinden gefragt, sondern im Interview wurden indirekte Indikatoren formuliert, die auf Wohlbefinden (oder dessen Gegenteil) hindeuten. Dazu gehören Fragen nach Erkrankungen, Schlafstörungen, Sorgen um die Zukunft oder das Gefühl von Einsamkeit.

Bei diesen Fragen wurde keine Skalierung wie „immer – oft – manchmal – nie“ vorgegeben, da deren Einschätzung uns als zu schwierig erschien. Vielmehr wurden die Fragen mit einer Wertung formuliert: „Sind Sie oft krank“, „Schlafen Sie immer gut“, „Machen Sie sich oft Sorgen um Ihre Zukunft“ und „fühlen Sie sich oft einsam“. Diese Fragen konnte man mit ja oder nein beantworten.

Tabelle 15: Interviews (N=55): Fragen nach Wohlbefinden (Angaben in Prozent)

Fragen	ja	nein	Weiß nicht	Keine Angabe
Sind Sie oft krank?	22	66	4	8
Schlafen Sie immer gut?	86	13	–	1
Machen Sie sich oft Sorgen um Ihre Zukunft?	38	47	6	6
Fühlen Sie sich oft einsam?	26	60	9	6

Diese Antworten scheinen auf keine Einschränkungen des Wohlbefindens hinzudeuten mit Ausnahme der Zukunfts-sorgen sowie dem Gefühl der Einsamkeit. Hinsichtlich der Zukunftssorgen konnten wir keine plausible Erklärung finden; eventuell spielt das hohe Durchschnittsalter hier eine Rolle. Der Anteil derer, die angeben, sich oft einsam zu fühlen, liegt unter dem entsprechenden Wert in der bundesdeutschen Bevölkerung; hier geben in einer Studie nur 30% an, sich nie einsam zu fühlen (vgl. Harris 2015).

Zufriedenheit

Fragen zur Zufriedenheit in der aktuellen Wohnsituation wurden ausschließlich Menschen mit Behinderung gestellt, da diese eine subjektive Einschätzung ist und daher nur von den betroffenen Menschen selbst beantwortet werden kann. Um einen Eindruck der Zufriedenheit zu gewinnen, wurde diese in verschiedenen Fragen angesprochen. Zunächst wurden die Menschen mit Behinderung gefragt, was sie in ihrer Wohnung/Wohngruppe/Wohngemeinschaft gut finden und was eher nicht. Von 55 Personen konnten 54 benennen, was sie in der Wohnung/Gruppe gut finden.

Die häufigsten Antworten waren:

- N=20: die anderen Mitbewohner/ das zusammen Wohnen
- N=14: das Zimmer (Einzelzimmer mit eigenem Bad, großes Zimmer, „besser vom Platz“)

- N=13: die Mitarbeiter
- N=12: „so gut wie alles“
- N=10: Fernsehen (Radio/Musik hören);
- N=8: „mehr Ruhe“/ „ruhiger“
- N=4: das Essen
- N=3: „schöne Umgebung“

12 Personen gaben Antworten, die sich auf ihre Selbstständigkeit/Eigenverantwortlichkeit beziehen („man darf Sachen vorschlagen“, „darf alles selber machen“).

Nur 25 Personen von 55 (46%) konnten auch eher negative Aspekte benennen. An erster Stelle stehen auch hier die Mitbewohner, dieses Mal jedoch werden Konflikte in der Gruppe genannt. Auf der „Unzufriedenheitsskala“ folgen dann Hinweise auf Unordnung und mangelnde Sauberkeit, z. B. wenn man sich ein Bad teilen muss. Ergänzt werden diese Anmerkungen von Einzelnennungen. Bemerkenswert ist hier vor allem der Hinweis einer Person, dass die Umgebung nicht schön sei und man Angst vor den Jugendlichen in der Nachbarschaft habe.

Eine weitere Frage im Interview bezog sich auf die Beurteilung verschiedener Aspekte der Infrastruktur, der Wohnung, der Unterstützung durch die Mitarbeitenden, des Zusammenlebens und den Möglichkeiten der Selbstbestimmung.

Die Antworten auf diese Fragen sind in folgender Tabelle zusammengestellt:

Tabelle 16: Interviews (N=55) Zufriedenheit in unterschiedlichen Bereichen (Angaben in Prozent)

	Zufrieden	Teilweise zufrieden	Unzufrieden	Kann ich nicht beantworten
Gute Einkaufsmöglichkeiten	89	–	4	8
Gute Freizeitmöglichkeiten	73	10	6	12
Mein Zimmer	94	2	4	–
Gemeinschaftsräume	90	2	8	–
Sauberkeit in Wohnung	76	13	9	2
Erreichbarkeit der Mitarbeiter	88	6	2	4
Freundlichkeit der Mitarbeiter	85	13	2	–
Umfang der Unterstützung	80	16	4	–
„ich kann mit Menschen zusammenwohnen, die ich mag“	85	8	2	6
„ich kann Dinge selbst entscheiden“	82	8	6	4

Den höchsten Zufriedenheitswert erreichen die Räumlichkeiten: das eigene Zimmer sowie die Gemeinschaftsräume. Etwas weniger zufrieden ist man dagegen mit der Sauberkeit der Wohnung, was oben schon zum Ausdruck kam. Hinsichtlich der Freundlichkeit und der Erreichbarkeit der Mitarbeitenden äußern sich 85 % bzw. 88 % der Interviewten zufrieden. Hingegen sind 20 % der Befragten mit dem Umfang der Unterstützung nur teilweise oder gar nicht zufrieden. Hier lassen sich die Ergebnisse einer anderen Frage ergänzen: Auf die Frage, ob die Hilfe, die sie bekommen, ausreichend sei, antworten 19 %, dass sie sich mehr Unterstützung wünschen würden (6 % wünschen sich weniger Unterstützung). Begründet wird dies damit, dass man z.B. mehr lernen, öfter etwas unternehmen (2 Mitarbeiter am Nachmittag, „dann kann man auch mal rausgehen“) oder Hilfe in Konflikten mit Mitbewohnern bekommen könne. Nach diesen Aussagen scheint die alltägliche Betreuung als durchaus ausreichend eingeschätzt zu werden. (Bedingt) mehr Unterstützung wünscht man sich am ehesten in Hinblick auf Teilhabeaspekte („mal etwas unternehmen“), den Wunsch, selbstständiger zu werden oder auch in Begleitung in Gruppenkonflikten. In Bezug darauf wird erneut die Ambivalenz deutlich, dass die MitbewohnerInnen ausgesprochen bedeutsam für das eigene Wohlbefinden sein können und diese zugleich – wenn man sich nicht mit ihnen versteht – sehr wesentlich zu Unzufriedenheit beitragen.

Die Schlussfrage im Interview lautete: „Wohnen Sie hier so, wie es Ihnen gefällt?“

Diese Frage bejahten 85,5 % der Interviewten.

Eine Person antwortete „Teilweise“, fünf Personen sagten „nein“. Drei dieser Menschen hatten konkrete Vorstellungen, wie sie wohnen möchten (z. B. „WG zu dritt“).

Leider erläuterten die „Nein-Sager“ nicht, ob sie eigentlich schon immer anders als jetzt wohnen wollten oder ob sich die Idee, wie man anders wohnen könnte, sich erst nach dem Umzug entwickelt. Es wäre eine durchaus plausible Erklärung, dass Menschen aus den Erfahrungen des Einbezogen-Werdens und der Veränderung früher für unveränderbar gehaltener Situationen gelernt haben, für sich selbst weitere Pläne zu schmieden.

Interessant ist, dass auch die Personen, die mit ihrer jetzigen Wohnsituation zufrieden sind, Ideen formulieren, was man noch besser machen könnte:

Diese Ideen beziehen sich auf die Räumlichkeiten/die Ausstattung (z. B. „Balkon wäre schön“, eigenes Bad), die Regeln des Zusammenlebens (mehr Rücksichtnahme), Aktionen und Erlebnisse (mehr unternehmen, öfter einkaufen gehen) sowie auf ihre Möglichkeiten der Selbstbestimmung.

Fazit

Die Aussagen, die in diesem Bericht getroffen wurden, können nicht hinsichtlich ihrer Repräsentativität überprüft werden, da Informationen über die jeweiligen Grundgesamtheiten fehlen. Bekannt ist weder die Gesamtzahl der bislang umgezogenen Menschen mit Behinderung noch ihrer spezifischen Merkmale (Geschlecht, Alter, Unterstützungsbedarf). Ebenso fehlen Informationen über alle neu geschaffenen Standorte sowie die Gesamtzahl der an diesen Standorten arbeitenden Betreuerinnen und Betreuer. Ungeachtet dessen können jedoch gültige Aussagen im Sinne einer „wenn-dann-Beziehung“ getroffen werden.

Nach den uns vorliegenden Daten sind die neuen Standorte mit wenigen Ausnahmen hinsichtlich ihrer baulichen Gestaltung und der sie umgebenden Infrastruktur als gut zu bewerten. Die Ausnahmen – vorrangig Standorte in Gewerbegebieten oder außerhalb von Ortschaften gelegen – beruhen sicher nicht auf willentlichen Entscheidungen der Träger, sondern wurden geschaffen, da es keine Alternativen zu geben schien. Dies zu vermeiden erscheint nur möglich, wenn Träger einen „langen Atem“ behalten und damit sicher die bislang vorgesehenen Zeiträume von fünf Jahren überschreiten.

In der konzeptionellen Gestaltung der Wohnangebote finden sich Ansätze der Selbstversorgung, der Nutzung der zentralen Dienste der Kerneinrichtung sowie Mischformen aus beidem. Selbstversorgung und die sog. Mischformen dominieren. Die Entscheidung für die eine oder andere Form der Alltagsgestaltung hängt sicherlich mit dem Unterstützungsbedarf der zu betreuenden Menschen zusammen. Darüber hinaus scheinen sie auch Entwicklungsprozesse der Träger abzubilden. Salopp formuliert: Ein Träger, der in seiner Stammeinrichtung sehr dem traditionellen Modell stationärer Versorgung verbunden ist und über vielfältige zentrale Dienste verfügt, wird schwerlich von heute auf morgen ein Konzept der kompletten Selbstversorgung an den dezentralen Standorten umsetzen können. Da Selbstversorgung jedoch den Menschen mit Behinderung neue Erfahrungsräume eröffnet – selbst wenn sie selbst nicht in der Lage sind, sich aktiv z. B. am Kochen, am Waschen, am Putzen etc. zu beteiligen – sollte sie als Ziel angestrebt werden.

In Hinblick auf die Arbeitsorganisation der Mitarbeitenden sowie der Gestaltung von Wohnkonzepten scheint uns insbesondere das Konzept des Wohnverbundes interessant. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann das wohngruppen- und „Leistungsform“ (ambulant und stationär) übergreifende Arbeiten die Chance bieten, zunehmend individuelle personenzentrierte Unterstützung anzubieten; hier können eventuell auch Erfahrungen aus dem sog. ambulant betreuten Wohnen auf den formal stationären Bereich „übertragen“ werden.

Zudem bieten Wohnverbände die Chance Synergien zu nutzen. Als Beispiel kann hier die nächtliche Betreuung angeführt werden: In einer Wohngruppe, in der (auch) Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf leben, könnte eine Nachtwache eingerichtet werden, die zugleich als Rufbereitschaft für die Menschen tätig werden kann, die alleine oder in kleinen Wohngemeinschaften in der Nachbarschaft wohnen.

Die Menschen, die an den neuen Standorten leben, sind in der großen Mehrzahl zufrieden mit ihrer persönlichen Wohnsituation. Sie sind darüber hinaus besonders zufrieden, wenn sie Unterstützung dabei erhalten, die

Angebote in ihrer Umgebung zu nutzen und damit am „Leben der Gesellschaft teilzuhaben“. Gleichwohl formulieren manche von ihnen Ideen, wie es noch besser sein könnte. Dies bedeutet u.E., unter Beteiligung der Menschen mit Behinderung immer wieder neu an der konzeptionellen Gestaltung der Standorte zu arbeiten. Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung können sich verändern, es können sich andere „Lebensthemen“ entwickeln, Prioritäten können sich verschieben und neue Wünsche entstehen – daher können die neuen Angebote mit dem Bau und dem Bezug nicht abgeschlossen sein, sondern sollten sich kontinuierlich weiterentwickeln.

D Betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation des UGK-Prozesses (Projektteil II)

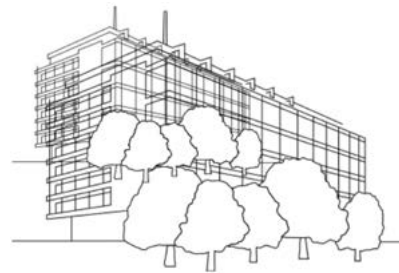
Verfasser:

Prof. Dr. rer. pol. Arnold Pracht (Hochschule Esslingen)

Dipl. Betriebswirtin Petra Binz

Hochschule Esslingen
University of Applied Sciences

Nah an Mensch und Technik.



1 Einleitung – Beschreibung des Projektauftrages

Im Mittelpunkt jeder Evaluation steht die sorgfältige Analyse. Bei der Evaluation von komplexen Prozessen, die wie hier unter der Zielperspektive „Umwandlung bestehender Wohnformen in Komplexeinrichtungen für Menschen mit Behinderung“ durchgeführt werden, muss ein Schwerpunkt auf der Analyse von Wirkungen, Wirkungsweisen und deren Zusammenhänge liegen. Versteht man unter Deinstitutionalisierung einen Prozess, in dem institutionelle, organisatorische und bürokratische Formen der Fremdverwaltung des Lebens behinderter Menschen abgebaut werden und ihnen die Gestaltungskompetenz für ihr tägliches Leben wieder übereignet wird, dann sind die strukturellen, prozessualen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen, die für eine solche Konversion erforderlich sind.

Gerade die vielfach als gegensätzliche Pole wahrgenommenen fachlichen Ziele und wirtschaftlichen Erfordernisse, Teilhabe vs. Ökonomie, sind in ihren Zusammenhängen zu betrachten.

Entsprechend werden hier zwei Teilkonzepte der Evaluation vorgestellt: die fachlich-konzeptionellen Fragen und die Situation der Menschen mit Behinderung, in Verantwortung der Universität Tübingen (Projektteil I) und die wirtschaftlichen Aspekte, in Verantwortung der Hochschule Esslingen (Projektteil II).

Nach jahrzehntelanger Tradition, Menschen mit Behinderung Wohnraum in großen stationären Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, vollzieht sich derzeit ein Paradigmenwechsel. Es geht darum, neue dezentrale kleinteilige Formen des Wohnens, oft integriert in bestehende Wohnsiedlungen, umzusetzen. Unterschiedliche Konzepte, die hierfür Pate stehen können, wurden bisher, wenn überhaupt, eher aus sozial- oder heilpädagogischer Perspektive diskutiert. Sehr rudimentär erfolgte dies aus betriebswirtschaftlich-institutioneller Sicht. Es war daher kaum möglich, Hypothesen, die über den Status von Vermutungen hinausgehen, zu formulieren und zu verifizieren. Man sah sich bei der Konzeption des Forschungsdesigns deshalb genötigt einer breiten Erhebung mit eher quantitativer Ausrichtung, eine qualitative Phase vorzuschalten. Diese sollte einen hypothesengenerierenden Charakter haben. Dieser qualitativen Phase sollte wiederum eine Phase vorausgehen, in der die Erhebungsinstrumente zu entwickeln und zu erproben gewesen wären. Bei der Durchführung des Projektes hat es sich jedoch gezeigt, dass wegen eines verspäteten Beginns der Projektarbeit diese Vorphase in die Erhebungsphase integriert werden musste. Die Erhebungssequenzen ließen sich auch prozessbegleitend optimieren. Damit konnte, entgegen der ursprünglichen Planung, das Projekt in zwei Phasen konzipiert werden.

Auf eine ausführliche Darstellung der betriebswirtschaftlichen Seite zum Stand der Forschung wird weitgehend verzichtet, da zu diesem Themenschwerpunkt kaum Untersuchungsergebnisse vorliegen. Diese Erkenntnislücke soll nun durch diese Studie, die sich wesentlich auf Kosten- und Finanzstrukturen konzentriert, verringert werden.

1.1 Stand der Forschung

Im Europäischen Raum wurden schon einige Projekte der Dezentralisierung erfolgreich umgesetzt. Beispielfähig können hier genannt werden:

- Mansell, J. u.a. (2007): Deinstitutionalisation and community living – outcomes and costs: Report of an European Study. Volume 2: Main Report. Canterbury: Tizard Centre, University of Kent.
- Time to Move on from Congregated Settings. A Strategie for Community Inclusion. Report of Working Group on Congregated Settings (Health Service Executive), June 2011).

Thematisch eingebettet waren diese jedoch nicht oder nur rudimentär in Fragen der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen. Dies ist auch damit zu erklären, dass es nur wenige Staaten im europäischen Raum gibt, die die Soziale Arbeit insgesamt, insbesondere aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung durch ein weitreichendes System freier Träger, wie z. B. hierzulande, organisiert haben. Zu spezifischen Kosten nimmt beispielsweise dezidiert das Papier des Bayerischen Staatsministeriums von 2010 Stellung:

- „Eckpunkte zur Umsetzung dezentraler Wohnstrukturen für Menschen mit körperlicher Behinderung, Sinnesbehinderung und / oder geistiger Behinderung unter dem Aspekt der Inklusion“ (Vgl. http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/behinderung/101222_eckpunkte_zur_dezentralisierung.pdf)

Eine weitere Quelle beschäftigt sich eingehend mit der Dezentralisierung:

- Franz, Daniel (2014): Anforderungen an MitarbeiterInnen in wohnortbezogenen Diensten der Behindertenhilfe. Veränderungen des professionellen Handelns im Wandel von der institutionellen zur personalen Orientierung. Marburg (Lebenshilfe-Verlag).

In seiner Dissertation im Zusammenhang mit dem Inklusionskonzept geht Daniel Franz zwar nicht direkt auf betriebswirtschaftliche Aspekte ein, formuliert jedoch eine ganze Reihe von relevanten Gesichtspunkten, insbesondere organisations- und personal(management) spezifische Veränderungen, die mit dem Vorgang einer Dezentralisierung in der Hilfe für Menschen mit Behinderung von Relevanz sein können.

1.2 Methodische Umsetzung und Vorgehensweise

Für dieses Projekt musste die Mehrzahl der Daten vor Ort erhoben werden. Dies erfolgte zunächst bei fünf Einrichtungen. Zwei dieser Einrichtungen befanden sich vermeintlich am Anfang des Prozesses, zwei mitten in der Umsetzung und eine hatte das Vorhaben bereits weitgehend abgeschlossen. Bei der Datenerhebung war eine enge Kooperation mit den Bereichen Rechnungswesen und/oder Controlling erforderlich. Dies war unter anderem deswegen relevant, weil die Ergebnisse von Kostenerhebungen immer auch mit den Verfahren zu tun haben, mit deren Hilfe Kosten erfasst bzw. zugeordnet werden. Um eine Vergleichbarkeit der Daten zu erhalten wurde die eine oder andere Korrekturrechnung bzw. Hochrechnung vorgenommen. Darüber hinaus wurden Rahmendaten bei allen beteiligten Projektpartnern in Form einer schriftlichen Befragung erhoben, um überschauen zu können, inwiefern gewisse Effekte der Einzelfallanalyse generalisierbar sein könnten. Um wesentliche Kosten- und Finanzeffekte erfassen zu können, müssen Analysen aus unterschiedlichen Blickwinkeln durchgeführt werden. Es war anzunehmen, dass sich hier, in Abhängigkeit subjektiver und objektiver Bedingungen, unterschiedliche Auswirkungen einer Dezentralisierung zeigen. Da es sich um eine qualitative Studie handelt, konnten jedoch nicht alle denkbaren Aspekte erfasst und dokumentiert werden. Dies liegt vor allem an der relativ kleinen Stichprobe von nur fünf Trägern, die, das stand von vorne herein fest, keine für alle Problemfelder „typischen“ Vertreter aufweisen konnte.

Unter Abwägung vieler Gesichtspunkte erschien es ratsam, die potenziellen Auswirkungen auf Kosten- und Finanzeffekte in folgende Kategorien aufzuteilen und zu erfassen:

- abhängige Variablen, die von strukturellen und objektiven Rahmenbedingungen determiniert sind
- abhängige Variablen, die von subjektiven und institutionsspezifischen Gegebenheiten determiniert sind.

Der Terminus „abhängige Variablen“ soll zum Ausdruck bringen, dass es messbare Effekte gibt, die mit der Höhe der Kosten oder mit spezifischen Finanzeffekten korrelieren. Zunächst sind hier die spezifischen Kostenarten bzw. die spezifischen Finanzeffekte zu analysieren. Danach muss die Frage gestellt werden, welche subjektiven Variablen, in Bezug auf die betroffenen „Zielgruppen“, und welche strukturellen Variablen mit diesen Finanz- und Kosteneffekten korrelieren. Dies wurde, wo immer möglich, im Hinblick auf unterschiedliche Zeitpunkte erfasst und dargestellt. Dabei war die Ausgangslage besonders relevant, also die Phase, in der das Projekt „Dezentralisierung“ noch nicht in Angriff genommen wurde. Betrachtet wurden Einrichtungen, die in der Realisierung ihrer Konzepte einen unterschiedlichen Umsetzungsgrad erreicht haben.

Als ideal schien die Betrachtung von „Beispieleinrichtungen“ in den folgenden drei Umsetzungsphasen:

- eine Einrichtung am Anfang der Realisierungsphase
- eine Einrichtung, die etwa die Hälfte der Umsetzungsschritte hinter sich hat
- eine Einrichtung, die die Dezentralisierung weitgehend abgeschlossen hat.

Davon erhoffte man sich Aussagen, wie sich beispielsweise die Kosten im Prozess der Umsetzung von Dezentralisierungskonzepten entwickeln. Um dieses Bild zu vervollständigen, wurden in allen beteiligten Einrichtungen die Kosten ihrem zeitlichen Verlauf entsprechend erfasst und dokumentiert.

Bei den eher subjektiven Daten wird Bezug auf das korrespondierende Projekt unter der Leitung der Kollegin Dr. Heidrun Metzler (Universität Tübingen, Projektteil I) genommen. Hier wird, wo immer dies aus datenschutzrechtlichen Gründen möglich ist, auf einige Quellen im Zuge der dortigen Erhebungen zurückgegriffen. Bei der Durchführung der qualitativen Phase wurde großer Wert auf die Beteiligung des Projektträgers, in diesem Falle dem Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V., gelegt. Dieser hat für die Begleitung des Projektes eine Steuergruppe gebildet, dem der Geschäftsführer, Vertreter des Vorstandes, eine Vertreterin der Diakonie Deutschland sowie eine Vertreterin des BeB Beirats der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung und ein Vertreter des BeB Beirats der Angehörigen und gesetzlichen Betreuer/innen angehörten. Die beiden Auftragnehmer (Dr. Metzler, Prof. Pracht) waren ebenfalls an der Steuergruppe beteiligt. Während der qualitativen Phasen tagte die Steuergruppe vier Mal. Hier stand jeweils an, über die abgeschlossenen Arbeitsschritte zu berichten und einvernehmlich die darauffolgenden zu planen. Zusätzlich waren für diese Phase drei Veranstaltungen mit den an der Evaluation beteiligten Trägern geplant. Eine Veranstaltung mit Beteiligung aller involvierten Träger fand zu Beginn des Projektes statt. Ziel war es hier, den Forschungsauftrag und die geplante Vorgehensweise zu erörtern und zu diskutieren. In einer zweiten Veranstaltung sollte die Steuergruppe, gemeinsam mit Vertretern der fünf, für die qualitative Phase ausgewählten, Einrichtungen, inhaltlich in Form eines Workshops mitwirken. Die Ergebnisse dieses Workshops wurden im Rahmen einer abschließenden Veranstaltung zum ersten Projektabschnitt, an der die Steuergruppe und alle an dem Projekt beteiligten Einrichtungen teilnahmen, vorgestellt und diskutiert. Die kritische Reflexion der Hypothesen war für den weiteren Verlauf relevant, da sie die Grundlage für die Erhebung in der quantitativen Projektphase bildeten.

Da nur auf einen geringen Rücklauf von 16 Freien Trägern zurückgegriffen werden konnte, wären mit rein quantitativen Methoden kaum Aussagen möglich. Durch den qualitativen Ansatz konnten jedoch Hypothesen generiert und Schlüsse abgeleitet werden. Dabei wird die Problematik

der Subjektivität und Reliabilität der Daten bei der Ergebnisinterpretation berücksichtigt. Für die Totalerhebung in der quantitativen Phase wurden bei den betriebswirtschaftlichen Daten geeignete Items ausgewählt und ein Fragebogen entwickelt. Eine erneute kritische Diskussion der ermittelten Ergebnisse fand im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung mit den Vertretern und den Vertreter/innen des BeB im Juni 2014 statt. Zwei ausgewählte Einrichtungen prüften den Fragebogen hinsichtlich seiner Umsetzbarkeit und Verständlichkeit. Pretest und Optimierung des Fragebogens wurden von August bis Anfang September 2014 umgesetzt. Die Totalerhebung bei allen 21 Projektteilnehmern war für den Zeitraum Oktober/November 2014 vorgesehen. Das Zeitfenster musste allerdings, aufgrund der geringen fristgerechten Rückläufe, bis Mitte Januar 2015 erweitert werden. Während mit der Totalerhebung feste Items abgefragt wurden, wurde bei den Experteninterviews, die in verschiedenen Phasen des Projektverlaufs stattfanden, weitgehend auf eine Standardisierung verzichtet, um ein hohes Maß an Inhaltsvalidität zu erhalten.

Ergänzend dazu fanden in den verschiedenen Projektphasen Workshops statt.

Februar 2013:

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung in Kassel – Wilhelmshöhe erfolgte die Abstimmung und Anpassung des

Konzeptrahmens mit den wirtschaftlich Verantwortlichen der Träger in Bezug auf die Kostenerfassung und Kostenbetrachtung in drei wesentlichen Phasen des Umwandlungsprozesses

- die trägerspezifischen und regionalen Besonderheiten
- die politische Dimension und
- die Form des Partizipierens der Projektteilnehmer untereinander.

Januar 2014:

Diskussion ausgewählter Ergebnisse mit Teilnehmern aus den Beispieleinrichtungen

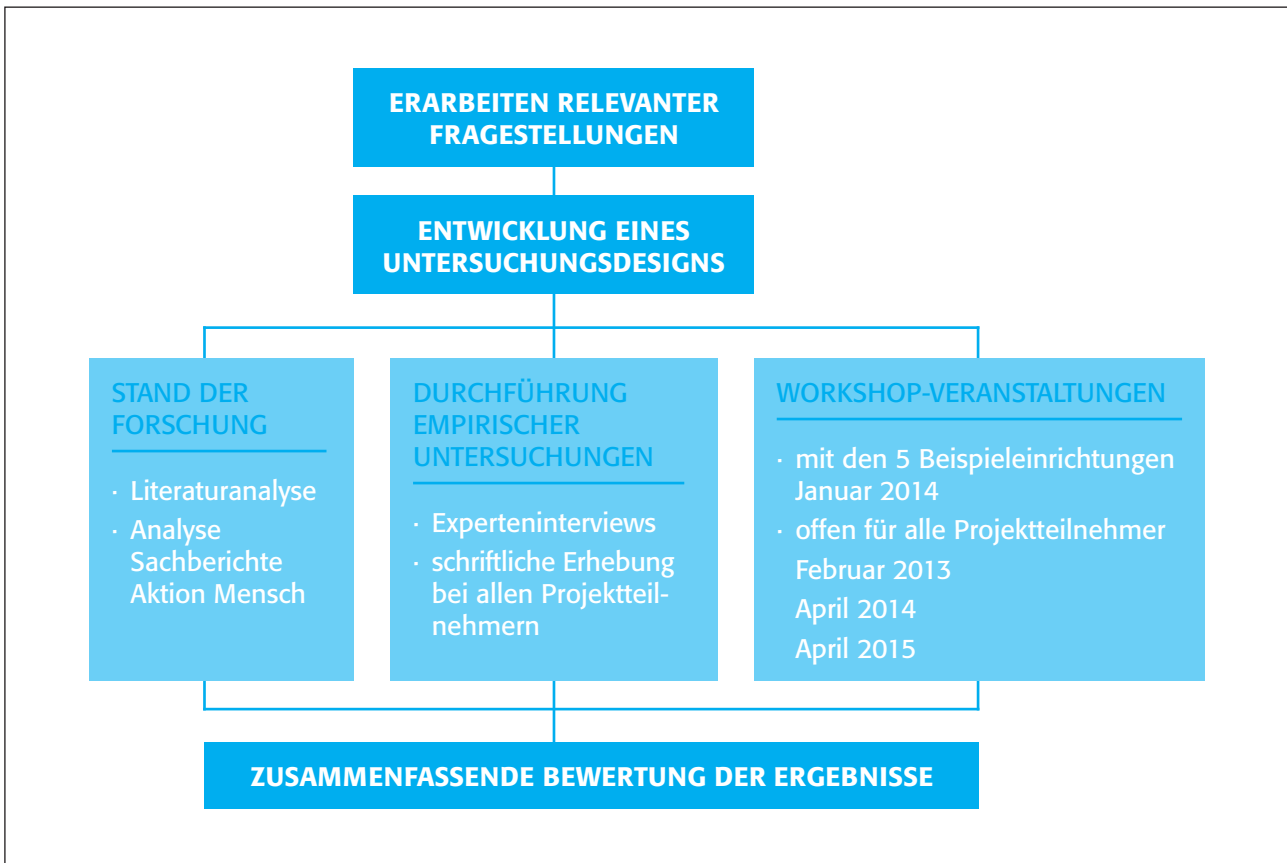
- Gewichtung fördernder und hemmender Faktoren bei der Umsetzung von Dezentralisierungskonzepten
- Organisationsgestaltung und Personalmanagement in dezentralen Strukturen

April 2015:

Stellungnahmen und Diskussion der Teilnehmer zu bisher nicht überprüfaren Hypothesen des Projektes.

Der diesem (Teil-)Bericht zugrundeliegende Methodenmix soll im Folgenden zusammenfassend kurz dargestellt werden:

Abbildung 11: Untersuchungsdesign



2 Entwicklung der Forschungshypothesen

Im Folgenden soll zunächst der Prozess beschrieben werden, der der Entwicklung von Hypothesen als Grundlage für die quantitative Erhebung mittels Fragebogen diente. Danach werden die einzelnen Stufen der Generierung von Hypothesen dargestellt und diskutiert.

2.1 Prozessbeschreibung der Entwicklung von Hypothesen

Die Entwicklung der Forschungshypothesen konnte nicht oder nur sehr rudimentär auf einer Basis bereits vorliegender, in der Literatur diskutierter, Erkenntnisse aufbauen. Zum Thema Kosten, die mit Dezentralisierung im Sinne von Konversionsprozessen ganzer Einrichtungen verbunden sind, konnten keine Veröffentlichungen aus dem wissenschaftlichen Kontext ausgemacht werden. Es liegen aber zum Teil Modellrechnungen, zum Beispiel aus dem Bereich des Diakonischen Werkes Württemberg vor, die darauf hinweisen, dass Dezentralisierungsvorhaben bei einer bestimmten Mindestgröße von dezentralen Einrichtungen wirtschaftlich zu vertreten seien. Häufig gehen diese Rechnungen von einer Mindestgröße von 24 Bewohnerinnen bzw. Bewohnern aus.

Aus diesem Grunde erschien es geboten, Forschungshypothesen aus einer qualitativ orientierten Vorstudie zu generieren und diese dann zu verifizieren bzw. zu falsifizieren.

Den Projektstart bildete die Eröffnungsveranstaltung am 25.2.2013 in Kassel-Wilhelmshöhe. Im Rahmen eines ersten Workshops erfolgte die Abstimmung und Anpassung des Konzeptrahmens mit den wirtschaftlich Verantwortlichen der jeweiligen Diakonischen Träger.

Die Ergebnisse des Workshops im Februar flossen in die Erstellung eines Erhebungsprofils und die Vorbereitung von Experteninterviews ein. Bis Ende Oktober erfolgten Interviews in fünf ausgewählten Einrichtungen. Bei der Auswahl wurde berücksichtigt, dass sich die Befragten in unterschiedlichen Phasen des Konversionsprozesses befanden. Das Erhebungsprofil erfasste alle relevanten Kostenarten sowie objektive und subjektive Strukturdaten. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass die Qualität des Rechnungswesens der einzelnen Organisationen nicht einheitlich war und sich –aus betriebswirtschaftlicher Sicht – auf einem sehr unterschiedlichen Niveau bewegte.

Erste Eindrücke und Erkenntnisse stabilisierten sich und die Bandbreite der widersprüchlichen Aussagen wurde deutlich. In dieser frühen Phase kristallisierte sich bereits heraus, dass es konkret zu benennende Mehr- oder Minderkosten einer Dezentralisierung nicht gibt oder diese

mit den vorhandenen Kostenrechnungssystemen im Einzelnen nicht transparent gemacht werden konnten.

2.2. Ableitung erster Hypothesen

Die Diskussionen mit Vertretern der fünf Einrichtungen, die sich für die qualitative Phase des Projektes zur Verfügung stellten, und die Analyse der, in erster Linie aus dem Rechnungswesen generierten, Daten führten zu ersten Aussagen, die zunächst sehr vorsichtig formuliert wurden. Der Grund hierfür war, dass die Aussagen und Wertungen zu Dezentralisierung und Konversion bei den unterschiedlichen Trägern zum Teil sehr widersprüchlich waren. Wichtig war hierbei, die Aussagen der Experten aus Rechnungswesen und der konzeptionell sozialpädagogischen Fachlichkeit nicht vorschnell durch sogenannte „harte Daten“ zu determinieren.

Die Hypothesen bzgl. der Wirkung von Dezentralisierung wurden wie folgt formuliert:

- Die Personalkosten steigen nicht unbedingt absolut, wohl aber in Teilbereichen.
- Der Verwaltungsaufwand wird in dezentralen Strukturen nicht zwangsläufig höher.
- Auch kleine und kleinste Wohneinheiten (4-14 Personen) können wirtschaftlich geführt werden.
- Die Dezentralisierung primär von Menschen mit Behinderung mit einem relativ geringen Hilfebedarf rechnet sich nicht.
- Die Problemfelder unterscheiden sich deutlich zwischen städtischen und ländlichen Standorten.
- Dauer und Grad der Konversion bestimmt die Höhe der Kosten und Wirtschaftlichkeit.

Neben Erkenntnissen aus den Experteninterviews spielte, wie oben erwähnt, für die Entwicklung der ersten Hypothesen die Analyse des vom Rechnungswesen zur Verfügung gestellten Zahlenmaterials eine wichtige Rolle. Diese Daten zeigen insgesamt über die fünf Träger keine einheitliche Tendenz, lassen jedoch erkennen, dass eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Prozess der Dezentralisierung nicht unbedingt eintreten muss. Die anonymisierte Darstellung einiger ausgewählter Kerndaten (Tabellen 17 bis 19) soll hier kurz erläutert werden.

Zunächst erfolgt eine Auflistung der Personalkosten, getrennt nach dezentralen und zentralen Wohnformen. Hier gilt, wie im übrigen auch für die darauf folgenden Auflistungen, dass die Summe aller Werte die Zahl 100 ergibt. Dahinter können sich sowohl sehr hohe Beträge als auch geringe Werte verbergen. Daher wird pro Tabelle nochmals auf die anteilige Relevanz der jeweiligen Kategorie hingewiesen (Personalkosten bei Tabelle 17 weisen beispielsweise eine Relevanz von 91,5% bei den Gesamtkosten auf).

Kostenstelleneinzelkosten: Personalkosten pro Bewohner und Jahr

Relevanz der Personalkosten in Bezug auf die Quersumme der Kostenstelleneinzelgesamtkosten (=100)

Der Anteil dieser Personalkosten an den gesamten Einzelkosten (=Personal + Sachkosten) entspricht 91,5%

Tabelle 17: Kostenstelleneinzelkosten/Personalkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr

Kostenstellen-einzelkosten	Träger v		Träger w		Träger x		Träger y		Träger z	
	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral
Personalkosten pro Bewohner										
Betreuung, Förderung, Pflege		12,8	17,8	15,3	10,7	6,0	11,9	/	10,0	10,0
Essensversorgung und -verteilung		0,5	in Löhne und Gehälter erfasst		in Betreuung erfasst		0,4	/	0,4	/
Reinigungsdienste		0,00	in Löhne und Gehälter erfasst		Reinigung gesamt in Sachkosten		1,0	/	0,4	0,4
Medizinische Versorgung, Sportliche und motorische Förderung		/	in Löhne und Gehälter erfasst		0,5	0,4	1,1	/	0,4	/
			alle Daten über Umlage auf die Anzahl der Plätze							
Gesamt		13,3	17,8	15,3	11,2	6,4	14,4	/	11,2	10,4
Quersumme: 100										

Kostenstelleneinzelkosten: Sachkosten pro Bewohner und Jahr

Relevanz der Sachkosten entspricht 8,5% in Bezug auf die Quersumme der Kostenstelleneinzelgesamtkosten (=100)

Tabelle 18: Kostenstelleneinzelkosten/Sachkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr

Kostenstellen-einzelkosten	Träger v		Träger w		Träger x		Träger y		Träger z	
	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral
Sachkosten pro Bewohner										
Fahrtkosten Betreuung, Förderung, Pflege	/	0,4	keine	Erfassung	0,1	0,2	1,1	/	0,00	0,2
Reinigungsdienste	/	1,2	andere	Zuordnung	1,2	0,6	0,3	/	0,7	0,5
Essensversorgung und -verteilung	eigen fremd	4,4	3,2	1,5	0,2	4,8	5,2	/	8,4	6,3
			nur Lebens	-mittel	19,7	2,9				
Mieten und Mietnebenkosten		14,5	0,2	3,3	1,2	1,3	12,2	/	0,1	4,2
Gesamt [Summe=100%]		20,5	3,4	4,8	22,4	9,8	18,8	/	9,2	11,2
Quersumme: 100										

Gemeinkosten pro Bewohner und Jahr.

Relevanz der Gemeinkosten pro Bewohner entspricht 9,9% in Bezug auf die Quersumme der Gesamtkosten pro Bewohner (Summe Einzelkosten(pro Bewohner) + Summe Gemeinkosten(pro Bewohner) =100)

Tabelle 19: Gemeinkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr

Gemeinkosten	Träger v		Träger w		Träger x		Träger y		Träger z	
	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral	zentral	dezentral
pro Bewohner										
Personalkosten Führung und Leitung	Inkl. Ver-	5,8 waltung	nicht	erfasst	1,8	1,8	2,5	/	4,4	6,2
Verwaltungskosten		3,7	nicht	erfasst	6,6	6,9	15,7	/	5,9	5,9
Gebäudeabschreibung Fiktive Mieten			nicht	erfasst	5,1	0,8	/	/	/	2,5
Instandhaltung		2,1	nicht	erfasst	0,8	1,4	9,2	/	3,9	1,9
Fuhrpark		1,6	nicht	erfasst	0,4	2,1	/	/	1,0	/
Gesamt		13,2	nicht	erfasst	14,7	13,0	27,4		15,2	16,5
Quersumme: 100										

Die oben dargestellten Daten lassen einige Aufschlüsse für den Prozess der Konversion zu⁵:

- Werden die Sachkosten in den Vordergrund der Diskussion im Zusammenhang mit dem Konversionsprozess gerückt, dann wird im Rahmen einer Relevanz von insgesamt 8,5% der Gesamtkosten diskutiert. Hier sind auch schon die Mieten bzw. Gebäudeabschreibungen enthalten. Sehr viel relevanter als das Kostenproblem scheint doch bei der Frage der Beschaffung von geeigneten Gebäuden - angesichts der enormen Investitionssummen - das Problem der Finanzierung zu sein.
- Den Löwenanteil (91,5%) bilden die Personalkosten. Hier können keine entscheidenden Unterschiede zwischen dezentralen und zentralen Konzepten bei den in der qualitativen Phase beteiligten Unternehmen konstatiert werden (siehe Tabelle 17).
- Dort, wo Gemeinkosten erfasst wurden, zeigt sich ebenfalls kein einheitliches Bild. In einem Fall sind die Gemeinkostenanteile die geringsten überhaupt (13,2%). Dabei handelt es sich um einen Träger, der schon vollständig dezentralisiert hat. Daraus folgt, dass in der Phase des Prozesses der Umstellung von „vornehmlich zentral“ zu „vornehmlich dezentral“ die Gemeinkosten dann keine signifikante Veränderung erfahren.

⁵ Dezidiert muss darauf hingewiesen werden, dass die folgenden Ausführungen sich auf die Kom-mentierung der Daten, gewonnen aus der qualitativen Analyse (Tabellen 17 – 19) beziehen. Diese erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität.

Nach Analyse der Daten aus der qualitativen Studie konnten Dokumentationsmuster und die Darstellung möglicher Zusammenhänge erarbeitet werden, die die Grundlage für das Ableiten belastbarer Hypothesen zu den potenziellen Zusammenhängen der finanz- und kostenspezifischen Daten, sowie der Hypothesen aus deren Kombination mit Strukturdaten bilden sollten.

2.3 Darstellung der Hypothesen

In den Hypothesen werden Aussagen über potenzielle Zusammenhänge abgeleitet, die sich aus

- der Verknüpfung von Kosten- und Finanzdaten,
- der Kombination von finanz- und kostenspezifischen Daten mit objektiven Strukturdaten,
- und der Kombination von finanz- und kostenspezifischen Daten mit subjektiven Daten

ergeben.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Einrichtungsträger, die bisher wenig auf Fremdleistungen zurückgegriffen haben, vermutlich mit hohen nicht ausgelasteten Kapazitäten zu kämpfen haben. In den dezentralen Kostenstellen hat man weiterhin die nach spezifischer Schlüsselung anfallenden Gemeinkostenanteile zu tragen, ohne unbedingt die damit verbundenen Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Hohe zentrale Umlagen, entsprechend des festgelegten Schlüssels, belasten die dezentralen wie zentralen Wohneinrichtungen in gleicher Weise. Hinzu kommen dann in den

dezentralen Bereichen additiv hohe Einzelkosten für Fremdleistungen.

Mittel- bis langfristig führt die dezentrale Versorgung zu einer Verringerung der Gemein- und einer Erhöhung der Einzelkosten. Dieser Effekt zeigt sich insbesondere im Vergleich der Jahre 2003 und 2013 bei einer Beispieleinrichtung, die während der qualitativen Phase des Projektes analysiert wurde.

Personalkosten als Leerkosten, das heißt Kosten, denen keine spezifische Leistung entgegensteht, lassen sich mit den vorliegenden Systemen der Kostenrechnung und des Controllings nicht erfassen. Allerdings steigen in einer Beispieleinrichtung in dem Vergleichszeitraum 2003 bis 2012 die Fahrtkosten der Beförderung um 84,7% und die Kosten des Fuhrparks um 216% an. Diese beiden Kostenblöcke weisen die mit Abstand höchste Steigerungsrate auf. Ähnliche Effekte treten auch in den anderen Einrichtungen auf, völlig unabhängig vom Umsetzungsgrad der Dezentralisierungsziele. Hier muss vermutet werden, dass es dabei doch zu solchen Leerkosten in einem gewissem Umfang kommen kann, geht man davon aus, dass das Steuern eines Kfz nicht unbedingt zu den Kernaufgaben des qualifizierten Betreuungspersonals zählt. Dezentrale Versorgung verursacht höhere Raumkosten. Die Gebäudekosten für kleine Einheiten sind, bezogen auf eine Wohngruppe, relativ hoch.

Mit einer Ausnahme steigen diese spezifischen – auf einen Bewohner bezogenen – Mietkosten bei den in der qualitativen Phase betrachteten fünf Beispieleinrichtungen. Das heißt, die spezifischen Gebäudekosten liegen hier in einem enormen Umfang über denen des zentralen Wohnens.

Wird die Vollversorgungsstrategie in Einrichtungen aufgegeben, hat das Versorgungsangebot im regionalen Umfeld Auswirkungen auf die Dezentralisierung. Städtische Strukturen, mit häufig gut ausgebauten und sehr differenzierten Angeboten weisen dabei weit geringere Problemschwerpunkte auf als ländliche Regionen mit eher begrenztem Angebot.

Die Nachnutzung der frei werdenden Räume in zentralen stationären Wohnheimen ist schwierig und viele Einrichtungen sehen darin einen wesentlichen Hindernisfaktor zügig zu dezentralisieren. Starke Gebrauchswertorientierung, hohe Immobilienpreise in der Region und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Erschließung neuer Standorte, aber auch Alter der Gebäude und Höhe der Sonderabschreibungen beeinflussen die Konversionsstrategie.

Aus den Erkenntnissen in den Beispieleinrichtungen resultiert, dass ein gutes wirtschaftliches Fundament und hohe Liquidität nicht unbedingt die Voraussetzung für die schnelle und erfolgreiche Umsetzung von Dezentralisie-

rungsmaßnahmen ist. Im Gegenteil, Zukunftsoptionen, die nicht sofort Renditen nachweisen, lösen häufig eher betriebliche Abwehrmechanismen aus, eine eher prekäre wirtschaftliche Situation dagegen erhöht den Innovationsdruck. Es liegt nahe anzunehmen, dass sich die Konzepte umso günstiger gestalten, je geringer und homogener der Hilfebedarf der Menschen mit Behinderung in den dezentralen Wohnformen ist. In den Beispieleinrichtungen unterscheiden sich die Hilfebedarfsgruppen der dezentralen Versorgung aber nicht von denen der zentralen.

Eine starke Landkreisbindung schränkt den Handlungsspielraum möglicherweise ein und verteilt die Märkte ungleich. Einstellung und Flexibilität der Kostenträger beeinflusst Dauer und Umsetzung der Konversionsprojekte und damit auch deren Wirtschaftlichkeit. Wenn die Kompetenzen vollkommen auf die Landkreisebene delegiert werden, fällt den Trägern eine langfristige Strategie und Strategieumsetzung im Sinne der Dezentralisierung und Deinstitutionalisierung schwer. Nahezu jeder Landkreis verfolgt ein eigenes Konzept. Aber auch die Kontingenzierung der Plätze verhindert unter Umständen Wachstum und hemmt den Prozess.

Dezentrale Versorgung und Betreuung kann weniger gut auf kurzfristige Personalengpässe reagieren. Maßnahmen zur Qualifizierung der Mitarbeitenden für die neuen Herausforderungen in dezentralen Strukturen, aber auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt oder die Frage wie das soziale Umfeld bei der Umsetzung neuer Konzepte einbezogen wird, beeinflussen die Wirtschaftlichkeit kleiner Wohneinheiten.

Durch hohe Akzeptanz und Engagement des sozialen Umfelds können bereits vorhandene Strukturen genutzt werden. Die Überzeugung der Bezugspersonen zum Einen, die Nachfrage nach dezentralen Wohnformen und der Wille der Menschen mit Behinderung umzuziehen zum Anderen, beschleunigen oder hemmen den Prozess der Umsetzung innovativer Konzepte.

2.4 Einfluss der Rahmenbedingungen – Diskussion im Zuge einer Workshop-Veranstaltung

Die Ergebnisse der Datenerhebung und der Experteninterviews vor Ort zeigten, dass eine objektive Erfassung von Konversionskosten schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist. Sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen der Träger haben einen hohen Einfluss auf die wirtschaftlichen Auswirkungen bei Konversionsvorhaben. Nachdem im Vorfeld zu diesem Projekt auch immer wieder die Probleme städtischer Standorte erwähnt wurden, kristallisierte sich im Projektverlauf jedoch immer mehr die sehr viel schwierigere Lage von Einrichtungen in strukturschwachen Regionen heraus.

Neben ökonomisch-strukturell determinierten Bedingungen, wurden auch unterschiedliche Bedingungen im

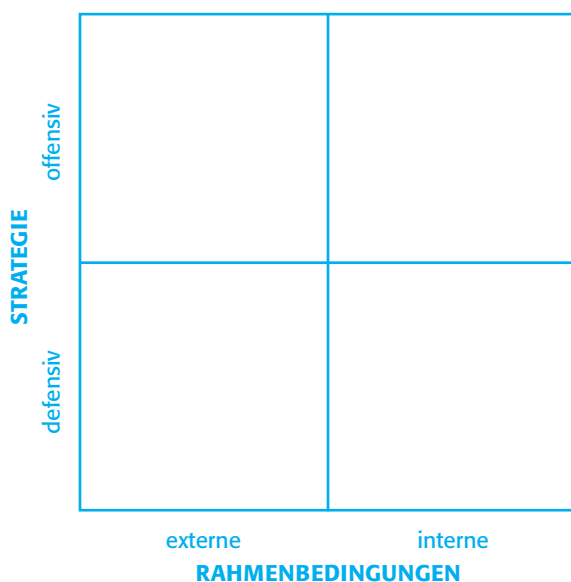
Bereich der öffentlichen Partner, also der Leistungs- oder Kostenträger und unterschiedliche Strategien der Träger thematisiert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Konversionskosten von einer ganzen Reihe externer und interner Faktoren bei den jeweiligen Trägern abhängen.

Um Strategien und Rahmenbedingungen der beteiligten Einrichtungen typologisieren zu können, wurden die charakteristischen Merkmale der Faktoren, die eine solche Positionierung erlauben, von Projektteilnehmern der Phase 1 (qualitative Phase) analysiert und gewichtet.

Diesem Bewertungsvorgang lag eine Matrix zugrunde, die es auf der einen Dimension erlaubte interne Faktoren, die als gestaltbar einzustufen sind und externe Faktoren, die eher als gegeben zu charakterisieren sind, zu benennen.

Die andere Dimension bringt die zu charakterisierende Strategie zum Ausdruck. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen Trägern, die eine eher zurückhaltende und konservative Strategie verfolgen und solchen, die eine Dezentralisierung offensiv angehen wollen.

Bewertungs-Matrix



Unternehmensexterne Rahmenbedingungen sind strukturelle und objektive, abhängige Variablen, die nicht oder nur eingeschränkt beeinflussbar sind. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Variablen:

- die Marktbedingungen (allgemeine und spezifische Bedingungen)
- geltende Richtlinien und Verordnungen
- die Tagessätze
- Landkreisbindung
- Akzeptanz in der Öffentlichkeit

Unternehmensinterne Rahmenbedingungen sind subjektive und institutionsspezifische abhängige Variablen, die von den Einrichtungen selbst gesetzt werden:

- die Unternehmensphilosophie
- Unternehmensstrategie
- Organisationsstruktur
- Personalpolitik
- die wirtschaftliche Situation
- das Leistungsangebot
- die Beteiligungskonzepte

So wurde im Rahmen dieser Workshop-Veranstaltung besonderes Augenmerk auf die Vierfelder-Matrix gelegt. Vertreter der fünf in die qualitative Phase eingebundenen Einrichtungen wurden mit beispielhaften Ergebnissen der Erhebungsphase vor Ort konfrontiert. Dies geschah in Anlehnung der Empfehlungen zur Durchführung von Delphi-Studien. Von drei Arbeitsgruppen wurden verschiedene Themenkreise bearbeitet:



Zusammenfassend (und auch unter Verwendung der Gliederung und der Begrifflichkeiten der Workshop-Teilnehmenden) hat sich im Prozess dieses Workshops folgendes Ergebnis herauskristallisiert⁶:

- Die Personalkosten steigen nicht unbedingt absolut, wohl aber in Teilbereichen.
- Der Verwaltungsaufwand wird in dezentralen Strukturen nicht zwangsläufig höher.
- Auch kleine und kleinste Wohneinheiten (6 – 14 Pers.) können wirtschaftlich geführt werden.
- Die Dezentralisierung von leistungshomogenen Gruppen rechnet sich nicht.
- Die Problemfelder unterscheiden sich deutlich zwischen städtischen und ländlichen Standorten.
- Dauer und Grad der Konversion bestimmt die Höhe der Kosten/Wirtschaftlichkeit
- Es gibt den Prozess fördernde und hemmende Faktoren. Die Frage, was eine projektadäquate Umwandlung konkret kostet ist daher nur individuell und standortabhängig zu beantworten.
- Potenzielle Umwandlungsstrategien hängen wesentlich davon ab, wie stark welche Rahmenbedingungen ausgeprägt sind und gewichtet werden.

⁶ Es ist darauf hinzuweisen, dass dies die dokumentierten Ergebnisse der Teilnehmenden des Workshops sind. Diese können in ihren Aussagen durchaus auch Doppelungen zu den Ergebnissen der qualitativen Analyse von Seiten der Verfasser enthalten (und diese dadurch ggf. verstärken).

- Unternehmensexterne Rahmenbedingungen sind nicht oder nur eingeschränkt beeinflussbar. Dazu gehören u. a.
 - allgemeine Marktbedingungen, wie der Immobilienmarkt, die Marktattraktivität für Investoren und der Arbeitsmarkt in der Region
 - spezifische Marktbedingungen, wie die Versorgungsdichte, Nachfrage, der Markt für ambulante Dienste, vorhandene ambulante Strukturen und welche aktive Gruppen in den Kommunen agieren
 - Richtlinien und Verordnungen, wie laufen die Genehmigungsverfahren ab, wie ist die Einstellung und Flexibilität der Kostenträger
 - Landkreisbindung
 - Gestaltung der Tagessätze
 - wie hoch ist der Innovationsdruck von Seiten der Öffentlichkeit, der Politik und den Trägern?
- Unternehmensinterne Rahmenbedingungen werden gesetzt und bestimmen wie offensiv oder defensiv die Einrichtung die Konversion vorantreibt. Das heißt
 - welche Unternehmensphilosophie prägt das Handeln?
 - für welche Unternehmensstrategie entscheidet man sich?
 - wie schnell und wie konsequent wird die Organisationsstruktur und Personalpolitik verändert bzw. angepasst?
 - Wie stellt sich die wirtschaftliche Situation dar, wie hoch ist der Innovationsdruck?
 - wie wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert sind die Leistungsangebote?

Als den Prozess verzögernd wurden von den Teilnehmern genannt

- ein schlecht vorbereiteter Sozialraum,
- stark ausgebaute, auf dem Markt aber nicht wettbewerbsfähige zentrale Dienste,
- gebrauchtorientiertes Denken beim Rückbau des Hauptgeländes
- fehlende oder inkonsequente Vorbereitung und Schulung der Mitarbeitenden von stationärem auf ambulantes Setting
- wenig Angebote und hohe Preise für Grundstücke in geeigneten Wohnlagen
- Ideologische Überzeugung, die Vorteile in den Sonderwelten sieht
- wenig Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt
- negative Einstellung der Öffentlichkeit und Kommunen
- Standort ländliche Region
- hohe Versorgungsdichte (Marktsättigung)

Dem gegenüber standen im Ranking der den Prozess vorantreibenden Faktoren ganz vorn

- die Konzentration auf die Kernkompetenzen
- Auf- und Ausbau von Kooperationen an

- den Standorten
- konzeptioneller Paradigmenwechsel
- neue Unternehmensphilosophie
- Veränderungen in der Unternehmensführung, Personalpolitik und
- Personalführung
- hohe Entscheidungskompetenz der Führungskräfte in den unteren Hierarchieebenen
- ausreichender finanzieller Spielraum der Entscheidungsfreiheit sicher stellt
- fehlende Landkreisbindung um eine Wachstumsstrategie zu ermöglichen
- starke Nachfrage nach differenzierten, gemeindenahen Wohnangeboten
- positive Einstellung und flexible unterstützende Zusammenarbeit mit den Kostenträgern
- Förderprogramme wie z. B. auch Wohnbauprogramme

Deutlich wird hier, dass es bei den externen Rahmenbedingungen stark auf die spezifischen infrastrukturellen Gegebenheiten, das Angebot an Plätzen innerhalb einer Region und der Einstellung der Behörden zur Dezentralisierung in der Behindertenhilfe ankommt.

Was die internen Rahmenbedingungen anbetrifft, so verstehen die Teilnehmer unter einer defensiven Strategie nicht etwa eine weitgehende Verweigerungstaktik, sondern in erster Linie, die Strategie einer langsamen und sukzessiven Art der Umsetzung von Konversionsprozessen.

Auf der anderen Seite formulierte die Gruppe die Bedingungen für offensive Strategien:

- „von außen nach innen“ denken
- Konzentration auf Kernkompetenz („Software statt Hardware“)
- transparente Unternehmenspolitik
- Kooperationen/nicht alles selbst machen
- Mitarbeitende als Unternehmer
- Sicherstellung der Fachlichkeit
- Personalentwicklung
- Mitarbeitenden-Einbindung/flexible Arbeitszeitpolitik
- finanzielle Freiheit/Entscheidungsfreiheit
- Nachfrage
- „Kunde“ statt „Betreuer“
- Abschaffung der Landkreisbindung
- Einstellung der Kostenträger => Unterstützung
- Förderrichtlinien
- Einbeziehung von Wohnbaukonzepten/Abstand von „Heimbauten“ („500-Meter-Regelung“)
- Abschaffung der „500-Meter-Regelung“ (z. B. auch Vorgabe der Aktion Mensch; wird mittlerweile von einigen Leistungsträgern übernommen)
- Förderprogramme (wie Aktion Mensch)
- Förderung der Komplexeinrichtungen

Bei der Formulierung der internen Rahmenbedingungen wird deutlich, dass die Konversion zu weitreichenden Umbrüchen in den Unternehmensstrukturen führen wird. Unternehmen der Behindertenhilfe werden sich demzufolge grundlegend ändern (müssen). Dies betrifft vor allem in hohem Maße die Bereiche Organisation und Personal. Umstritten ist in der Fachwelt den Mensch mit Behinderung als „Kunden“ zu bezeichnen. Gemeint ist hier mit der Begriffswahl, dass die Einrichtungen noch mehr als bisher den Mensch mit Behinderung ins Zentrum ihrer Arbeit stellen sollen.

Mit den externen Rahmenbedingungen ist zunächst die Finanzierung und Förderung von Prozessen der Konversion durch staatliche und andere Institutionen gemeint. Darüber hinaus sind es aber auch Vorschriften, die hemmend wirken können. Das ist zum Beispiel auch die Landkreisbindung bei der Planung und Finanzierung im Bereich Behindertenhilfe, die in vielen Bundesländern eingeführt wurde. Zudem ist es förderlich, wenn die Frage des Bauens von dezentralen kleinen Einrichtungen zunehmend auch Thema der örtlichen Wohnungsbau-genossenschaften wird.

3 Überprüfung der Hypothesen

Nach der Entwicklung der Hypothesen im Rahmen der qualitativen Projektphase kam es anschließend zur quantitativen Phase der Verifikation bzw. Falsifikation dieser Hypothesen. Vorweggenommen kann werden, dass in weiten Bereichen die Datengrundlage leider sehr spärlich war. Die Aussagen sind daher häufig sehr stark zu relativieren. Durch den Methodenmix insgesamt, insbesondere der Diskussionen erster Ergebnisse aus der qualitativen Phase im Expertenkreis, konnten jedoch trotzdem - mit Hilfe von Ansätzen in Anlehnung an Delphi-Studien - noch sehr hilfreiche Erkenntnisse aus dieser Projektphase gezogen werden, auch wenn sie nicht so „schulmäßig“ zustande gekommen sind, wie es geplant war und wünschenswert gewesen wäre.

3.1 Entwicklung eines Fragebogens

Die quantitative Phase bedurfte für die Erhebung von betriebswirtschaftlichen Daten eines Fragebogens. Die Fragen hierfür wurden auf Basis der qualitativen Phase der Studie erarbeitet und mit der Steuerungsgruppe in detail abgestimmt und angepasst. Auch hier stellte sich das Problem, dass es eine ähnliche Erhebung bisher noch nicht gab, auf etwa vergleichbare und ähnliche Fragestellungen damit nicht zurückgegriffen werden konnte.

Der Fragebogen gliedert sich in drei Themenbereiche, die Fragen selbst weisen einen unterschiedlichen Strukturierungsgrad auf.

Im Themenkomplex B beziehen sich 52% der Fragen auf betriebswirtschaftliche Kennzahlen. Aufgrund der starken Größenunterschiede der Einrichtungen war eine Clusterbildung, ohne erheblichen Informationsverlust in Kauf zu nehmen, nicht möglich. Wurden Antwortoptionen vorgegeben haben wir uns weitgehend für vierstufige, verbalisierte Skalen ohne ausweichende Optionen entschieden, um auch schwache Tendenzen zu erfassen. Der Fragebogen wurde somit weitgehend strukturiert, wenn auch im mittleren Teil (Teil B) mit einem höheren Anteil offener Antwortkategorien.

Im Zuge eines vorgeschalteten Pretests prüften zwei Einrichtungen die Fragen auf Verständlichkeit, Eindeutigkeit, Dimensionalität, mögliche Probleme bei der Bereitstellung der erfragten Daten und den Zeitaufwand für die Beantwortung. Die Rückläufe waren so, dass wir, bei nur geringfügigen Änderungen, den Fragebogen wie konzipiert, für die Totalerhebung nutzen konnten. Dennoch, wurde sehr dezidiert darauf hingewiesen, dass – sollten Zweifel und Probleme beim Ausfüllen des Bogens auftreten – wir jederzeit unterstützend und klärend zur Seite stehen würden. Von diesem Angebot wurde jedoch nur in wenigen Fällen Gebrauch gemacht.

3.2 Qualitative und quantitative Aussagen zu den Rückläufen der Befragung

Der entwickelte Fragebogen wurde an Diakonische Einrichtungen der Behindertenhilfe (BeB-Mitglieder) versandt, die in das Programm der Aktion Mensch involviert waren.

Eine Totalerhebung sollte die in den Beispieleinrichtungen entwickelten Hypothesen verifizieren. Adressaten waren 21 Einrichtungen bundesweit. Insgesamt haben sich bis zum Einsendeschluss (Mitte Januar 2015) 16 Einrichtungen beteiligt, dies entspricht einer Rücklaufquote von 76%. Ungefähr 15.000 Plätze wurden in dieser Erhebung berücksichtigt. Die vorliegenden Ergebnisse spiegeln in Teilen Struktur und Meinung von dreiviertel der befragten Einrichtungen wider. Bei der Bewertung der Aussagen ist allerdings die geringe Teilnehmerzahl von 16 Trägern zu berücksichtigen. Zu konstatieren ist außerdem eine sehr unterschiedliche Rücklaufquote bezogen auf die drei Fragebogenteile:

- Teil A Ökonomisch-strukturell determinierte Bedingungen und Kooperationspartner
Die Fragen wurden weitgehend vollständig beantwortet. Es konnten durchschnittlich 14 Antworten ausgewertet werden. Eine Ausnahme bildeten Fragenteile die dezentral/ambulante Wohnangebote betreffen.
- Teil B Unternehmensstrategien und betriebswirtschaftliche Kennzahlen
Die Fragen wurden eher lückenhaft beantwortet.

Durchschnittlich konnten 10 Antworten ausgewertet werden. Bei den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen machten nur 4 bis 6 Einrichtungen Angaben.

- Teil C Personalmanagement
Die Fragen zu diesem Komplex wurden weitgehend vollständig beantwortet, im Durchschnitt 14 Antworten.

Zu erwähnen gilt noch, dass die Grundgesamtheit aller einbezogenen Einrichtungen in der Zeitachse starke Veränderungen zu verzeichnen hatte. War zu Beginn des Projektes noch von 25 Trägern die Rede, reduzierte sich dies nach und nach bis auf 21 in der quantitativen Erhebungsphase. Leider haben auch davon nur 16 Träger letztlich teilgenommen. Daher wurde es auch immer schwieriger, zu einigermaßen repräsentativen Aussagen zu kommen. Mathematisch nicht tragbar wäre hier etwa die Anwendung von sozialwissenschaftlichen Verfahren der Statistik gewesen, die für die Verifizierung bzw. Falsifizierung der Hypothesen im einen oder anderen Fall eigentlich erforderlich gewesen wäre.

3.3 Darstellung ausgewählter Ergebnisse

An dieser Stelle wird lediglich auf die nach unserer Einschätzung bemerkenswerten Ergebnisse eingegangen.

Die Vermutung, die anfallenden Gemeinkosten werden in der Konversionsphase in voller Höhe entsprechend der Schlüsselungen auch dezentralen und kleinteiligen Wohnformen zugerechnet, selbst wenn sie keine oder nur in geringem Umfang entsprechende Zentrale Dienste in Anspruch nehmen, hat sich nicht bestätigt.

Allerdings haben auch nur 4 von 16 Einrichtungen die Frage nach dem Anteil der Gemeinkosten beantwortet.

Der Anteil der Gemeinkosten in dezentralen Wohneinheiten liegt deutlich unter dem der zentralen Wohneinheiten.

Anteil der Gemeinkosten an den Gesamtkosten 2013:

für zentrale Wohneinheiten	32,9%	
für dezentral/stationäre Wohneinheiten	16,6%	
für dezentral/ambulante Wohneinheiten	15,3%	N=4

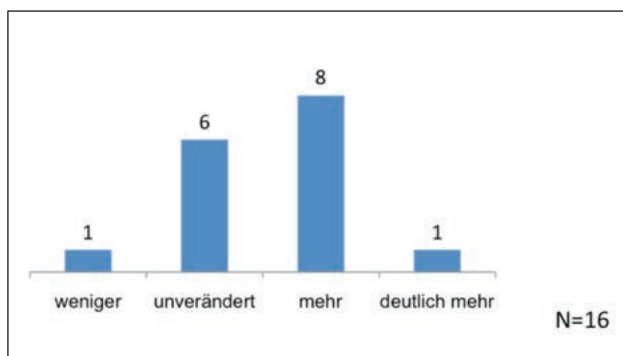
Die Einzelkosten steigen in der Konversionsphase gravierend an.

9 von 16 Einrichtungen geben an, dass mit der Dezentralisierung mehr oder sogar deutlich mehr Fremdleistungen in Anspruch genommen werden, das erklärt den Anstieg der direkt zurechenbaren Kosten.

Abbildung 12: Quantitative Auswertung des Fragebogens



Abbildung 13: In Anspruch genommene Fremdleistungen seit 2010 im Vergleich zu 2013



Parallel dazu sinken mit zunehmendem Grad an dezentralen kleinteiligen Wohnformen die Gemeinkosten des Trägers aber nicht. Bei den drei Einrichtungen, die dazu Angaben gemacht haben, ist lediglich ein deutlich geringerer Anstieg der Gemeinkosten festzustellen.

Tabelle 20: Entwicklung Einzel- und Gemeinkosten

	2010	2011	2012	2013
Gemeinkosten pro Platz	100%	97%	103%	104%
Einzelkosten pro Platz	100%	112%	139%	144%

N=3

Tabelle 21: Anteil dezentraler Wohnangebote im Verhältnis zu den Plätzen gesamt

Einrichtung	2010	2011	2012	2013
Plätze gesamt	100	100	100	100
dezentrale Plätze	28,6%	30,4%	32,2%	35,7%
davon dezentral / stationär	23%	24,5%	26,5%	28,3%
davon dezentral / ambulant	5,6%	5,9%	5,7%	7,4%

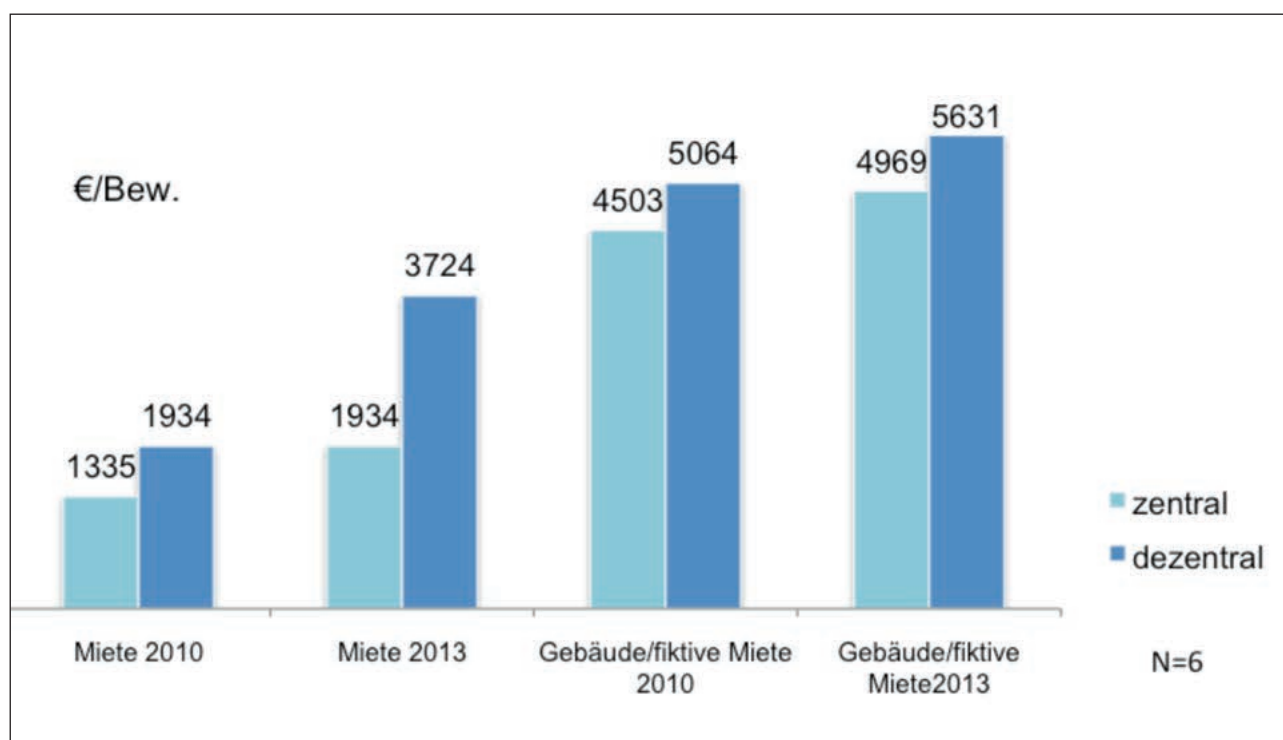
Bei dezentraler Versorgung steigen die Raumkosten im Vergleich zu traditionellen zentralen Wohnformen.

Siehe Abbildung 14 unten

Die Kosten für Wohnen steigen in der Konversionsphase vor allem durch Gebäudeabschreibung, Zinsen, Instandhaltungs- und Energiekosten.

Was die Finanzierungsformen anbelangt, so sind 66% der neuen Wohnangebote selbsterstellter Wohnraum, nur 26% wird angemietet und die Finanzierung über Bauträger spielt mit 2% eine absolut untergeordnete Rolle. Ca. 75% aller dezentralen Wohnangebote befinden sich in städtischen Quartieren. Der Umfang der in Anspruch genommenen Fremdleistungen nimmt im Betrachtungszeitraum zu. Ein signifikanter Unterschied dieser Entwicklung zwischen Stadt und Land lässt sich jedoch nicht ausmachen.

Abbildung 14: Kostenentwicklung Wohnen im Vergleich



Die beiden Einrichtungen, die ausschließlich im ländlichen Raum Wohnangebote haben, beurteilen die Versorgungsangebote als begrenzt oder sehen kaum Angebote über die eigenen hinaus, nehmen daher auch nicht mehr Leistungen in Anspruch. Aber auch Einrichtungen, deren Wohnangebote sich ausschließlich in städtischen Quartieren befinden, nehmen nicht zwangsläufig mehr Fremdleistungen in Anspruch.

Wo befinden sich die dezentralen Wohnangebote?

dezentral / stationär

im Stadtgebiet	31 %
im ländlichem Raum	13 %
beides – im Stadtgebiet und im ländlichem Raum	56 %
im eher ländlichen Umfeld	13,8 %
in städtischen Quartieren	86,2 %

N=9

Bei 56 % der Organisationen wurden sowohl in ländlichem als auch in städtischem Umfeld dezentrale Wohnangebote erstellt. Eine genauere Analyse zeigt, dass davon der Anteil der städtischen Angebot 86,2 % beträgt, der der ländlichen lediglich 13,8 %. So kommt es bei Zusammenführung der Daten aus dem „rein“ städtischen Bereich (31 %, siehe oben) und dem „rein“ ländlichen Bereich (13 %, siehe oben) zu folgenden Anteilen in der Summe:

Tabelle 22: Adäquate Versorgungsangebote in dezentralen Wohnquartieren

breites Angebot im Sozialraum von unterschiedlichen Anbietern	2
das zentrale Angebot vorgehaltener Dienste der eigenen Organisation entspricht dem aktuellen Bedarf	10
begrenzt Angebot	3
keine oder kaum Angebote über die eigenen Dienstleistungen hinaus	1

(z. B. Essensversorgung, Pflegedienste, Reinigungsdienst, Garten- und Hausmeisterdienste...)

Ein Zusammenhang zwischen der Bindefrist (bezogen auf die Bezuschussung) sowie dem Zustand der Heimbauten auf der einen Seite und dem Fortschritt des Dezentralisierungsprozesses auf der anderen Seite, ließ sich nicht nachweisen. Die Annahme, dass sich für zentrale Heime in der ersten Phase ihrer Abschreibungsdauer, deren Gebäude sich in einem gutem baulichen Zustand befinden, der Dezentralisierungsprozess vergleichsweise kostenintensiv und schleppend gestaltet, hat sich so nicht bestätigt.

Über 70 % der Gebäude sind älter als 25 Jahre. Der Zustand von 62,8 % der Gebäude wird als schlecht oder gar sanierungsbedürftig eingestuft.

Abbildung 15: Verteilung der Wohnangebote Stadt/Land

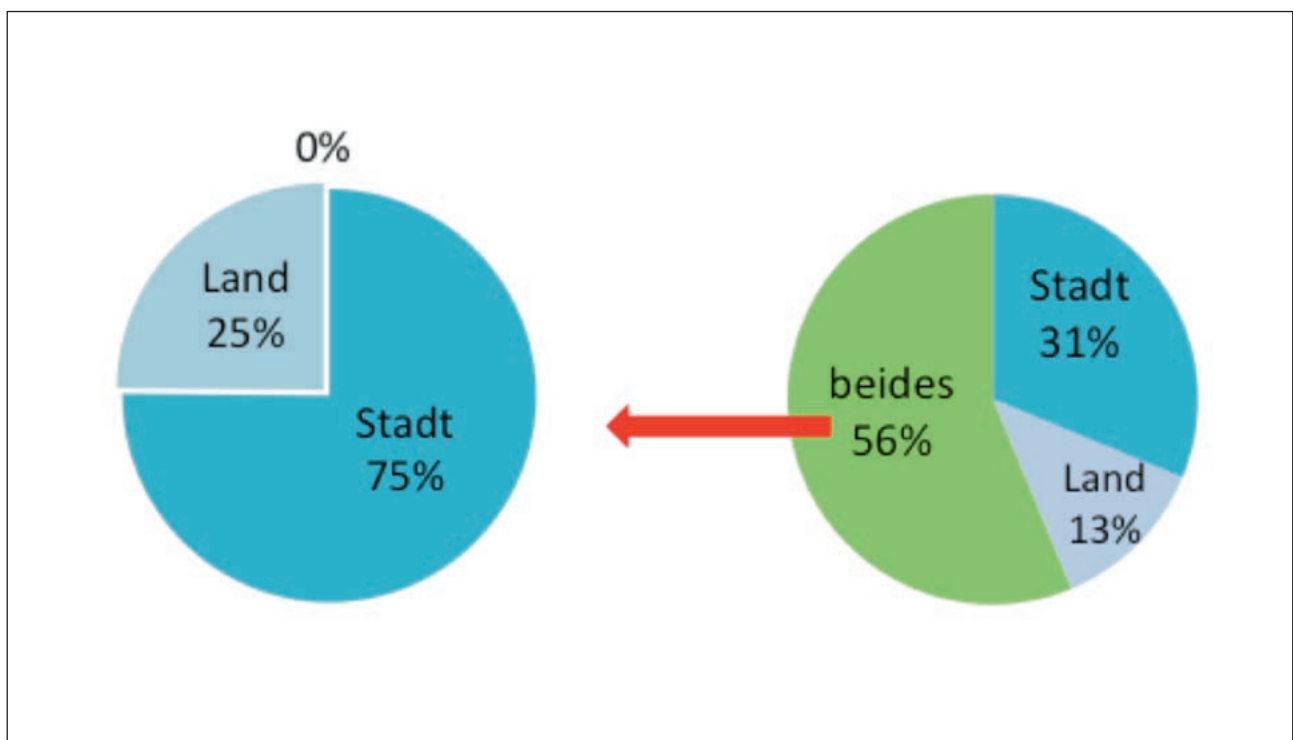


Abbildung 16: Alter und Buchwert der Gebäude

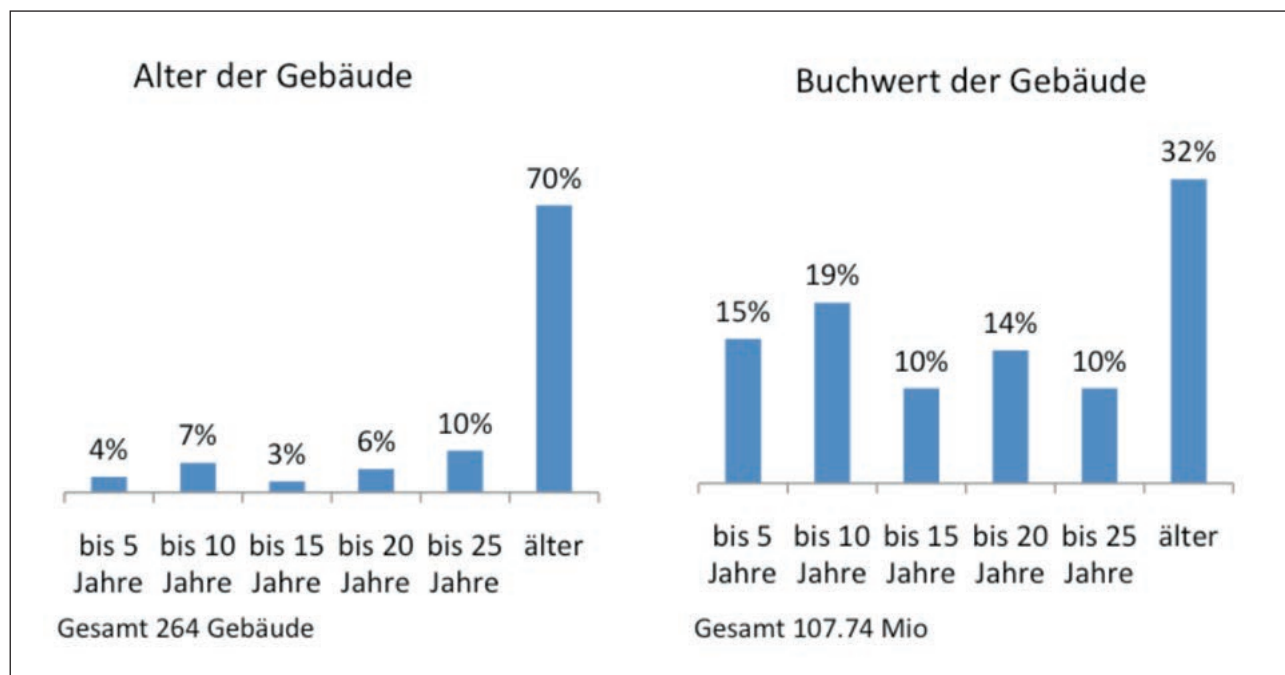


Tabelle 23: Baulicher Zustand der Wohnheime

	sehr gut	Gut	eher schlecht	sanierungsbedürftig
Anzahl der Gebäude	12,5 %	24,6 %	34,8 %	28 %
Buchwert der Gebäude	30,8 %	35,1 %	24,7 %	9,7 %

N=14

Hohes wirtschaftliches Potential eines Trägers wirkt nicht unbedingt konversionsfördernd. Die Einrichtungen mit den niedrigsten Eigenkapitalquoten pro Bewohner gehören zu denen, deren Konversionsphase kurz ist (=>

mit einer Ausnahme). Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass eine eher schlechte wirtschaftliche Lage den Innovationsdruck erhöht und den Prozess beschleunigt.

Tabelle 24: Rang Eigenkapital

Rang	Eigenkapital 2010 pro Bewohner	Konversionsphase
1	72.299	Kurz
2	50.776	
3	31.484	
4	25.000	
5	19.000	
6	14.020	Kurz
7	3.498	Kurz

N=7

Tabelle 25: Geschäftsergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit pro Bewohner bzw. Bewohnerin

	2010	2011	2012	2013	Anzahl der Einrichtungen, die Angaben gemacht haben
Gesamteinrichtung	100	128	81	57	11
dezentral/stationäre Unterbringung	100	-366	-229	-222	6
dezentral/ambulante Unterbringung	100	144	105	124	4

Keine eindeutige Aussage lassen die Ergebnisse zu, inwieweit Liquidität den Prozess fördert und oder hemmt. Die fünf Einrichtungen, die hierzu Angaben gemacht haben (vgl. Tabelle 26), zeigen keine einheitlichen Tendenzen im Hinblick auf die Frage der „Konversionsgeschwindigkeit“. Die Einrichtung mit der höchsten Liquidität pro Bewohner dezentralisiert sehr schleppend, auf Rang 2 und 3 folgen jedoch Einrichtungen mit kurzen Konversionsphasen.

Abbildung 17: Betriebliche Kennziffern pro Bewohner bzw. Bewohnerin

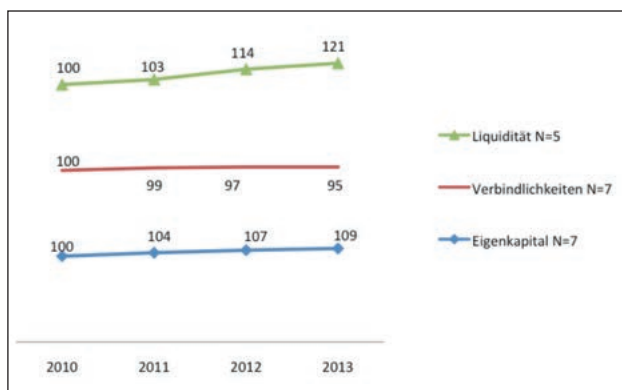


Tabelle 26: Rangfolge Liquidität

Rangfolge	Einrichtung	2010 €/Bew.	Konversion*	
			kurz	schleppend
1	9	14,3		109
2	14	6,0	167	
3	13	5,8	140	
4	1	5,6	121	
5	2	5,0	nicht darstellbar	

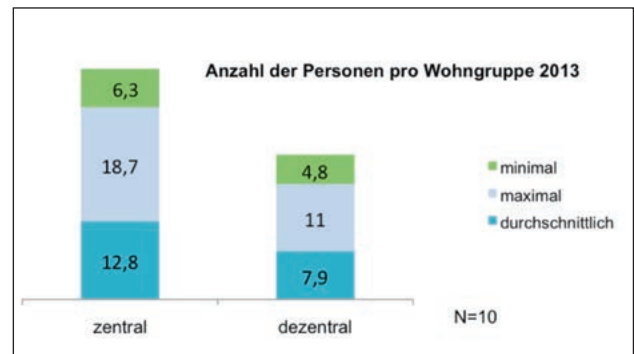
Konversion: Kurz 167 – 140, Mittel 141 – 110, Schleppend 109 – 97

* Wert gibt die Veränderung des Dezentralisierungsgrades im Zeitraum 2010 bis 2013 an (2010= 100)

In 12 von 16 Einrichtungen unterscheidet sich die Größe der Wohngruppen zentral zu dezentral deutlich. Während in zentralen Einrichtungen durchschnittlich 12,8 Bewohnerinnen und Bewohner in einer Wohngruppe leben, sind es in dezentral/stationären Wohneinheiten knapp 8 Bewohnerinnen und Bewohner. Im dezentral/ambulanten Bereich findet man kaum größere Wohngemeinschaften, durchschnittlich leben 2 Personen in einer Wohnung.

Noch deutlicher zeigt sich das, wenn man die maximalen Gruppengrößen betrachtet, die in der zentralen Unterbringung mit 18,7 Bewohnerinnen und Bewohner, für dezentrale Wohneinheiten mit maximal 11 Bewohnerinnen und Bewohner angegeben wird.

Abbildung 18: Gruppengrößen



Der durchschnittliche Hilfebedarf ist in den zentralen Wohngruppen höher. Allerdings zeichnet sich die Tendenz ab, dass sich der durchschnittliche Hilfebedarf im Laufe der Konversion angleicht. Werden zu Beginn der Konversion nur Menschen mit niedrigerem Hilfebedarf in zentralen Wohneinheiten vorgesehen, so ändert sich das mit zunehmender Erfahrung und steigendem Dezentralisierungsgrad. Weiterhin könnte dieser Entwicklung auch ein Stufenkonzept zugrunde liegen, wonach generell zunächst die Menschen mit verhältnismäßig niedrigem Hilfebedarf für dezentrale Wohneinheiten vorgesehen sind. Danach kämen die nächst niedrigeren Hilfebedarfsgruppen zum Tragen, bis letztlich auch noch die zentral verbliebenen höheren Hilfebedarfsgruppen berücksichtigt werden würden.

Tabelle 27: Durchschnittlicher Hilfebedarf

durchschnittliche HBG/Wohngruppe	2010	2011	2012	2013
Zentral	3,5	3,5	3,5	3,5
dezentral/stationär	2,8	2,9	3,0	3,1
dezentral/ambulant	1,3	1,5	1,5	1,6

Die Nachfrage seitens der Angehörigen und der Menschen mit Behinderung nach dezentralen Wohnangeboten unterscheidet sich nicht signifikant in ländlichen und städtischen Regionen. Allenfalls lässt sich sagen, dass alle

Einrichtungen, die ein sehr starkes Interesse bescheinigen, ein eher städtisches Umfeld haben. Beim Dezentralisierungsgrad lässt sich tendenziell ablesen, dass eine zurückhaltende Nachfrage mit einem eher geringen Grad der Dezentralisierung korreliert. Dass die Nachfrage durch die Einstellung des Personals beeinflusst wird, lässt sich im Antwortverhalten nicht erkennen. Die Zusammenarbeit mit den Kostenträgern wirkt sich auf die Umsetzung von Konversionsprojekten aus. Einrichtungen, die zügig dezentralisieren, weisen tendenziell, wenn auch nicht in aller Regel, mehr positive als negative Wertungen auf, was die Zusammenarbeit anbetrifft. Eher negative Bewertungen gaben Einrichtungen an, die eher schleppend umwandeln.

Tabelle 28: Konversionsphase / Zusammenarbeit Kostenträger

Konversion*	Einrichtung	Zusammenarbeit	
		negativ Nennungen	positiv Nennungen
167	14	3	2
162	8	1	5
147	3	2	2
140	13	1	4
109	11	1	4
107	1	6	1
100	9	9	2
97	6	1	4

Einrichtungen, die erfolgreich und rasch Konversionsprojekte umsetzen, konzentrieren sich im Allgemeinen auf ihre Kernkompetenzen. Dies spiegelt sich u. a. an tendenziell geringeren Gemeinkostenanteilen wider.

[Dies ist damit zu erklären, dass die „Kernkompetenzen“ in sogenannten Endkostenstellen erbracht werden und damit als Einzelkosten erfasst werden können, während die „Serviceleistungen“ in aller Regel Gemeinkostencharakter innehaben].

Nur fünf Einrichtungen haben dazu Angaben gemacht. Bei drei davon ist kein Unterschied in den Gemeinkostenanteilen erkennbar. In zwei Einrichtungen kann die Konversionsphase nicht näher beschrieben werden, weil nur ein Wert für 2013 vorliegt.

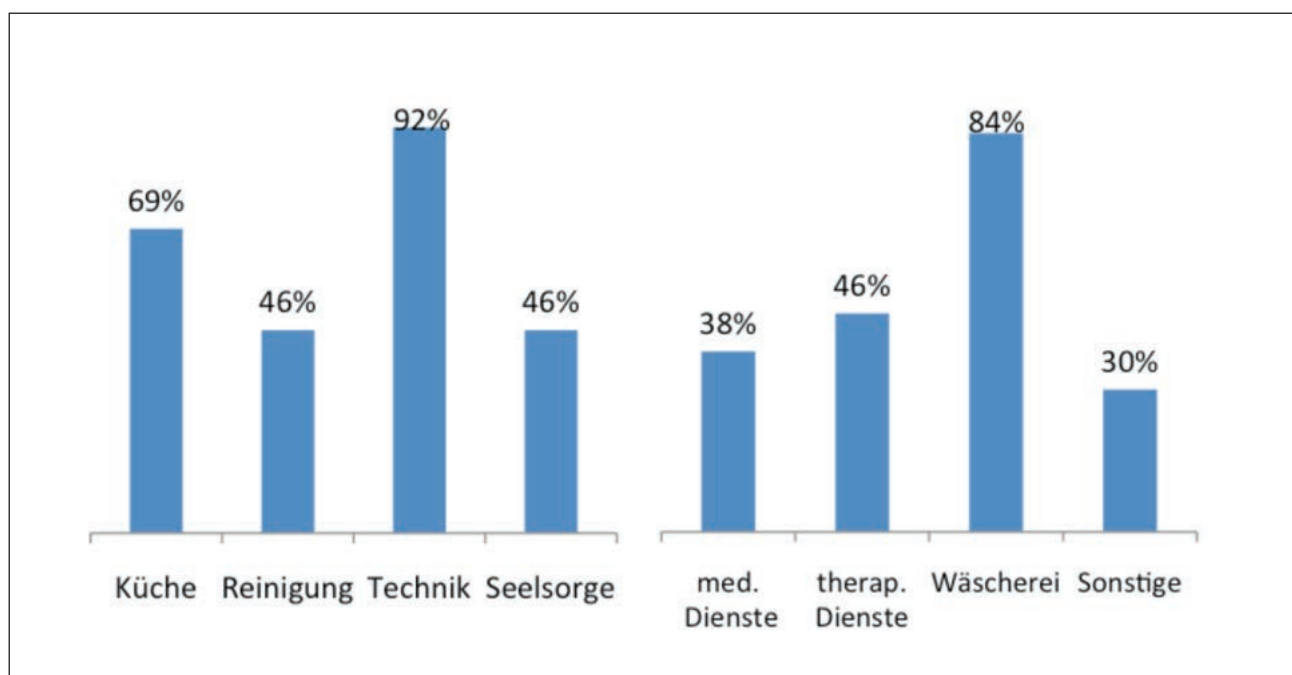
Eine davon mit einem sehr niedrigen und eine mit einem relativ hohen Dezentralisierungsgrad.

Einrichtungen, die schnell dezentralisieren, unterhalten im Durchschnitt vier Zentrale Dienste, bei solchen die eher langsam umwandeln, sind es durchschnittlich knapp über fünf.

Auf welche zentralen Dienste greifen die Bewohnerinnen und Bewohner der dezentralen Wohnangebote zu?

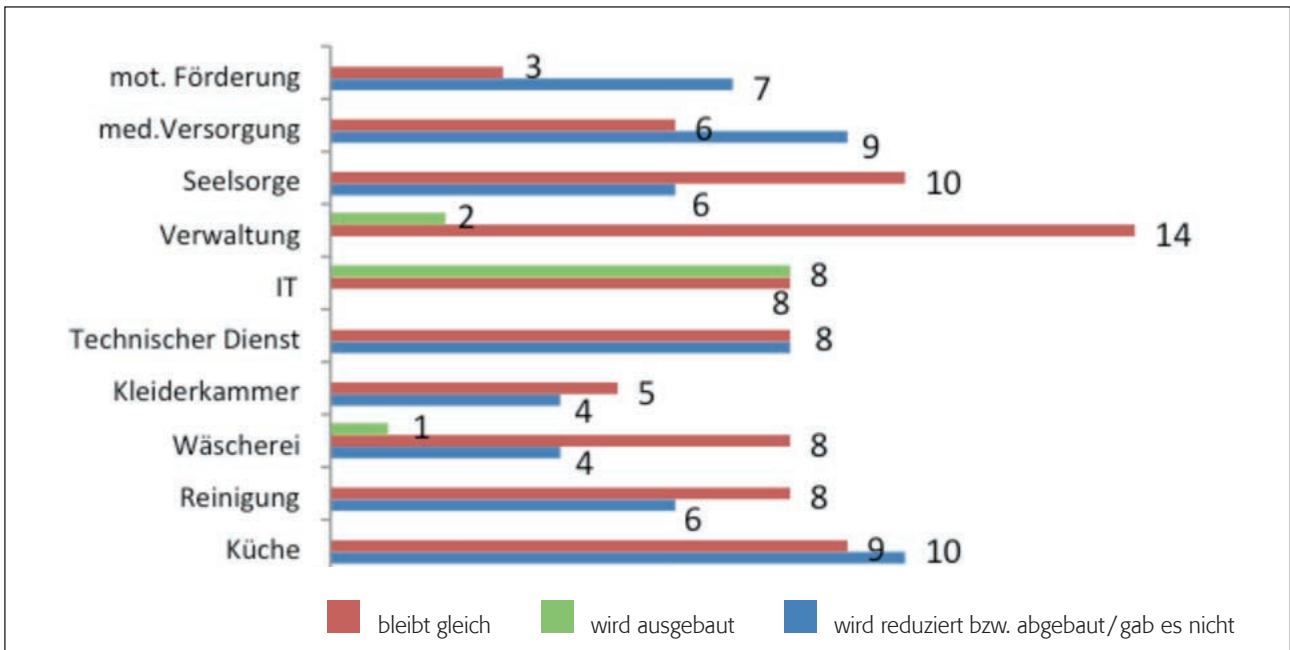
* Konversion: Wert gibt die Veränderung des Dezentralisierungsgrades im Zeitraum 2010 bis 2013 an (2010=100)

Abbildung 19: Auswertung Zentrale Dienste



Wie hat sich das Angebot mit der Regionalisierung verändert?

Abbildung 20: Veränderung der Zentralen Dienste



Alle Einrichtungen, die zügig dezentralisieren, kooperieren mit anderen Trägern. Umfang und Ausprägung der Kooperation unterscheidet sich aber nicht von solchen, die Konversionsprojekte eher langsam umsetzen. Im

Durchschnitt kooperiert jede Einrichtung in knapp zwei Aufgabenbereichen mit anderen Trägern. Inwieweit Kooperationen mit dem Sozialraum stattfinden und damit öffentliche Strukturen genutzt werden, wurde nicht erfragt.

Kooperationen mit anderen Trägern

Abbildung 21: Kooperationen

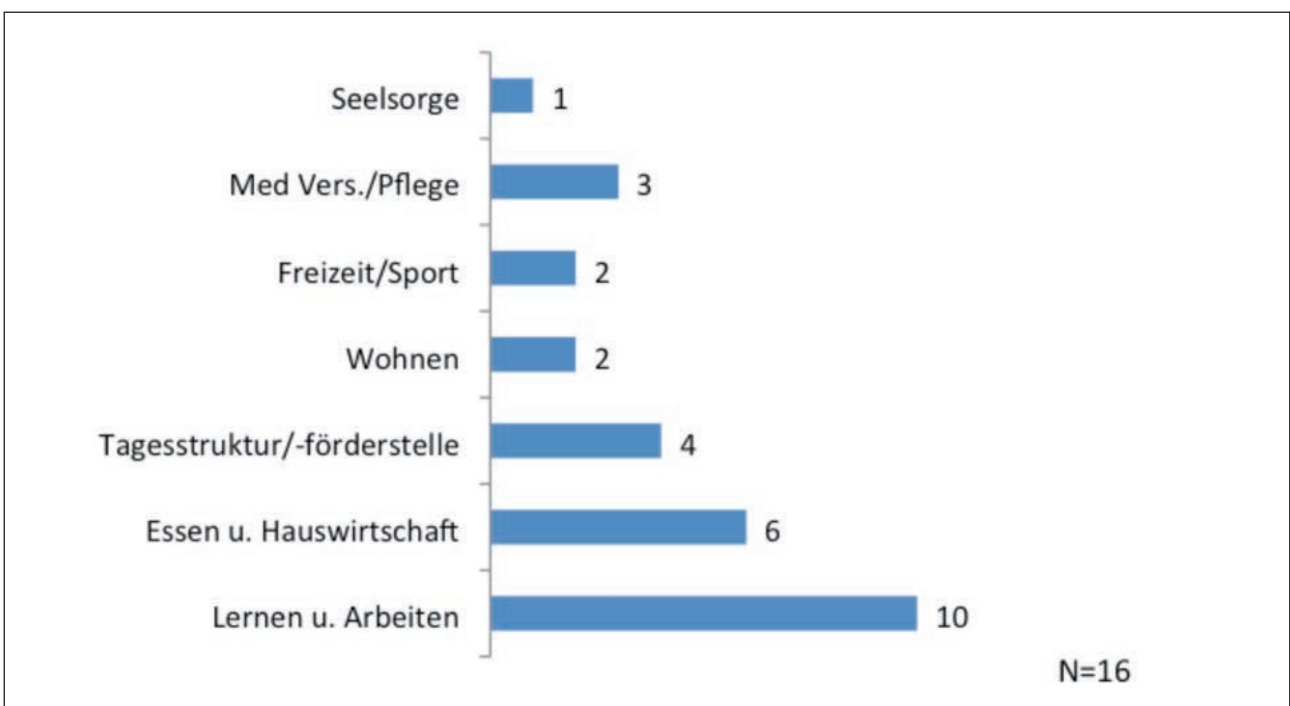
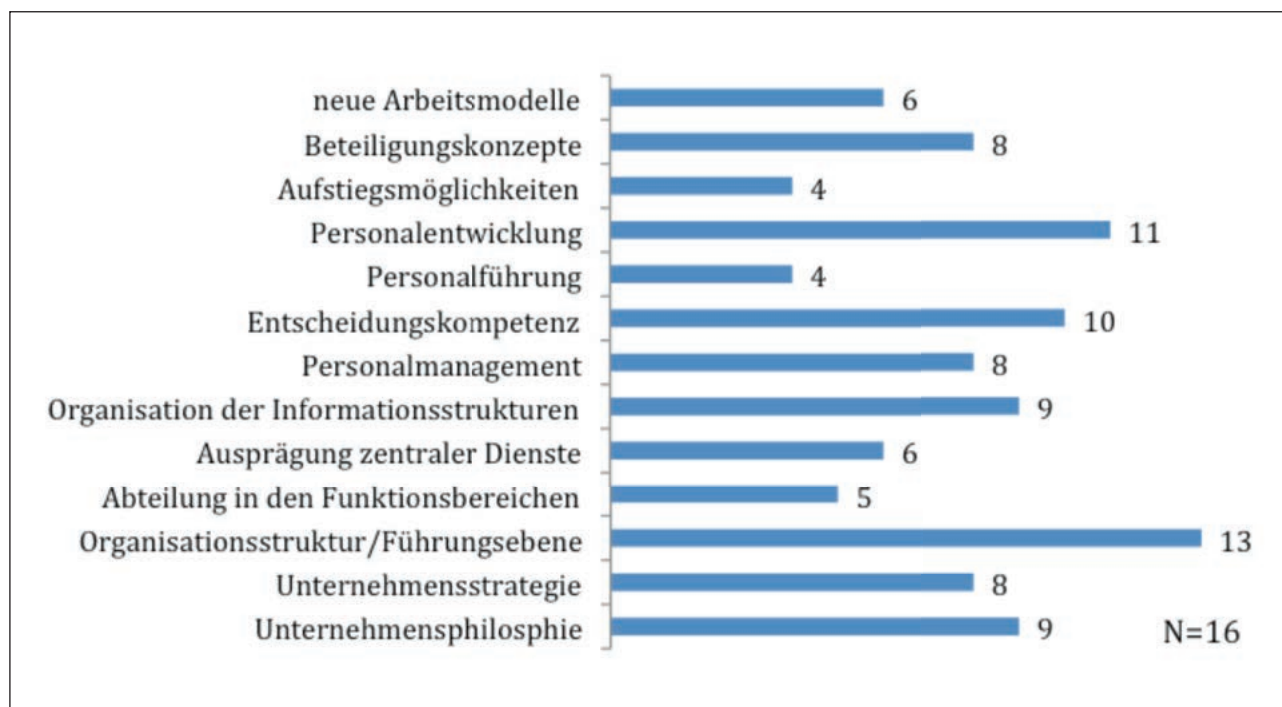


Abbildung 22: Veränderungen Unternehmenskonzept



94% aller beteiligten Einrichtungen haben seit Beginn der Dezentralisierung ihr Unternehmenskonzept mehr oder weniger verändert.

Erfolgreich in unserer Betrachtung sind die Einrichtungen mit kurzer Konversionsphase. Diese vier Einrichtungen haben alle das Personalmanagement, die Personalentwicklung, die Mitarbeiterbeteiligung, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Arbeitszeitkonzepte angepasst und jeweils drei von vier haben in weiteren Bereichen (siehe Abbildung 22) Veränderungen vorgenommen. Im Vergleich dazu haben die Teilnehmer, die wir einer eher schleppenden Konversion zuordnen, deutlich weniger Anpassungen vorgenommen.

Die Zusammensetzung und Gewichtung der Qualifikationen hat sich verändert. 31% der Einrichtungen beschäftigen in Folge der Dezentralisation mehr MA im Bereich Betreuung, Erziehung und Pflege, also im eigentlichen Kerngeschäft. 37,5% haben durch den Aus- und Aufbau der IT mehr MA in diesem Bereich.

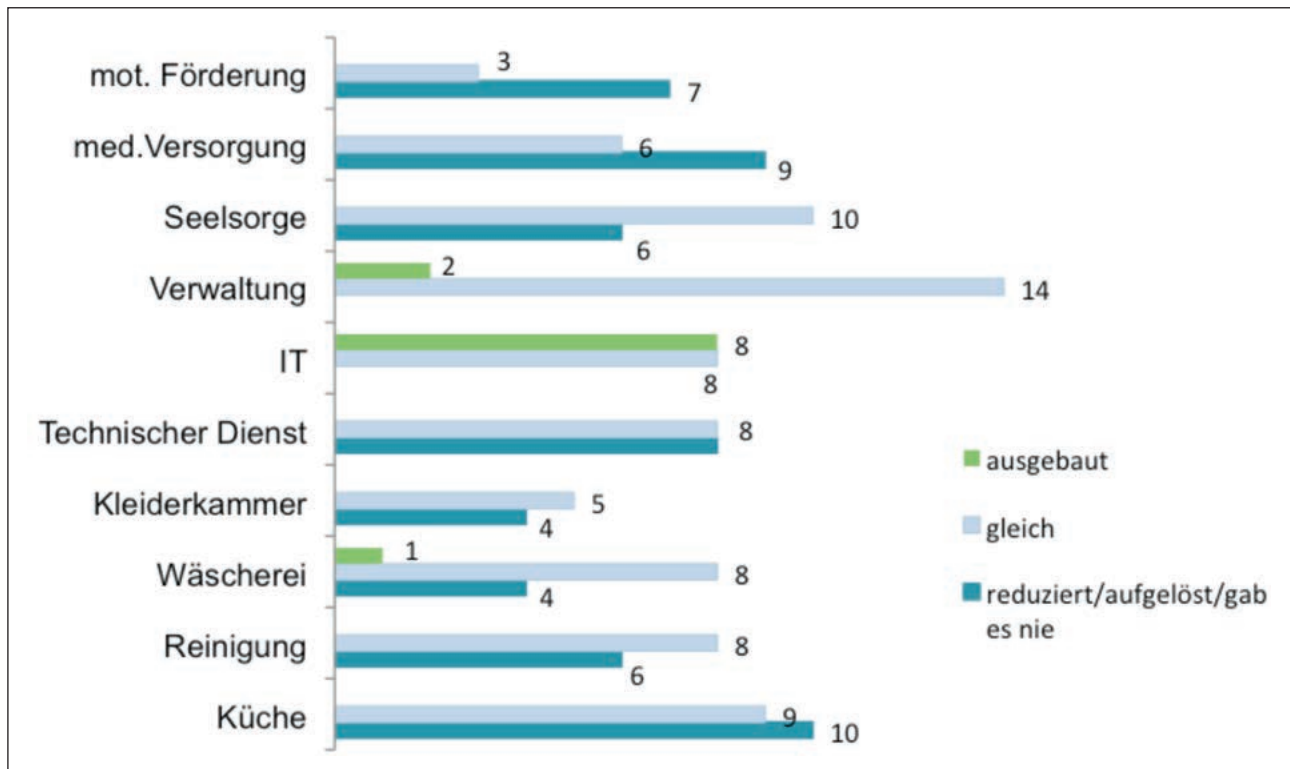
Ein deutlicher Rückgang zeigt sich bei hauswirtschaftlichen MA, Reinigungskräften und dem technischen Personal.

Tendenziell bestätigt sich die Gewichtung hin zu Verschiebungen in Betreuung und IT bei Einrichtungen, deren Konversion zügig vorangeht.

Tabelle 29: Veränderung der Qualifikationen

Beschäftigen Sie heute	mehr	gleich viel	weniger	
	5 (31%)	9	2	MA in Betreuung, Erziehung und Pflege
	3	7	6 (37,5%)	hauswirtschaftliche Mitarbeiter
	1	7	8 (50%)	Reinigungskräfte
	2	9	5 (31%)	technisches Personal
	1	12	3	Verwaltungsangestellte
	6 (37,5%)	8	2	IT-Fachleute
	4	2	1	Sonstige

Abbildung 23: Veränderungen des Angebotes Zentraler Dienste



Einrichtungen, bei denen die Dezentralisierung nur schleppend voran geht, halten ein höheres Angebot an Zentralen Diensten vor. Das Angebot der Zentralen Dienste haben 75% der Einrichtungen verändert.

Reduziert oder aufgelöst werden die Bereiche Medizinische Versorgung/motorische Förderung sowie Kleiderkammer, Reinigungsdienste und Küche. Die Schwerpunkte Verwaltung und IT wurden dagegen ausgebaut.

Siehe oben Abbildung 23

In Einrichtungen, die zügig dezentralisieren, werden im Durchschnitt vier Zentrale Dienste in Anspruch genommen, bei Einrichtungen, die eine eher lange Konversionsphase haben, sind es im Schnitt über fünf. Noch deutlicher zeigt sich das bei der Betrachtung des Dezentralisierungsgrades. Bei Einrichtungen die bereits stark dezentralisiert haben, nehmen die dezentralen Wohneinheiten im Durchschnitt nicht ganz drei zentrale Angebote in Anspruch, solche mit niedrigem Dezentralisierungsgrad zwischen vier und fünf.

Eine Vorbereitung der Mitarbeitenden auf das Aufgabenfeld „dezentrales Wohnen“ und Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter findet in allen Einrichtungen statt. Informationsverhalten und Beteiligungsstrukturen unterscheiden sich nur marginal in Ausprägung und Regelmäßigkeit.

3.4 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen einer Workshop-Veranstaltung

In einem weiteren Workshop mit den kaufmännisch Verantwortlichen der beteiligten Träger (und damit der Experten vor Ort) wurden ausgewählte Ergebnisse der Projektarbeit diskutiert und ergänzt. Diese Sequenz war insbesondere deswegen sehr wichtig, weil die Rücklaufquote bezüglich der „harten“ Daten aus dem Rechnungswesen sich partiell als äußerst gering herausgestellt hat. Im Zuge dieses Themenkreises ist allerdings aufgefallen, dass eine rege Diskussion vor allem von Vertreterinnen und Vertretern von Trägern zu konstatieren war, die im Konversionsprozess schon weit fortgeschritten waren. Daher wird der Einfluss dieser Experten im Folgenden auch leicht überrepräsentiert sein. Dies gilt es zu beachten.

Eine Hypothese, die sich nicht bestätigt hat, aber dennoch nicht gänzlich von der Hand zu weisen war, sollte nochmals zur Sprache gebracht werden:

„Die (Kostenstellen-) Gemeinkostenanteile in den Gesamtkosten sind rückläufig mit zunehmender Dezentralisierung, die Einzelkosten steigen.“

Im Zuge der Diskussion wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Gemeinkostenanteile in einem sehr hohen Maße rückläufig entwickelt hätten. Das lediglich auf vier Rückläufe bei der schriftlichen Erhebung

basierende Ergebnis wurde von den in der Diskussion beteiligten Vertreterinnen und Vertreter daher in Frage gestellt. Ein Grund für dieses Resultat (einer leicht steigenden Tendenz der Gemeinkosten, siehe Tabelle 20) könne darin liegen, dass vermutlich bei einem der vier Träger z. B. ein starkes Größenwachstum der Grund für steigende Gemeinkosten in der Konversionsphase gewesen sein könnte. Daher stiegen die Gemeinkosten dort stark, was insgesamt das Bild wohl verfälscht haben könnte.

Die aus der Erfahrung einzelner beteiligter Experten stark rückläufige Tendenz der Gemeinkosten ginge in Ihrer jeweiligen Einrichtung auch einher mit einem steigenden Anteil der (Kostenstellen-) Einzelkosten.

Als Gründe hierfür wurden genannt, dass die kleinen dezentralen organisatorischen Einheiten weitergehend autonom handelten. Dies gehe einher mit der Reduktion traditioneller Aufgaben der Verwaltung. Allerdings kämen neue hinzu. Hier seien vor allem zu nennen:

- Kosten der Technik für Information und Kommunikation, verbunden mit entsprechender Steigerung der Personalausstattung im Bereich EDV
- Erhöhung des Engagements im Bereich des betriebswirtschaftlichen Controllings
- Stark steigende Personalausstattung im Bereich des Vorbereitens des Sozialraums für Wohnprojekte und entsprechender Begleitung zu Beginn der Bezugsphase

Für die Senkung der Gemeinkosten sei zudem verantwortlich, dass Reinigungsdienste, Essensversorgung und Gartenpflege pädagogisch konzeptionell eingebunden werden könnten und daher teilweise ein Wandel hin zur Selbstversorgung der kleinen Wohneinheiten zu konstatieren sei.

Tendenziell führe dies in der Summe in der „gelebten“ Praxis bei weitgehend vollzogenem Konversionsprozess zu sinkenden Gesamtkosten (im Vergleich zu „traditionell“ zentralen Konzepten). Mit einer Verallgemeinerung muss allerdings sehr vorsichtig umgegangen werden. Es kann Konstellationen von Rahmenbedingungen für Träger geben, bei denen dieser Prozess möglicherweise sogar mit erheblichen Mehrkosten verbunden sein könnte. Diesen Standpunkt vertraten insbesondere stark zentral ausgerichtete und ländlich geprägte Träger. Zum Teil wurde dies zudem gestützt von Trägern, die nach eigenem Bekunden einen überaus hohen Anteil an besonders schwer- und mehrfachbehinderten Menschen aufzuweisen hatten.

Bestätigt wurde ferner, dass Dezentralisierung nicht zur Senkung des Personalbestandes führe. Es käme lediglich zu weitgehenden Umschichtungen. Die Ausdünnung der Serviceabteilungen gehe demzufolge einher mit einer Erhöhung des Personalbestandes bei der Betreuung vor Ort,

also direkt am Menschen mit Behinderung. So tritt der Landschaftsgärtner als Betreuer in Erscheinung, wenn vor Ort, zusammen mit den Bewohnern der Garten gepflegt werden muss, das Küchenpersonal kocht z. B. immer wieder in den kleinen Häusern zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Von daher geht eine gewisse quantitative Verschiebung einher mit einer qualitativen. Nicht mehr nur alleine die Heilerziehungspflege tritt in Verbindung mit Menschen mit Behinderung, sondern auch ein breites Spektrum der für den Lebensbereich Wohnen ausgebildeten Fachkräfte.

Besonders intensiv wurde im Rahmen der Diskussion auch auf die Frage der Raumkosten eingegangen. Hier wurde hinterfragt, ob die derzeit noch geringen kalkulatorischen Mieten (bzw. Raumkosten) nicht auch eine Folge der nachzuweisenden völlig veralteten und in naher Zukunft ohnehin sanierungsbedürftigen Bausubstanz sein könnten.

4 Ableiten von Kernaussagen zur Frage ökonomischer Effekte von Dezentralisierungsprojekten

Eine Reihe von Einzelaspekten, gewonnen aus unterschiedlichen Forschungsmethoden, wurde oben diskutiert und dargestellt. Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, die bedeutsamsten unter diesen Aspekten zusammen zu fassen. Zunächst soll dies ganz undifferenziert erfolgen, indem generelle Erkenntnisse über ökonomische Auswirkungen in spezifischen Umsetzungsphasen dargestellt und diskutiert werden.

Danach sollen Spezifika, abhängig von objektiven und subjektiv gewählten Einflüssen bzw. Determinanten zusammenfassend dargestellt und diskutiert werden.

4.1. Ökonomische Auswirkungen von Dezentralisierung in Abhängigkeit spezifischer Umsetzungsphasen

Eine Differenzierung der Träger zwischen solchen, die sich in der Phase des Beginns der Konversion befinden, und solchen mit einem mittleren Umsetzungsgrad war in der gegebenen Grundgesamtheit nicht auszumachen.

- Bei Trägern, die sich am Beginn oder in der mittleren Phase der Konversion befinden, bewegen sich die laufenden Kosten bei dezentraler wie traditionell zentraler Versorgung von Menschen mit Behinderung auf etwa gleichem Niveau. Es ist darauf hinzuweisen, dass Mehrkostenverhandlungen bei Dezentralisierung nach dem Bekunden einzelner Träger möglich waren und auch teilweise durchgeführt wurden. Dies zeigt sich jedoch nicht in einem solchen Umfang, als

dass es insgesamt sich etwa auf die Kostenstruktur der bei den in der Analyse beteiligten Einrichtung hätte ausgewirkt. Dies trifft – zumindest was die wenigen vorliegenden Daten hierzu aufweisen – auch auf kleinere Einheiten als die häufig zitierten „24-er-Häuser“ zu.

- Bei Trägern, die die Konversionsphase weitgehend abgeschlossen haben, sind die Kosten (pro Bewohner bzw. Bewohnerin) zum Teil sogar gesunken. Dass der „Regelbetrieb“ nach der Konversion, sich wirtschaftlich sogar tendenziell positiv auswirken kann, muss demzufolge an einer veränderten Ausrichtung und einer veränderten Strategie der „dezentral strukturierten Träger“ liegen. Dezentrale Wohnformen in weiterhin bestehende zentrale Grundausrichtung einer Organisation und der Philosophie eines „zentral ausgerichteten Trägers“ realisieren zu wollen, wird mutmaßlich jedoch vergleichsweise sehr viel kostenintensiver sein.
- Je schneller und konsequenter die Konversionsphase abgeschlossen werden kann, desto schneller stellen sich die damit verbunden positiven wirtschaftlichen Effekte ein und desto weniger deutlich zeigen sich die damit verbunden wirtschaftlichen Nachteile
- Vorteilhaft kann bei einer die Deinstitutionalisierung stützenden Strategie der tendenziell sinkende Anteil der (Kostenstellen-)Gemeinkosten sein, nachteilhaft der steigende Anteil der (Kostenstellen-)Einzelkosten.
- Die Personalkosten können in Teilbereichen tendenziell steigen.
- Bei den Personalkosten gilt es die Problematik von Nachtwachen gesondert zu betrachten. Hier kann nicht immer in allen kleinteiligen Konzepten eine Dauernachtwache pro Wohneinheit realisiert werden. Wenn es in Einzelfällen geboten ist, besteht Einigkeit darin, dass diese in jedem Falle als Dauernachtwache vor Ort präsent sein muss.
- Der Verwaltungsaufwand in dezentralen Strukturen wird nicht zwangsläufig höher.
- Eine Strategie der Dezentralisierung, zugeschnitten alleine auf Bewohnerinnen und Bewohner mit geringem Hilfebedarf rechnet sich nicht. Die potenzielle dezentrale Ersparnis wird von den Kosten der zentralen Unterbringung (dann lediglich von Menschen mit stark ausgeprägtem Grad einer Behinderung) überstiegen. Das heißt, wirtschaftlich ist eine Strategie der Dezentralisierung dann, wenn sie von (Leistungs-)inhomogenen Konstellationen ausgeht.
- Absolut steigen in jedem Fall die Gebäudekosten - und damit verbunden - die kalkulatorischen Mieten bzw. die Kosten für Abschreibungen. Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass die Vermögenswerte nicht mehr ausschließlich Gebrauchswerte darstellen, sondern bei kleinen barrierefreien Wohnhäusern sich auch in entsprechenden Marktwerten widerspiegeln können.
- Da die Heimbauverordnungen (insbesondere zunächst die in Baden-Württemberg) ohnehin rasches Handeln erfordern, stellt sich die Frage, ob steigende Investitionen zur Erhaltung von traditionellen Heimstrukturen getätigt werden sollen oder ob man in neue zukunftsweisende dezentrale Wohnkonzepte investiert. Mit anderen Worten: „Steigende Gebäudekosten sind in naher Zukunft ohnehin zu erwarten“.
- Bei der Argumentation um steigende Gebäudekosten bei einer Dezentralisierungsstrategie muss ferner berücksichtigt werden, dass die derzeit vorhandene Substanz schon stark veraltet und zum großen Teil in hohem Maße sanierungsbedürftig ist. Hinsichtlich ggf. infrage kommender Rückzahlungsverpflichtungen wäre eine großzügige Regelung der Leistungsträger sicherlich konversionsfördernd. Die Höhe der Abschreibungen sollte in Einzelfällen mit den Kosten einer Sanierung bzw. der Maßnahmen zur Umsetzung der Heimbauverordnung gegengerechnet werden. Zu bedenken gilt insgesamt, dass dem Buchwert eines dezentral strukturierten Gebäudes ggf. auch ein entsprechender Marktwert gegenübersteht.

4.2. Fördernde und hemmende Faktoren des Prozesses der Dezentralisierung

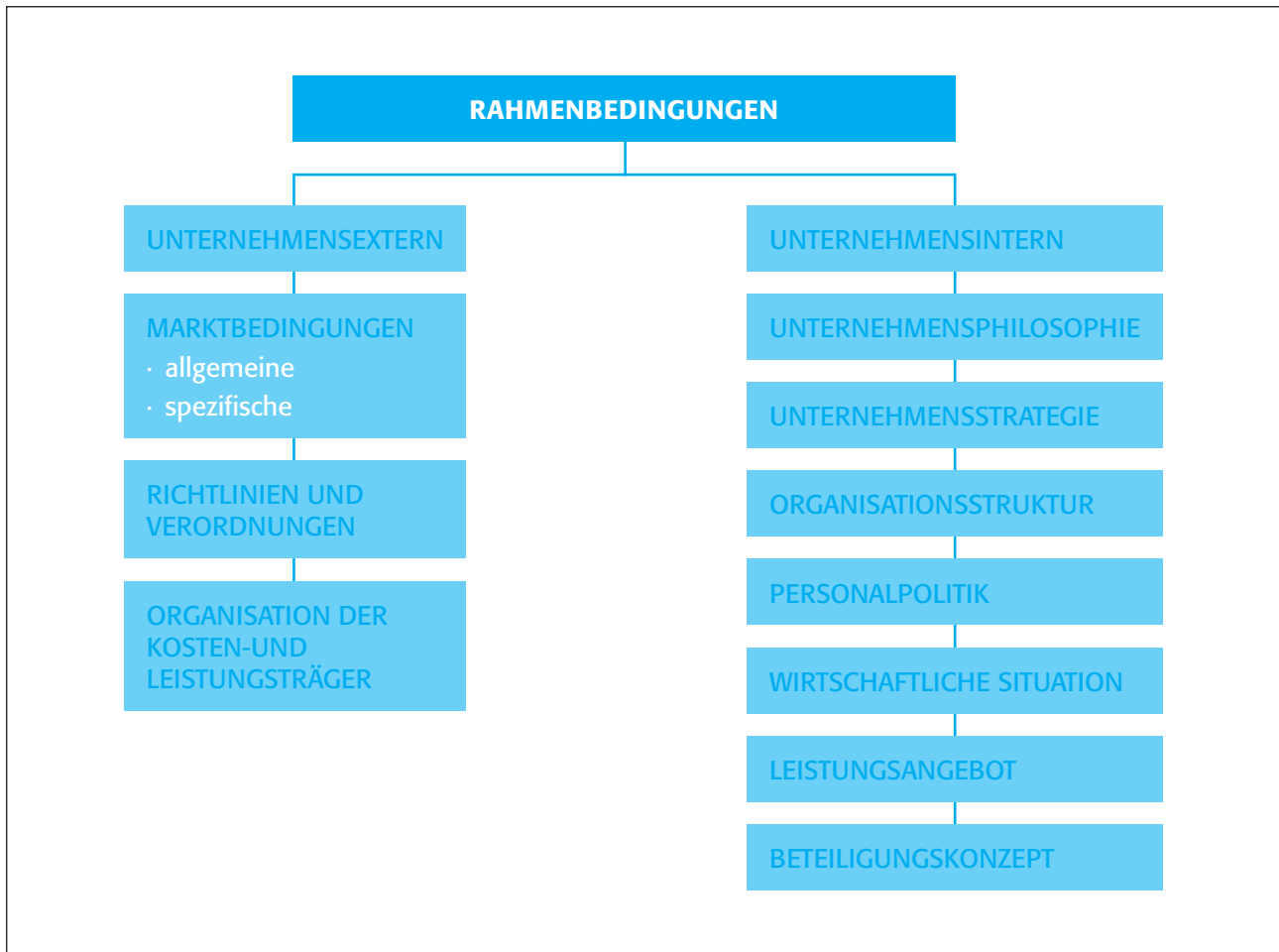
Sowohl bei den internen als auch bei den externen Rahmenbedingungen gibt es den Konversionsprozess fördernde und hemmende Strukturen. Diese Rahmenbedingungen bestimmen im Wesentlichen Grad und Strategie der Konversion. Der Ausprägung, Gewichtung und Gestaltung dieser Rahmenbedingungen kommt also eine entscheidende Bedeutung zu, wenn man davon ausgeht, dass während der Konversionsphase die doch eher ungünstigsten Kostenkonstellationen auftreten. (Siehe Abbildung 24)

In vielen Diskussionen mit Trägern wurde deutlich, dass es für die Verfolgung einer Strategie der Dezentralisierung enorm ungünstige objektive Rahmenbedingungen geben kann.

Zunächst ist es der Standort und die Tradition des Trägers. Manche Träger bilden in einem ohnehin ländlich strukturierten Raum ein eigenes Dorf, halten auch eine kommunengleiche Infrastruktur (z. B. Straßennetz, Zu- und Abwasser. etc.) vor. Hier kann man sich nicht einfach „herausstellen“.

- Bei ländlichen Räumen ist meist die Infrastruktur sehr bescheiden, so dass der Träger auch bei Dezentralisierung viele Dienste vorhalten muss. Kostensteigernd wirken sich hier dann noch die zunehmend größeren Entfernungen zwischen dem Standort des Leistungserbringers und Ort der Leistungsabnehmer aus.

Abbildung 24: Interne und externe Rahmenbedingungen



- Auch in anderen relevanten Bereichen zeigt sich in ländlichen Räumen eine doch sehr „dünne“ Marktlage. Dies beginnt schon beim Immobilienmarkt, der es kaum erlaubt, das eigene vorhandene zentrale Gelände wertkonform zu verkaufen. Auch die neuen klein gehaltenen Wohnräume, mögen sie noch so barrierefrei sein, lassen sich zukünftig vermeintlich in den eher ländlich strukturierten Räumen nur schwer und mit Einbußen verbunden verkaufen.
- Städtische Problemfelder liegen dagegen insbesondere in der Findung von geeignetem Wohnraum innerhalb akzeptabler bzw. geeigneter Lagen.
- Das massive Auftreten traditionell großer Komplexträger in ländlichen Räumen erschwert eine Dezentralisierung insofern, als dass nur wenige, meist sogar eher kleine Dörfer und Städte im jeweiligen regionalen Umfeld dafür infrage kommen. Auf diese wenigen geeigneten Standorte konzentrieren sich dann vermehrt auch die meist in Nachbarregionen vertretenen konkurrierenden Freien Träger.
- Neben diesen kaum zu beeinflussenden Faktoren, kommen noch äußere, hemmende Faktoren hinzu, die insbesondere durch Richtlinien, Vorschriften, Gesetze und Behördenstrukturen zu kennzeichnen sind.
- Vorschriften (wie z.B. der Aktion Mensch, aber auch staatliche Instanzen), die als Förderbedingung einen Abstand des zu fördernden Objektes von mindestens 500 Meter Luftlinie zur nächsten Sozialen Einrichtung aufweisen müssen, sind insgesamt, aber insbesondere im ländlichen Raum, zu hinterfragen. Sehr häufig würde das nur mitten in einem Acker umzusetzen sein.
- Objekte, bei denen noch eine Bindefrist besteht, können nur sehr schwer – wegen der hohen Rückzahlungsverpflichtungen – dezentralisiert bzw. aufgegeben werden.
- Sicherheitsvorschriften (Brandschutz, Hygiene im Bereich Wäscheversorgung und Küche), deren Einhaltung in großen zentral strukturierten Heimen sehr viel Sinn macht, werden häufig akribisch auf kleine dezentrale Wohneinheiten übertragen. Hier wirken sie oft unverhältnismäßig. Damit wird die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung zu einer „künstlichen“, mithin fremdkonstruierten Welt. Das Wohnsetting mutiert zu einem Hochsicherheitstrakt innerhalb eines ansonsten völlig andersgearteten „zivilen“ Umfeldes in Siedlungsgebieten. Die Kosten schnellen in die Höhe

und das Objekt, obwohl auch barrierefrei, wird unverkäuflich. Zudem besteht die Gefahr, dass die Ausstrahlung der „Besonderheit“ des Gebäudes für das soziale Umfeld als Barriere (im Sinne einer „Sozialburg“) wirkt.

- Die sicher gutgemeinte Rückführung der direkten Verantwortung auf Landkreisebene in der Behindertenhilfe in manchen Bundesländern (Kommunalisierung) mag zunächst Sinn machen. Für große Träger der Behindertenhilfe ist sie jedoch in hohem Maße kontraproduktiv. Dies gilt vor allem dann, wenn sich diese Träger konzeptionell neu aufstellen wollen. Während zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit den Landschaftsverbänden relativ hohe Planungssicherheit herrscht, konzeptionelle Klarheit auch vom sogenannten Kostenträger ausgestrahlt wird, haben die 44 Landkreise und kreisfreien Städte in Baden-Württemberg, zum Beispiel, sehr stark divergierende Vorstellungen, was, in welcher Form und in welchem Umfang innerhalb ihres „Hoheitsgebietes“ zu geschehen bzw. nicht zu geschehen hat. Hier wird zwar mit Hilfe des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) immer wieder versucht, eine grobe Linie durchzusetzen, dies gelingt jedoch nicht immer zufriedenstellend und flächendeckend. Besonders für große und weit verzweigte Träger stellt sich dies häufig als sehr große Barriere bei der Umsetzung von innovativen Konzepten, egal welcher Art, dar.

Unternehmensinterne Rahmenbedingungen werden gesetzt und bestimmen wie progressiv oder defensiv die Einrichtung die Konversion vorantreibt.

Ungünstig erweist es sich, wenn die Einrichtung konservativ, eher zurückhaltend und zögerlich die Phase der Dezentralisierung angeht. Dies kann sich insbesondere an folgenden Merkmalen festmachen:

- Realisiert wird nur und in erster Linie, was auch gefördert und finanziell gut abgesichert ist.
- Dezentralisierung wird nur sehr zögerlich und langsam umgesetzt. Außenwohngruppen müssen die Strukturen der zentralen Wohnheime, auch deren Versorgungssysteme, deren Konzeptionen, deren „Philosophie“ und deren Stellenschlüssel übernehmen.
- „Preise“ für die Erstellung der Gebäude, z. B. für kleinteilige Wohnformen, werden so betrachtet, als handele es sich dabei in erster Linie um Kosten- und nicht um Liquiditätsprobleme.
- Erst ab einer Mindestgröße von 24 Bewohnerinnen und Bewohnern darf das neue „Kleinheim“ als eigenständige organisatorische Einheit geführt und betrieben werden, weil es sich erst ab dann „rechnet“.

Günstiger für den Konversionsprozess erscheint eine dieser diametral entgegen gerichtete, mithin, offensive und progressive Strategie:

- Dezentralisierung wird auch dann vorangetrieben, wenn in Einzelfällen keine gesonderte Förderung dafür zu erhalten ist, es jedoch konzeptionell und wirtschaftlich als geboten erscheint und die Finanzierung möglich ist
- Die Frage der Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie die Frage der Gruppengröße hängen von den jeweiligen Gegebenheiten räumlicher oder personeller Art ab. Ebenso die Frage der Bereitstellung etwa von Dauernachtwachen.
- Das dezentral verantwortliche Personal agiert sehr selbständig und verfügt über ein hohes Maß an Handlungsspielräumen (allerdings auch an Verantwortung). Die Art der Arbeitsteilung in der Organisation wird sich von der Verrichtungszentralisierung (Funktionalorganisation) hin zur Objektzentralisierung (Sparten- oder Divisionalorganisation) mit starker Akzentuierung des Regionalprinzips bewegen.
- Zentral ist das Prinzip der Selbstversorgung (z. B. Kochen, Gartenarbeiten, etc.). Zugekauft werden in erster Linie Leistungen, die im regionalen Umfeld von Dritten angeboten werden (z. B. medizinische Versorgung, Therapeutische Versorgung, etc.).
- Starke Einbindung der Wohngruppe(n) in die jeweiligen Netzwerke vor Ort.
- Sehr unterschiedliche Konzepte, Stellenschlüssel, Personalkompetenzen und auch „Philosophien“ in den jeweiligen kleinen, sehr autonomen Wohneinheiten.

Zusammenfassend soll bemerkt werden, dass unabhängig davon, wie und mit welcher Strategie versehen die Dezentralisierung angegangen wird, man auf dem Weg zum Ziel viel Geduld und Ausdauer benötigen wird. Wichtig ist es für jeden Einrichtungsträger zu wissen, dass er dabei nicht alleine steht.

Alle, die an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention interessiert sind, sollten bei der Frage der Gestaltungsoptionen von mehr Lebensqualität für Menschen mit Behinderung mitwirken. Es wäre schön, wenn wir es in naher Zukunft erreichen könnten, dass Menschen mit Behinderung in der Mitte unserer Gesellschaft wohnen und arbeiten könnten. Die Unterstützung der Einrichtungsträger auf ihrem Weg zu diesem Ziel sollte demzufolge unser Aller Anliegen sein. Hier sollte man auch über das Installieren eines Netzes an professioneller Beratung für die Träger über deren Spitzenverbände, wie in diesem Falle der Diakonie, nachdenken.

E Gemeinsame Handlungsempfehlungen (Projektteile I und II)

Im Folgenden sollen aus den Erkenntnissen des Forschungsprojektes Handlungsempfehlungen an unterschiedliche Adressatenkreise abgeleitet werden. Diese richten sich zunächst an externe Partner der Freien Träger, und hier ganz besonders die Kosten-(bzw. Leistungs-) Träger, aber auch andere Behörden, mit denen die Träger in Kontakt stehen (müssen).

In einer zweiten Phase lassen sich allerdings auch Empfehlungen für die Träger selbst ableiten. Diese sollen dann noch einmal in spezifische Bereiche untergliedert werden.

1. Handlungsempfehlungen an externe Partner der Einrichtungsträger (Leistungserbringer)

Hier sollen zunächst die Leistungsträger, anschließend dann die sonstigen Behörden zur Sprache kommen

1.1 Handlungsempfehlungen an die Leistungsträger

- Bei einer formalen Hoheit der Landkreise, wäre es unbedingt erforderlich, dass es zu einer (z. B. ein ganzes Bundesland umfassenden) flächendeckenden Strategie kommt, insbesondere was die Planzahlen und die konzeptionellen Vorstellungen des Wohnens von Menschen mit Behinderung betrifft (z. B. Regionalkonferenzen).
- Der besonderen Schwierigkeit von größeren Einrichtungsträgern in ländlichen Räumen muss Rechnung getragen werden. Hier gilt es insbesondere mit Förderungen Anreize für Träger zu schaffen, damit diese in kleine Wohneinheiten in Siedlungsgebieten investieren. Bisher wird in den Richtlinien von zu geringen Baukosten ausgegangen.
- Neben der Frage der Wirtschaftlichkeit stellt für die Einrichtungsträger häufig der Bedarf an liquiden Mitteln eine große Hemmschwelle für die Dezentralisierungsvorhaben dar. Es sollte in Einzelfällen überprüft werden, inwieweit nicht auch Darlehen als Zuschuss vonseiten der öffentlichen Hand gewährt werden können. [Die Annuität und die Zinsen könnten dann wiederum bei der Bemessung der Pflegesätze für die Träger berücksichtigt werden].

- Alternativ sollte man sich auch für Mietlösungen stärker öffnen. Im ländlichen Raum sind die Mieten in aller Regel der Höhe nach überschaubar und werden keine gravierenden Steigerungen der Tagessätze zur Folge haben.
- Die Regelung der Mindestentfernung von 500 Metern Abstand zur nächsten Sozialen Einrichtung (z. B. Vorgaben der Aktion Mensch; die mittlerweile von einigen Leistungsträgern übernommen werden) sollte relativiert und ggf. einer Einzelfallüberprüfung unterzogen werden.
- Unter fachlichen Gesichtspunkten kann die „Abstandsregelung“ die Gründung von Wohnverbänden behindern. Darüber hinaus werden die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Sozialen Diensten eingeschränkt; z. B. wird angesichts der Zunahme der älteren Menschen mit Behinderung zurzeit diskutiert, ob nicht Kooperationen zwischen Alten- und Behindertenhilfe sinnvoll sein könnten.
- Die Frage der Rückzahlung von Fördermitteln mit Zweckbindung sollte im Einzelfall sehr großzügig zugunsten der Einrichtungsträger entschieden werden. Sie könnte ansonsten einer raschen Umsetzung von Dezentralisierungsprojekten im Wege stehen.
- Die Förderpraxis unterscheidet sich in Höhe und Umfang enorm zwischen den Bundesländern. Dass Anreize zur Dezentralisierung Wirkungen zeigen, erweist zum Beispiel die Förderpraxis der „Aktion Mensch“ in hohem Maße. Falls dies auch politisch gewollt sein sollte, müssen Anreize auch und ergänzend von staatlicher Seite gesetzt werden. Die bisherigen Recherchen zeigen hier das Bundesland NRW und insbesondere den Landschaftsverband Rheinland auf einem richtigen Weg. Hier wurden zum Beispiel die Regelungen für Wohngemeinschaften nach SGB XI auf Ambulantisierungskonzepte der Hilfe für Menschen mit Behinderung (Eingliederungshilfe) übertragen. Erwähnt werden soll aber auch das Wohn-, Teilhabe- und Pflegesetz des Landes Baden-Württemberg, das ambulant betreuten Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderung große Chancen eröffnet.
- Die dezentralen Einheiten sollten weniger als bisher bei den zentralen Einheiten üblich verbindlich „genormt“ werden. Das heißt, dass die Größe der Wohngruppen, die Ausstattung mit Personal sowie

die Frage der Nachtwachen viel stärker am spezifischen Bedarf als an generellen standardisierten Vorgaben gemessen und finanziert werden sollte. Hierbei sollte man – ggf. bei Rahmenvorgaben – den einzelnen Trägern mehr Handlungsspielräume in konkreten Ausgestaltungskonzepten einräumen.

- Man könnte sich vorstellen, dass der Austausch der jeweils bundeslandspezifischen Institutionen (überörtliche Leistungsträger) über die unterschiedlichen Konzepte und deren spezifische Wirkungsweisen in hohem Maße förderlich sein könnte.

1.2 Handlungsempfehlungen an die übrigen – für Einrichtungsträger relevanten – staatlichen Instanzen

- Wohnortintegrierte kleine Wohneinheiten für Menschen mit Behinderung vorzuhalten, stellt einen wichtigen Standortvorteil auch für Kommunen dar. So gibt es im nördlichen Deutschland sehr präsent, im Süden etwas weniger ausgeprägt, auch schon Bürgerinitiativen, aber auch Initiativen von Eltern und Angehörigen für „ihre“ Menschen mit Behinderung, neue kleinteilige Formen des Wohnens im angestammten Wohnort einzufordern. Die Kommunalpolitik muss hier – früher oder später – reagieren.
- Halten Einrichtungsträger in Gebieten, die zu Städten und Gemeinden gehören, eigene Infrastruktur vor, (die ja eigentlich eine hoheitliche Aufgabe darstellt), so müssen die Kommunen die Verantwortung des Erhalts oder des Rückbaus dieser Strukturen übernehmen, wenn Einrichtungsträger eine Konversion umsetzen wollen. Gegebenenfalls muss das jeweilige Bundesland hierfür zusätzliche Fördermittel bereitstellen.
- Um kleinteilige Wohnformen für Menschen mit Behinderung vor Ort umzusetzen, müssten kommunale Wohnbaugesellschaften in einem stärkeren Maße hierfür akzeptable Kooperations- und Mietbedingungen für die Einrichtungsträger schaffen. Dieses Konzept könnte sich für beide Seiten sehr vorteilhaft auswirken.
- Institutionen, die für Sicherheitsstandards im Bereich Hygiene und Brandschutz großer stationärer Heime zuständig sind, bedürfen angepasster Verordnungen im Bereich kleiner Einheiten. Hier wirkt die Umsetzung der für große Heime konzipierten Standards stark überdimensioniert und unangepasst. Der Gesetzgeber hat für entsprechende Verordnungen zu sorgen.

2. Handlungsempfehlungen für die Einrichtungsträger (Leistungserbringer) in der Behindertenhilfe

In diesem Rahmen stehen folgende wichtigen Empfehlungen im Vordergrund:

- Die Konversionsprozesse von der traditionell zentralen Einrichtung hin zu einer weitgehend dezentralen sollen möglichst schnell vollzogen werden.
- Dabei gilt es, die Philosophie eines dezentralen Einrichtungsträgers umzusetzen, die sich gravierend von der tradierten Form eines Einrichtungsträgers zentraler Wohnformen unterscheidet. Die wesentlichen Veränderungen sind hier im Bereich Organisation und Personal festzumachen:
 - **Organisation:**
 - Hohes Maß an dezentraler Entscheidungsbezugnis
 - Stark rückläufige Kapazitäten in den zentral vorgehaltenen Servicebereichen (Küche, Medizinische und psychologische Dienste, Theologie, Wäscherei, etc.)
 - Starker Ausbau der Controlling-Funktion im Unternehmen, steigende Transparenz über Kosten und Erlöse
 - Starke regionale Orientierung („Quartiers- und Regionalmanagement“)
 - Starke Ausrichtung der Gliederung der Organisationsstruktur am Leitbild des Regionalprinzips [Regionaldirektorien oder Regionalgeschäftsführer bzw. -vorstände]
 - Integration der ehemaligen „Service-MitarbeiterInnen“ in die Gruppendienste (soweit möglich)
 - Breite Umsetzung der Konzepte differenzieller Arbeits- und Organisationsgestaltung
 - **Personal:**
 - Stärkere Nachfrage nach generellen Kompetenzen
 - Neue Aufgaben in den Bereichen Organisation, Verwaltung, (elektronische) Kommunikation für das Personal vor Ort
 - Weitaus höhere Verantwortung(sbereitschaft)
 - Der mit der Dezentralisierung verbundenen Gefahr zunehmender Arbeitsdichte durch entsprechende organisatorische und personelle Maßnahmen versuchen zu begegnen. Die Maßnahmen können nicht generalisiert

werden, jedoch kann z. B. durch Einsatz von Informationstechnik und Beschränkung der Berichte für interne Zwecke auf ein Mindestmaß dieser Gefahr vorgebeugt werden. Zudem können beispielsweise Hilfskräfte für ggf. anfallende Aufgaben auf geringem Kompetenzniveau beschäftigt werden

- Vergrößerung des Arbeitsfeldes (inhaltlich und räumlich) {Stichworte: „Unternehmer im Unternehmen“, „Inklusionsansatz“}
- Die weitere gravierende Veränderung betrifft die Verbreiterung inhaltlicher und räumlicher Konzepte, auch in Bezug auf deren Finanzierung:
 - Beides, sowohl die Frage der Raumplanungen als auch die Frage der Zuschnitte der sozialpädagogischen Konzepte, bedarf einer stärkeren Individualisierung, d. h. eines stärkeren Zuschnitts auf die konkreten Bedürfnisse spezifischer Nutzergruppen bzw. Personen.
 - Eine große Chance der Träger könnte zudem darin liegen, ihre spezifischen Kernkompetenzen in der Betreuung von Menschen mit hohem oder sehr spezifischem Unterstützungsbedarf zu „regionalisieren“. Zwar gelingt es bereits, auch diese Menschen vielfach in gemeindenahen Angebote zu integrieren. Darüber hinaus könnten jedoch auf regionaler Ebene (z. B. landkreisbezogen) spezifische Kompetenzzentren errichtet werden, in denen z. B. Angebote der Beratung, der Krisenintervention und Ähnliches gebündelt werden könnten.
 - Neben traditionellen Konzepten des Bauens müssen zunehmend auch alternative Ansätze, wie Anmietung (dies kann ja in Einzelfällen auch eine nur vorübergehende Option sein) und Kooperationen mit Bauträgern, ins Auge gefasst werden.
 - Insbesondere die Etablierung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderung in Mehrfamilienhäusern könnte deren soziale Kontaktchancen erhöhen.
 - Aufgabe eines Quartiersmanagements (siehe oben) kann eine aktive Kontaktpflege mit Kommunen sein, die zum Teil auch bereit sind, neue Wohnkonzepte, beispielsweise innerhalb von Neubausiedlungen, in Kooperation mit Einrichtungsträgern der Behindertenhilfe umzusetzen.
- Von der Vorstellung, man könne eine Doppelstrategie umsetzen, also Erhalt der zentralen und simultan dem Neuaufbau einer dezentralen Trägerstruktur, ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht abzuraten. Sie wäre die kostenintensivste Variante.
- Die besondere Herausforderung für die Einrichtungsträger besteht darin, dass der Konversionsprozess möglichst rasch abgeschlossen sein sollte. Daher bedürfen die oben grob geschilderten Veränderungen eines sogenannten „Masterplans“. Die Haltung nach dem Motto: „Es gibt viel zu tun, warten wir es ab“, scheint hierbei auch dann wenig hilfreich zu sein, wenn die objektiven Rahmenbedingungen nicht besonders „konversionsfreundlich“ sind (ungünstige Leistungsträgerstruktur, ländlicher Raum mit kommunengleicher zentraler Infrastruktur des Einrichtungsträgers, weitere größere Einrichtungsträger im regionalen Umfeld, etc.).

F Nachwort des Auftraggebers

Beurteilung der Ergebnisse des Evaluationsprojektes UGK aus Sicht des BeB – insbesondere zum Projektteil II „Wirkungen auf die Träger“

Ziel des Gesamtprojektes war es, valide Zusammenhänge zwischen den sich veränderten Wohn- und Betreuungsanfragen von und für Menschen mit Behinderung und den betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmensebene zu erfahren und darzustellen.

Zum Projektteil I (Wirkungen auf Menschen mit Behinderung) muss konstatiert werden, dass die ursprüngliche Projektkonzeption von teilweise höheren Beteiligungsraten (Interview mit Menschen mit Behinderung, Befragung der Einrichtungen) ausgegangen ist, um eine valide Datenbasis zu erhalten. Dieses konnte aus unterschiedlichen Gründen leider nicht realisiert werden. Insofern müssen die Projektergebnisse mit dieser statistischen Unschärfe umgehen. Sie sind aber als grundsätzliche Trends sicher nutzbar.

Auch die zu Beginn konzipierte Befragung der Leistungsträger wurde nicht umgesetzt, so dass zu der Beurteilung der Prozesse aus dieser Perspektive keine Aussagen getroffen werden können.

Bei der Konzeptionierung und dem Design der Umsetzung des Evaluationsauftrags gab es im betriebswirtschaftlichen Teil (Projektteil II, Wirkungen auf die Träger) unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Tiefe der Umsetzung. Zunächst wurde davon ausgegangen, lediglich auf Bilanzebene Aussagen zu treffen. Dieses wurde von Beginn an kritisch beurteilt, da die zu untersuchenden Einrichtungen bzw. Einrichtungsteile überwiegend keine eigenständig bilanzierenden Einheiten darstellen. D.h., dass sich abzeichnende Veränderungen nicht zwangsläufig auf Aktivitäten im Rahmen des Umwandlungsprozesses zurückzuführen sind. Weiterhin bestanden Bedenken, dass die Kostenrechnung bei den einzelnen Einrichtungen nicht so ausgeprägt ist, damit spezifische Veränderungen im Verlauf aufgezeigt werden können.

Unter Beachtung dieser kritischen Betrachtungsweise wurde eine Forschungsmethode gewählt, bei der in halbstrukturierten Interviews in drei ausgewählten Einrichtungen Daten erhoben wurden. Auf dieser Basis wurden Hypothesen abgeleitet, die dann in der zweiten Phase im Rahmen der Totalerhebung (bei den am Projekt beteiligten Einrichtungen) bestätigt bzw. widerlegt werden sollten. Ferner wurden zu Beginn des Projektes unterschiedliche Projektphasen definiert. Es wurde davon ausgegangen, dass diese einzelnen Projektphasen - Einrichtung in der Vorbereitung, Einrichtung in der Umsetzung, Einrichtung nach der Umsetzung - in Reinkultur vorzufinden sind und

hierzu jeweils abgegrenzt spezifische Daten erhoben werden können.

Im Projektverlauf hat sich gezeigt, dass dies nicht der Fall ist, da die Phasen nicht eindeutig abgegrenzt werden können und insbesondere die Einrichtungen sehr heterogen sind.

In dem Forschungsvorhaben wurden auch keine eindeutigen Definitionen und Vorgaben gemacht bzw. diese konnten auch nicht gemacht werden, so dass zum Teil nach eigenen Festlegungen Daten in die Erhebung eingespeist wurden, weil es u.a. keine Definition zur Grundgesamtheit der Plätze (alle Plätze oder nur die Plätze, die in das UGK-Programm einbezogen worden sind) und zu „dezentralen“ und „stationären“ Plätzen gab.

Ebenso hat jedes Unternehmen, auch wenn es sich im gleichen Marktumfeld bewegt, ganz eigene Finanzstrukturen, die ohne Vorgaben zu unterschiedlichen Aggregationsdaten führen müssen. Eine zentrale Bedeutung kam der Frage nach der Entwicklung von Gemein- und Einzelkosten zu, da unterstellt wurde, dass mit Zunahme von Einzelkosten eine sachgerechtere und ursachengerechtere Verteilung der Kosten stattfindet. Dies muss zwingend jedoch nicht der Fall sein, da auch Gemeinkosten mit einem differenzierten Umlagesystem im Ergebnis Einzelkosten gleichkommen können. Hier wurde keine Beurteilung der Gemeinkostensystematik vorgenommen.

Ebenso wurde eine mögliche Entwicklung des Kostenrechnungssystems nicht erfragt, so dass die ggf. Ausweitung von Einzelkosten, auch aufgrund von organisatorischen Maßnahmen im Rechnungswesen, kausal nicht hergeleitet werden können, ohne dass diese in einem direkten Zusammenhang mit dem Umwandlungsprozess stehen. Dieses muss als eine Schwäche der Erhebung betrachtet werden.

Auch in anderen Bereichen wurden keine Analysen von anderweitigen Effekten vorgenommen. Die Vergütungssystematik nach dem SGB XII erfolgt nicht mehr wie in früheren Jahren nach dem Selbstkostendeckungsprinzip, sondern es werden prospektive Entgeltsätze aufgrund von kalkulierten Kosten vereinbart, so dass auf der Erlösseite positive als auch negative Effekte miteinfließen können.

Auf der Ebene der Kosten, insbesondere bzgl. der Personalkosten, kommt es zu unterschiedlichen tarifrechtlichen Entwicklungen, die nicht synchron mit den Umwand-

lungsprozessen aufgrund des UGK-Programms erfolgen müssen.

Diesen Punkten wären noch einige mehr hinzuzufügen. In der Gesamtheit zeigen diese auf, dass eine Beurteilung, bei sonst gleichen Bedingungen, mit den eingesetzten Ressourcen nicht möglich gewesen wäre. Dieses hätte vielleicht gelingen können, wenn man sich auf eine Einrichtung begrenzt hätte. Dieses hätte wiederum zu einem nicht repräsentativen Ergebnis geführt, da die Besonderheiten in dem Einzelunternehmen miteingeflossen wären.

Hinzu kommt eine bei einzelnen Antworten äußerst geringe Rückmeldequote. Damit ist die Datenbasis leider nicht hinreichend groß. Somit ist eine Ableitung von Schlussfolgerungen aus diesen Aussagen nicht möglich (im Kapitel D 2.4 / Ergebnisse des Workshops fehlen teilweise die Bezugsgrößen (3 bis 9 Rückmeldungen) sowie im Kapitel D 4.1 handelt es sich bei der Aussage im 2. Spiegelstrich um max. zwei Einrichtungen, die sich so geäußert haben).

Beispielhaft wird dies deutlich bei der Aussage, dass die Liquidität der Einrichtungen im Zeitverlauf (des Umwandlungsprozesses) ansteigt. Auf Nachfrage wurde deutlich, dass diese Aussage auf nur drei von 19 Einrichtungen beruht. Welche Aspekte für diese Aussagen der drei Einrichtungen ursächlich waren, lässt sich im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen. Betriebswirtschaftlich ist es aber nicht schlüssig, dass eine Einrichtung, die investiert, Liquidität aufbauen kann; auch nicht aus der Veräußerung von Grundstücken auf dem Kerngelände, denn diese sind erfahrungsgemäß, bis auf wenige Ausnahmen („attraktive Stadtlage“), nur sehr schwer oder gar nicht zu vermarkten. (siehe Kapitel 2.3 und 3.3)

Die qualitativen Daten sind aus Sicht des BeB demzufolge nur bedingt als aussagekräftig zu betrachten, da

Besonderheiten der Einrichtung, des Projektes und des Marktes nur unzureichend beachtet wurden – und bei realistischer Einschätzung auch nicht beachtet werden konnten (wie sich im Verlauf des Projektes gezeigt hat). Zudem sind die Projektphasen nicht synchron verlaufen, teilweise waren Projekte bereits abgeschlossen, so dass es somit nicht möglich war, eindeutige Vorgaben und Definitionen zu machen.

Der BeB als Auftraggeber hätte sich gewünscht, dass im Abschlussbericht zum Projektteil II deutlicher zum Ausdruck gekommen wäre, dass die getroffenen Aussagen an zentralen Stellen „eine geringe Datenbasis als Grundlage haben“, was u. a. auch der methodischen Herangehensweise geschuldet ist. Die aufgeführten Ergebnisse müssen deshalb sehr kritisch diskutiert werden.

Dennoch sind einige der getroffenen Aussagen in der Tendenz sicherlich richtig, müssen jedoch für eine genauere Beurteilung im Kontext sonstiger Veränderungen betrachtet werden.

Die Beurteilung der qualitativen Lage kann aus Sicht des BeB nicht abschließend durch den Umwandlungsprozess beurteilt werden, sondern bedarf einer Analyse der sonstigen Marktbedingungen, wie zum Beispiel Kapitalmarkt und Förderzeiten.

Es empfiehlt sich daher die qualitativen Daten dieses Abschlussberichts zum Projektteil II für eine Beurteilung des Umwandlungsprozesses aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Trends anzusehen. Weiterhin bleibt auch abzuwarten, inwieweit eine langfristige finanzielle Entwicklung zu beurteilen ist.

Berlin, März 2016

G Anhang

G 1 Beteiligte Einrichtungen / Träger

Baden-Württemberg

Johannes-Diakonie, Mosbach
BruderhausDiakonie, Reutlingen
Diakonie Stetten, Kernen
Diakonie Kork, Kehl-Kork
Mariaberg, Gammertingen
Die Zieglerschen - Behindertenhilfe, Wilhelmsdorf
Heim Pfingstweid, Tettang

Bayern

Diakonie Neuendettelsau, Neuendettelsau
Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH,
Schwarzenbruck

Hessen

Hephata – Hessisches Diakoniezentrum, Schwalmstadt
Stiftung Nieder-Ramstädter Diakonie, Mühlthal

Niedersachsen

Diakonie Himmelsthür, Hildesheim
Rotenburger Werke der Inneren Mission, Rotenburg
(Wümme)

Nordrhein-Westfalen

von Bodelschwingsche Stiftung Bethel, Bielefeld
Evangelisches Johanneswerk, Bielefeld
Diakonische Stiftung Wittekindshof, Bad Oeynhausen
Evangelische Stiftung Hephata, Mönchengladbach

Rheinland-Pfalz

Diakonissenanstalt, Speyer
Evangelisches Diakoniewerk ZOAR, Rockenhausen
Heilpädagogische Einrichtungen Stiftung kreuznacher
diakonie, Meisenheim
Stiftung Scheuern, Nassau

G 2 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	MA-Befragung (N=185): Art der Vorbereitung der umgezogenen Menschen.....	22
Tabelle 2:	MA-Befragung (N=185): Beteiligung an übergeordneten Planungen (Angaben in Prozent).....	23
Tabelle 3:	Interviews (N=55): „Wer hat die Möbel für Ihr Zimmer ausgesucht?“	23
Tabelle 4:	Interviews (N=55): „Wer hat die MitbewohnerInnen ausgesucht?“	24
Tabelle 5:	Personenbezogene Daten (N=456): Entscheidungsträger	25
Tabelle 6:	MA-Befragung (N=185): „Würden Sie gefragt, ob Sie den Arbeitsplatz wechseln möchten?“ (Angaben in Prozent).....	25
Tabelle 7:	MA-Befragung (N=185): Einstellungen zum Umwandlungsprozess (Angaben in Prozent).....	26
Tabelle 8:	Personenbezogene Daten (N=456): Menschen mit Behinderung nach Altersgruppen.....	29
Tabelle 9:	Personenbezogene Daten (N=456) Pflegestufen.....	30
Tabelle 10:	Personenbezogene Daten (N=456) Art der Behinderung (Mehrfachantworten möglich).....	30
Tabelle 11:	Personenbezogene Daten (N=456) Wohnsituation vor und nach dem Umzug (Angaben in Prozent).....	33
Tabelle 12:	Personenbezogene Daten (N=456) Gestaltungsspielräume vor und nach dem Umzug (Angaben in Prozent).....	34
Tabelle 13:	Interviews (N=55):Handlungsspielräume aus Sicht der Menschen mit Behinderung (Angaben in Prozent).....	34
Tabelle 14:	Interviews (N=55): Kontakte zu unterschiedlichen Personen(-gruppen) (Angaben in Prozent).....	35
Tabelle 15:	Interviews (N=55): Fragen nach Wohlbefinden (Angaben in Prozent)	38
Tabelle 16:	Interviews (N=55) Zufriedenheit in unterschiedlichen Bereichen (Angaben in Prozent).....	38
Tabelle 17:	Kostenstelleneinzelkosten / Personalkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr.....	46
Tabelle 18:	Kostenstelleneinzelkosten / Sachkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr.....	46
Tabelle 19:	Gemeinkosten pro Bewohner bzw. Bewohnerin und Jahr.....	47

Tabelle 20:	Entwicklung Einzel-und Gemeinkosten	53
Tabelle 21:	Anteil dezentraler Wohnangebote im Verhältnis zu den Plätzen gesamt.....	53
Tabelle 22:	Adäquate Versorgungsangebote in dezentralen Wohnquartieren.....	54
Tabelle 23:	Baulicher Zustand der Wohnheime	55
Tabelle 24:	Rang Eigenkapital.....	55
Tabelle 25:	Geschäftsergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit pro Bewohner bzw. Bewohnerin.....	56
Tabelle 26:	Rangfolge Liquidität.....	56
Tabelle 27:	Durchschnittlicher Hilfebedarf	56
Tabelle 28:	Konversionsphase /Zusammenarbeit Kostenträger	57
Tabelle 29:	Veränderung der Qualifikationen.....	59
Abbildung 1:	Interviews (N=55): „Wie würden Sie am liebsten wohnen? (Angaben in Prozent).....	24
Abbildung 2:	Sozialraumdaten (N=60): Lage der Einrichtungen nach Gemeindetypen	26
Abbildung 3:	Zahl der BewohnerInnen (absolute Zahlen)	27
Abbildung 4:	Sozialraumdaten (N=60): Lage der Einrichtungen (absolute Zahlen).....	27
Abbildung 5:	Sozialraumdaten (N=60): Entfernung der Bushaltestellen (Angaben in Prozent).....	27
Abbildung 6:	Sozialraumdaten (N=58): Infrastruktur an den Standorten (absolute Zahlen).....	28
Abbildung 7:	Personenbezogene Daten (N=456) Verteilung nach Hilfebedarfsgruppen (Angaben in Prozent).....	29
Abbildung 8:	MA-Befragung (N=185) „Können die Menschen mit Behinderung die Möglichkeiten ihres neuen Wohnumfeldes nutzen?“ (Angaben in Prozent)	36
Abbildung 9:	Interviews (N=55) „Welche Angebote kennen Sie in Ihrer Umgebung?“ (Angaben in Prozent)	36
Abbildung 10:	MA-Befragung (N=185) „Fühlen sich die Menschen mit Behinderung in der neuen Wohnsituation wohl?“ (Angaben in Prozent)	37
Abbildung 11:	Untersuchungsdesign.....	44
Abbildung 12:	Quantitative Auswertung des Fragebogens.....	52
Abbildung 13:	In Anspruch genommene Fremdleistungen seit 2010 im Vergleich zu 2013	53
Abbildung 14:	Kostenentwicklung Wohnen im Vergleich.....	53
Abbildung 15:	Verteilung der Wohnangebote Stadt/Land.....	54
Abbildung 16:	Alter und Buchwert der Gebäude.....	55
Abbildung 17:	Betriebliche Kennziffern pro Bewohner bzw. Bewohnerin	56
Abbildung 18:	Gruppengrößen	56
Abbildung 19:	Auswertung Zentrale Dienste	57
Abbildung 20:	Veränderung der Zentralen Dienste	58
Abbildung 21:	Kooperationen.....	58
Abbildung 22:	Veränderungen Unternehmenskonzept	59
Abbildung 23:	Veränderungen des Angebotes Zentraler Dienste.....	60
Abbildung 24:	Interne und externe Rahmenbedingungen.....	63

G 3 Literatur

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2010): Eckpunkte zur Umsetzung dezentraler Wohnstrukturen für Menschen mit körperlicher Behinderung, Sinnesbehinderung und/oder geistiger Behinderung unter dem Aspekt der Inklusion. Stand 22.Dezember 2010.

Online: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/behinderung/101222_eckpunkte_zur_dezentralisierung.pdf [Stand: 8.11.2015].

Beadle-Brown, Julie, Kozma, Agnes (O.J.) (Hrsg.): Deinstitutionalisation and community living – outcomes and costs: Report of an European Study. Volume 2: Country Reports, o. O.

Europäische Expertengruppe zum Übergang von institutioneller Betreuung zu Betreuung in der lokalen Gemeinschaft (2012): Gemeinsame europäische Leitlinien für den Übergang von institutioneller Betreuung zu Betreuung in der lokalen Gemeinschaft. Brüssel

Franz, Daniel (2014): Anforderungen an MitarbeiterInnen in wohnortbezogenen Diensten der Behindertenhilfe. Veränderungen des professionellen Handelns im Wandel von der institutionellen zur personalen Orientierung. Marburg

Franz, Daniel; Beck, Iris (2015): Evaluation des Ambulantisierungsprogramms in Hamburg. Hamburg

Graumann, Susanne et al. (2012): Quartiersbezogene Konzepte. In: Greving, Heinrich et al.: Evaluation von Wohn- und Unterstützungsarrangements für älter werdende Menschen mit geistiger Behinderung. Dritter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Lebensqualität inklusiv(e): Innovative Konzepte unterstützten Wohnens älter werdender Menschen mit Behinderung“ (LEQUI). Münster, 33-80

Harris Interactive, Wahlverwandtschaften e. V. (2015): Einsamkeit und Gemeinsamkeit in Deutschland. Hamburg

Kastl, Jörg M.; Metzler, Heidrun (2015): Expertise zu den Strukturen der Wohn- und Beschäftigungsangebote für Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern sowie zu dem Begriff der Inklusion im Kontext wohnbezogener Konzepte. Tübingen

NDA (2007): Supported Accommodation Services for People with Intellectual Disabilities: A review of models and instruments used to measure quality of life in various settings. Dublin

Kühl, Stefan u. a. (2009) (Hrsg.): Handbuch Methoden der Organisationsforschung – Quantitative und Qualitative Methoden. Heidelberg

Mansell, Jim u. a. (2007): Deinstitutionalisation and community living – outcomes and costs: Report of an European Study. Volume 2: Main Report. Canterbury: Tizard Centre, University of Kent.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2005): Dezentralisierung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Stuttgart

OECD (Hrsg.) (2011): How's life? Measuring well-being. OECD Publishing.
Online: http://www.oecd.org/document/10/0,3746,en_2649_201185_48791306_11_1_1,00.html

Schäfers, Markus (2008): Lebensqualität aus Nutzersicht. Wie Menschen mit geistiger Behinderung ihre Lebenssituation beurteilen. Wiesbaden

Seifert, Monika (2010): Kundenstudie. Bedarf an Dienstleistungen zur Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung. Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2015): Berliner Mietspiegel 2015.
Online: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/download/Mietspiegel2015.pdf>

Statistisches Bundesamt (2006): Zeitbudgets-Tabellenband 1. Zeitbudgeterhebung 2001/2002. Wiesbaden

G 4 Erhebungsinstrumente in Projektteil 1 (fachlich-konzeptionelle Evaluation)

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der
Lebenswelten behinderter Menschen (Z.I.E.L.)

Geschäftsstelle: Forschungsstelle
Lebenswelten behinderter Menschen

Keplerstr. 2
72074 Tübingen
Tel. 07071 / 2975313

Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen

Mitarbeiterbefragung zur Arbeitssituation

Sehr geehrte Mitarbeiter/innen,

im Rahmen der Umwandlungsprojekte ist es uns wichtig, Ihre Arbeitssituation in den neuen dezentralen Wohnangeboten zu erfassen. Hierfür bitten wir Sie, diesen Fragebogen zu beantworten und uns mit dem beiliegenden Rückumschlag innerhalb von 10 Tagen zurückzusenden.

An dieser Befragung können Mitarbeiter/innen teilnehmen, die früher in einer Wohngruppe auf dem Einrichtungsgelände gearbeitet haben und im Zuge des Projektes in eine dezentrale Wohnform wechselten; genauso aber auch neue Mitarbeiter/innen, die erst in der dezentralen Wohnform für den Einrichtungsträger arbeiten.

Ihre Angaben werden selbstverständlich anonym und vertraulich behandelt.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Frau Dr. Metzler, Uni Tübingen
E-Mail: heidrun.metzler@uni-tuebingen.de

A Arbeitssituation vor der Tätigkeit in der dezentralen Wohnform

A1 Waren Sie bereits vor dem Umwandlungsprojekt Mitarbeiter/in des Einrichtungsträgers?

- ja (weiter mit Frage A2)
- nein (weiter mit Frage A3)

A2 Wo waren Sie unmittelbar vor dem Wechsel der Arbeitsstelle innerhalb der Einrichtung tätig (z.B. Wohnheim auf dem Zentralgelände)?

A3 Wenn Sie vor Ihrer jetzigen Beschäftigung nicht bei dieser Einrichtung gearbeitet haben, wo waren Sie dann beschäftigt?

- anderer Träger der Behindertenhilfe (stationäre Wohngruppe)
- anderer Träger der Behindertenhilfe (dezentrale Wohngruppe)
- anderer Träger der Behindertenhilfe (Ambulant Betreutes Wohnen)
- anderer sozialer Bereich, bitte nennen (z. B. Jugendhilfe, Altenhilfe):

- keine Beschäftigung im sozialen Bereich, bitte nennen:

- sonstiges, bitte nennen:

A4 Bitte beurteilen Sie folgende Aussagen.

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	keine Angabe
Die Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen entspricht meinen fachlichen Überzeugungen.					
Ich finde die Entscheidung meiner Einrichtung gut, sich am Umwandlungsprozess zu beteiligen.					
Ich sehe im Allgemeinen keinen Veränderungsbedarf für die Umgestaltung in dezentrale Wohnformen.					

A5 Was hat Sie dazu bewogen, in der jetzigen dezentralen bzw. ambulanten Wohnform für Menschen mit Behinderung tätig zu werden? (Mehrfachantworten möglich)

- Das Konzept dieser Wohnform hatte mich angesprochen.
 - Die Stelle wurde mir von der Leitung angeboten.
 - Ich war unzufrieden mit meiner alten Arbeitsstelle.
 - Ich erhoffte mir mehr Abwechslung/ein vielseitigeres Aufgabenfeld.
 - Die Tätigkeit versprach mehr Eigenverantwortung.
 - Die Arbeitszeiten sagten mir eher zu.
 - Ich erhoffte mir eine geringere körperliche Belastung.
 - Ich wurde in diesen Einsatzbereich versetzt.
 - sonstiges, und zwar:
-
-

A6 Welche Voraussetzungen sind Ihrer Meinung nach von besonderer Bedeutung, um einen Dezentralisierungsprozess erfolgreich gestalten zu können? (Mehrfachantworten möglich)

- Motivation der Mitarbeiter/innen
 - Akzeptanz der neuen Wohnform seitens der Bewohner/innen und der Angehörigen
 - Vorbereitung der künftigen Bewohner/innen auf die neue Wohnform
 - Einbeziehung aller beteiligten Akteur/innen in den Umgestaltungsprozess
 - Qualifizierung der Mitarbeiter/innen
 - Vorhandensein einer (ambulanten) Versorgungsstruktur
 - Offenheit der Gemeinde
 - Führungsqualitäten der Leitung
 - durchdachtes und umsetzbares Konzept
 - sonstiges, und zwar:
-
-

A7 Welche positiven Erwartungen (+) und welche Befürchtungen (-) hatten Sie im Vorfeld des Umwandlungsprozesses bezogen auf Ihre Arbeitssituation?

(+)

(-)

Die Fragen von A8 bis A11 sind nur von Mitarbeiter/innen zu beantworten, die bereits vor dem Umwandlungsprozess in der Einrichtung gearbeitet haben.

A8 Inwieweit waren Sie in den Umwandlungsprozess Ihrer Einrichtung einbezogen?

- Zukunftskonferenzen
- Personalgespräche
- Teambesprechungen
- sonstiges, und zwar:

A9 Bitte beantworten Sie folgende Fragen:

	ja	ja, mit gewissen Vorbehalten	nein
Wurden Sie gefragt, ob Sie Ihren Arbeitsplatz wechseln wollen?			
Waren Sie dazu bereit, Ihren Arbeitsplatz zu wechseln?			

A10 Gab es im Vorfeld Fort- und Weiterbildungen, die Sie auf die veränderten Anforderungen vorbereiten konnten?

- nein (weiter mit B1)
- ja, und ich habe an

Fort-/Weiterbildung(en) teilgenommen.

A11 Waren die Angebote hilfreich?

- ja
- nein, warum?

B Aktuelle Arbeitssituation

B1 Wie lange arbeiten Sie bereits in der jetzigen dezentralen Wohnform?

B2 Wo genau arbeiten Sie jetzt?

- Wohnheim (gemeindenah) mit _____ Bewohner/innen
- Außenwohngruppe (gemeindenah) mit _____ Bewohner/innen
- Ambulant Betreutes Wohnen (Wohngemeinschaft, Einzel/Paar)
- sonstiges, nämlich:

B2a Wie ist die Versorgung in Ihrer Wohnform organisiert?

- Wir versorgen uns selbst (Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen etc.).
- Wir nutzen zentrale Dienste (Zentralküche, Wäscherei, Hauswirtschaft etc.).
- Teils – teils: z. T. Selbstversorgung, z. T. zentrale Dienste.
- sonstiges, und zwar:

B2b Wie beurteilen Sie diese Organisation der Versorgung?

- gut
 - nicht so gut
 - schlecht
 - weder gut noch schlecht
- Warum?

B3 Wie lange ist die Betreuungszeit tagsüber in der genannten Wohnform? (ohne Nacht- und Rufbereitschaft; z. B. von 7 bis 21 Uhr)

An Werktagen:

An Wochenenden:

B4 Sind Sie in Voll- oder Teilzeit beschäftigt?

- Vollzeit (100% Stellenumfang)
- Teilzeit, und zwar _____% Stellenumfang / _____ Stunden/Woche

B5 Wie gestaltet sich Ihre Arbeitszeit? (Mehrfachantworten möglich)

- geteilter Dienst
 - Schichtdienst
 - Nachtdienst
 - an Wochenenden/Feiertagen
 - sonstiges, nämlich:
-

B6 Hat sich durch den Wechsel etwas an Ihrer Arbeitszeitgestaltung verändert?

- nein
 - ja und zwar:
-

- keine Angabe

B7 Welche fachlich-methodischen Ansätze werden in der neuen Wohnform verfolgt?
(Mehrfachantworten möglich)

- Sozialraumorientierung
 - Lebensweltorientierung
 - soziale Netzwerkarbeit (klientenbezogen)
 - strukturelle Netzwerkarbeit (Vernetzung der Dienste und Angebote im Gemeinwesen)
 - Empowerment
 - Assistenzmodell
 - Bezugspersonensystem
 - überwiegend individuelle Betreuungsleistungen
 - überwiegend Gruppenangebote
 - sonstiges, nämlich:
-

- weiß nicht/kann ich nicht einschätzen

B8 Hat sich durch die Umgestaltung etwas an den methodischen Ansätzen verändert?

- nein
 - ja und zwar:
-
-

- kann ich nicht beurteilen

B9 Wie viele Mitarbeiter/innen, inklusive Ihnen, umfasst Ihr gesamtes Team?

Mein Team umfasst mit mir _____ Mitarbeiter/innen.
Davon sind _____ hauptamtlich beschäftigt.

B10 Für wie viele Bewohner/innen ist Ihr Team zuständig?

Mein Team ist für _____ Bewohner/innen zuständig.

B11 Hat sich die Zusammensetzung Ihres Teams durch den Wechsel verändert?

- nein
- ja, und zwar (z.B. weniger oder neue Kolleg/innen, andere Qualifikationen, etc.):

- keine Angabe

B12 Wie gestalten sich die Teamstrukturen und Zuständigkeiten? (Bitte Zutreffendes ankreuzen. Mitarbeiter/innen, die zuvor nicht bei diesem Träger gearbeitet haben, füllen bitte nur die Spalte „aktuell“ aus.)

	aktuell	vor Wechsel
Ich arbeite mit meinen Kolleg/innen als Team in einer (Außen-) Wohngruppe.		
Ich arbeite mit meinen Kolleg/innen als Team gruppenübergreifend. Mein Team ist für mehrere (Außen-) Wohngruppen zuständig. Anzahl der Gruppen bitte nennen:
Ich arbeite im Ambulant Betreuten Wohnen. Anzahl der Personen, für die ich zuständig bin:
Mein Team ist für Klient/innen in (Außen-) Wohngruppen (stationäre Hilfe) und im Betreuten Wohnen (ambulante Hilfe) zuständig.		
sonstiges, bitte nennen:		
.....

B13 Wie arbeiten Sie üblicherweise?

Übliche Arbeitsweise	immer	fast immer	fast nie	nie	keine Angabe
Ich arbeite alleine.					
Wir sind zu zweit im Dienst.					
sonstiges, bitte nennen:					
.....					

B14 Wie haben sich folgende Bereiche durch den Wechsel in die dezentrale Wohneinrichtung verändert?

	zuge- nommen	gleich geblieben	weniger geworden	keine Angabe
Arbeitsbelastung				
Persönliche Verantwortung				
Möglichkeiten, sich mit Kolleg/innen im Alltag abzusprechen (informell)				
Möglichkeiten, sich mit Kolleg/innen in Teamsitzung zu besprechen (formalisiert)				
Gestaltungsmöglichkeiten (in Bezug auf Abläufe, Inhalte, eigene Ideen umsetzen können)				
Möglichkeiten, sich beruflich weiterzuentwickeln				
Angebot der Supervision				
Zeitdruck				
Störungen und Unterbrechungen während der Arbeit				
Anteil der Arbeitszeit, in der ich alleine arbeite				
Anteil der Arbeitszeit, in der ich mit einem/r Kolleg/in oder im Team arbeite				
Anzahl der geleisteten Überstunden				
Körperliche Belastung bei der Arbeit				
Aufwand für die Dokumentation meiner Arbeit				
Möglichkeiten und Räume für Veränderungen				
Zeit für Klient/innen				
Anfahrtsweg zur Arbeitsstelle				

B15 Würden Sie gerne wieder zurück in die alte Arbeitsform wechseln?

- nein
- ja, weil

-
- keine Angabe

C Arbeitszufriedenheit

C1 Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen in Bezug auf Ihre aktuelle Arbeitsstelle?

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	keine Angabe
Mein Arbeits- und Verantwortungsbereich ist klar abgegrenzt.					
Ich habe bei meiner derzeitigen Arbeit gute Entwicklungsmöglichkeiten.					
Ich werde bei meiner Arbeit stark durch Regeln und Standards behindert.					
Das Klima innerhalb des Teams ist geprägt von gegenseitiger Wertschätzung.					
Ich bin für meine berufliche Arbeit optimal ausgebildet.					
Ich kann in meiner Arbeit meine Stärken/ Fähigkeiten optimal einbringen.					
Die neuen Dienstzeiten sagen mir zu.					
Ich empfinde die Größe der Wohngruppen als angemessen.					
Die Gemeinde, in der die Bewohner/innen unserer Wohngruppe leben, zeigt sich offen und integrationswillig.					

C2 Was bewerten Sie an Ihrer Arbeit in der dezentralen Wohnform positiv?

C3 Was bewerten Sie an Ihrer Arbeit in der dezentralen Wohnform negativ?

D Zur Vorbereitung und Partizipation der Bewohner/innen

D1 Wie wurden die Bewohner/innen auf die neue (dezentrale) Wohnform vorbereitet?
(Mehrfachnennungen möglich)

- Erfragen von Wohnwünschen
- Vorbereitungstreffen mit anderen Bewohner/innen und/oder Mitarbeiter/innen
- Persönliche Beratung
- Kennenlernen der neuen Mitbewohner/innen vor dem Umzug
- Besichtigungen der neuen Wohnungen
- Ich weiß nichts von einer Vorbereitung der Bewohner/innen.
- sonstiges:

D2 Bitte beurteilen Sie folgende Aussagen im Hinblick auf den Einbezug der Bewohner/innen in den Umgestaltungsprozess.

Die Bewohner/innen...	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	keine Angabe
wurden ausreichend am Dezentralisierungsprozess beteiligt.					
konnten eigene Ideen einbringen.					
konnten selbst wählen, ob sie umziehen wollen oder nicht.					
konnten mitbestimmen, wo nach geeigneten Gebäuden Ausschau gehalten werden sollte.					
konnten sich an den Planungen beteiligen.					
bekamen lediglich Informationen, wurden aber nicht in den Prozess mit einbezogen.					

D3 Wie beurteilen Sie folgende Aussagen in Bezug auf die Bewohner/innen und ihre neue Wohn-/Lebenssituation?

Die Bewohner/innen...	alle	die meisten	teils-teils	die wenigsten	keine/r	keine Angabe
kommen mit den veränderten Anforderungen der neuen Wohnsituation gut zurecht.						
möchten wieder zurück in ihre alte Wohnform wechseln.						
haben sich gut in der neuen Wohnform eingelebt.						
fühlen sich wohl in der neuen Wohnsituation.						
nutzen die Möglichkeiten des neuen Wohnumfelds (z. B. im Freizeitbereich).						
haben Kontakt mit den Nachbarn im Wohnumfeld.						

Haben Sie sonst noch Anregungen, Kommentare und/oder Rückmeldungen zu diesem Thema oder dem Fragebogen?

E Angaben zur Person

Abschließend bitten wir Sie um einige Angaben zu Ihrer Person.

E1 Sind Sie

- eine Frau
- ein Mann
- keine Angabe

E2 Wie alt sind Sie?

- unter 20 Jahre
- zwischen 20 und 29 Jahre
- zwischen 30 und 39 Jahre
- zwischen 40 und 49 Jahre
- zwischen 50 und 59 Jahre
- 60 Jahre oder älter

E3 Über welche berufliche Qualifikation(en) verfügen Sie?
(Nennungen aller beruflichen Qualifikationen erwünscht)

E4 Bei welchem Einrichtungsträger arbeiten Sie?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Fragebogen zur Situation der Menschen mit Behinderung, die im Verlauf des Dezentralisierungsprozesses (UGK-Prozess) umgezogen sind

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der Lebenswelten behinderter Menschen (Z.I.E.L.)

Geschäftsstelle: Forschungsstelle

Lebenswelten behinderter Menschen

Keplerstr. 2
72074 Tübingen
Tel. 07071 / 2975313

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem beiliegenden Fragebogen möchten wir gerne Informationen über die Menschen gewinnen, die im Rahmen des UGK-Projektes umgezogen sind: ihren Unterstützungsbedarf, ihr Alter und Geschlecht sowie die Wohnangebote, die sie heute nutzen.

Damit wollen wir zum einen einen Gesamtüberblick gewinnen und diesen in Beziehung zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen setzen (z. B. die Frage, ob es in manchen Ländern aufgrund unterschiedlicher Vergütungsstrukturen etc. eher gelingt als in anderen, Menschen mit einem höheren Unterstützungsbedarf einzubeziehen). Zum anderen benötigen wir diese Datengrundlage, um eine möglichst repräsentative Stichprobe der Menschen auszuwählen, die wir um ein Interview bitten möchten.

Der Fragebogen erscheint auf den ersten Blick relativ umfangreich; sofern ihn Personen ausfüllen, die den betreffenden Menschen mit Behinderung gut kennen, wird der Zeitaufwand jedoch sehr überschaubar sein. Die datenschutzrechtlichen Belange werden von uns mit der üblichen Sorgfalt beachtet. Wir werden insbesondere sicherstellen, dass bei der Eingabe der Daten sowie vor allem bei der Auswertung Rückschlüsse auf konkrete Personen nicht möglich sind.

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an die obige Adresse wenden oder auch per Email Kontakt aufnehmen: Heidrun.metzler@uni-tuebingen.de

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns bereits im Voraus herzlich!

Zunächst bitten wir Sie um ein paar Informationen zu den Rahmenbedingungen des jetzigen / aktuellen Wohnangebots:

Träger des Angebots (Name):

Offizieller Name des aktuellen Wohnsettings: (z.B. Adresse, Wohnheim XY, integrative WG Karlstraße, Privatwohnung)

Wie viele Menschen mit Behinderung wohnen insgesamt „unter dem Dach“ des Wohnsettings:
(bei privatem Wohnen: Zahl der Personen im Haushalt)

Wie viele Menschen leben maximal in diesem Wohnsetting zusammen (z.B. in einer WG / auf einer Etage etc.):

Kürzel des Menschen mit Behinderung, für den der Bogen ausgefüllt wird:
(Anfangsbuchstaben Vor- und Nachname)

(Sie können natürlich diese erste Seite kopieren, wenn sie für mehrere Menschen mit Behinderung im gleichen Wohnsetting ausgefüllt wird und nur das Kürzel individuell eintragen)

A Angaben zur Person des behinderten Menschen

A1 Geburtsdatum der Person

Monat

Jahr

A2 Geschlecht der Person

- weiblich
- männlich

A3 War die Person vor ihrem Umzug einer Hilfebedarfsgruppe zugeordnet?

- ja
- nein, weil (z. B. Einheitspflegesatz, zu kurz in der Einrichtung etc.)

(weiter mit Frage A6)

A4 Wenn Frage A3 mit „Ja“ beantwortet wurde, nach welchem Modell wurde die Person einer Hilfebedarfsgruppe zugeordnet?

- Nach einem Modell mit 3 Hilfebedarfsgruppen (z. B. in NRW)
- Nach einem Modell mit 5 Hilfebedarfsgruppen
- Nach einem Modell mit _____ Hilfebedarfsgruppen (bitte Zahl angeben)

A5 Wenn Frage A3 mit „Ja“ beantwortet wurde, welcher Hilfebedarfsgruppe war die Person zugeordnet?

- Hilfebedarfsgruppe 1
- Hilfebedarfsgruppe 2
- Hilfebedarfsgruppe 3
- Hilfebedarfsgruppe 4
- Hilfebedarfsgruppe 5

A6 Hat die Person eine Pflegestufe?

- nein
- ja, nämlich: Pflegestufe: _____

A7 Behinderung(en) der Person (Mehrfachantworten sind möglich)

- Körperliche Behinderung
 - Kognitive/Geistige Behinderung
 - Seelische Behinderung
 - Sinnesbehinderung
 - Sonstige Behinderung (bitte nennen):
- _____

A8 Seit wann kennen Sie die Person?

Seit ca. _____ Jahren

Seit ca. _____ Monaten

B Wohn- und Lebenssituation des behinderten Menschen

1 Wo lebte die Person vor dem Umzug?

- In einem Wohnheim (auf dem Einrichtungsgelände)
- in einer Außenwohngruppe
- anders, nämlich:

B2 Wie lange lebte die Person in der früheren Wohngruppe/Wohnung?

ca. _____ Monate _____ Jahre weiß nicht

B3 Wann ist die Person umgezogen?

Vor ca. _____ Monaten _____ Jahren weiß nicht

B4 Mit wie vielen Personen wohnte die Person vor und nach dem Umzug zusammen? (Bitte zutreffendes ankreuzen)

	allein	mit Partner /in	In einer Wohngemeinschaft/Wohngruppe (bitte Größe der Gruppe angeben)
Vor Umzug		 Personen
Nach Umzug		 Personen

B5 Zimmersituation der Person vor und nach dem Umzug (Bitte zutreffendes ankreuzen)

	Eigene Wohnung/Eigenes Appartement	Einzelzimmer (mit eigenem Bad)	Einzelzimmer (kein eigenes Bad)	Doppelzimmer	Sonstiges (bitte angeben, z.B. Dreibettzimmer:)
Vor Umzug				
Nach Umzug				

B6 In welcher Lage befand/befindet sich die Wohneinrichtung vor und nach dem Umzug? (Bitte zutreffendes ankreuzen)

	Außerhalb eines Ortes	In einem Dorf (unter 5.000 Einwohner)	In einer Kleinstadt (5.000 bis 20.000 Einwohner)	In einer mittel- großen Stadt (20.000 bis unter 100.000 Einwohner)	In einer Großstadt (über 100.000 Einwohner)
Vor Umzug					
Nach Umzug					

	Auf dem Einrichtungs- gelände	In einem Wohngebiet	In einem Gewerbegebiet	In einem Gewerbe- mischgebiet	Im Stadtzentrum
Vor Umzug					
Nach Umzug					

B7 Wie waren die Versorgungsstrukturen vor dem Umzug?

(Bitte zutreffendes ankreuzen – oder sonstige Versorgungsstruktur benennen)

	Zentralver- sorgung	zum Teil Zentral- versorgung/ zum Teil selbst bzw. mit Assistenz	selbst bzw. mit Assistenz	Sonstiges, bitte nennen
Wäscheversorgung				
Essensversorgung (Lebensmittel einkaufen, Kochen)				
Reinigung Gemeinschaftsräume				
Reinigung Privaträume				

B8 Wie sind die Versorgungsstrukturen nach dem Umzug?

(Bitte zutreffendes ankreuzen – oder sonstige Versorgungsstruktur benennen)

	Zentralver- sorgung	zum Teil Zentral- versorgung/ zum Teil selbst bzw. mit Assistenz	selbst bzw. mit Assistenz	Sonstiges, bitte nennen
Wäscheversorgung				
Essensversorgung (Lebensmittel einkaufen, Kochen)				
Reinigung Gemeinschaftsräume				
Reinigung Privaträume				

B9 Welche Gestaltungsspielräume hatte die Person vor dem Umzug? (Bitte zutreffendes ankreuzen)

	Ja	Nein	Weiß nicht
Essen und Getränke waren zu jeder Zeit zugänglich			
Es gab eine Waschmaschine in der Wohnung/Wohngruppe			
Die Person hatte einen Schlüssel für ihr Zimmer			
Die Person hatte einen Schlüssel für die Wohnung/Wohngruppe			
Die Person konnte jederzeit Besuche empfangen			
Es gab feste Essenzeiten in der Gruppe			

	Ja	Nein	Weiß nicht
Die Person konnte Dinge des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Hygieneartikel, Zeitschriften etc.) selbst bzw. mit Assistenz einkaufen			
Die Person hatte einen Hausarzt/eine Hausärztin außerhalb der Einrichtung			
Die Person hatte ein eigenes Bankkonto			
Die Person hatte einen eigenen Telefonanschluss im Zimmer			

B10 Welche Gestaltungsspielräume hat die Person nach dem Umzug? (Bitte zutreffendes ankreuzen)

	Ja	Nein	Weiß nicht
Essen und Getränke sind zu jeder Zeit zugänglich			
Es gibt eine Waschmaschine in der Wohnung/Wohngruppe			
Die Person hat einen Schlüssel für ihr Zimmer			
Die Person hat einen Schlüssel für die Wohnung/Wohngruppe			
Die Person kann jederzeit Besuche empfangen			
Es gibt feste Essenzeiten in der Gruppe			
Die Person kann Dinge des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Hygieneartikel, Zeitschriften etc.) selbst bzw. mit Assistenz einkaufen			
Die Person hat einen Hausarzt/eine Hausärztin außerhalb der Einrichtung			
Die Person hat ein eigenes Bankkonto			
Die Person hat einen eigenen Telefonanschluss im Zimmer			

B11 Nach welchem Leistungstyp war/ist die Betreuung im Wohnen vor und nach dem Umzug organisiert?

	Leistungstyp vor dem Umzug	Leistungstyp nach dem Umzug
stationär		
ambulant		

B12 Von wem ging die stärkste Initiative zum Umzug der Person aus?

- Von der Person selbst
- Von Angehörigen oder der gesetzlichen Betreuungsperson
- Von der Einrichtung
- Andere (bitte nennen):

B13 Wer hat letztendlich die Entscheidung zum Umzug der Person getroffen?

- Die Person selbst
 - Die Angehörigen oder die gesetzliche Betreuungsperson
 - Die Einrichtung
 - Andere (bitte nennen):
-

B14 Hat die Person vor dem Umzug ein Wohntraining absolviert:

- Ja, innerhalb der alten Einrichtung
- Ja, in einer eigens dafür geschaffenen Umgebung (z. B. Trainingswohnung)
- Ja, in der neuen, eigenen Wohnung
- Nein

B15 Wie lange hat dieses Wohntraining gedauert?

ca. _____ Monate weiß nicht

B16 Hat sich die Tagesstruktur/Beschäftigung der Person (z. B. Arbeitsplatz, WfbM, FuB) im Rahmen des Umzugs verändert?

- ja
- nein

B17 Wie weit war/ist die von der Person genutzte Tagesstruktur (z. B. Arbeitsplatz, WfbM, FuB) von ihrem Wohnort entfernt?

Vor dem Umzug: ca. _____ Kilometer entfernt
Nach dem Umzug: ca. _____ Kilometer entfernt

Vielen Dank!

Information über die Interviews mit Menschen mit Behinderung und Einverständniserklärung

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der Lebenswelten behinderter Menschen (Z.I.E.L.)

Geschäftsstelle: Forschungsstelle
Lebenswelten behinderter Menschen

Keplerstr. 2
72074 Tübingen
Tel. 07071 / 2975313

Einige evangelische Einrichtungen machen ein Projekt. Dabei wollen Sie wissen, ob der Umzug aus der alten Einrichtung in die neuen Wohnangebote gut geklappt hat. Vor allem wollen sie wissen, ob es den Menschen, die umgezogen sind, heute gut geht.

Das kann man nur erfahren, wenn man mit den Menschen selber spricht.

Daher möchten wir – Mitarbeiter von der Universität Tübingen – mit möglichst vielen Menschen mit Behinderung sprechen.

Dabei wollen wir fragen, wie es Ihnen heute in der neuen Wohnung geht. Ob Sie mit Ihrem Zimmer oder Ihrer Wohnung zufrieden sind. Ob es Ihnen gefällt, was sie in Ihrer Freizeit machen können. Was anders ist als früher – z. B. ob man heute selber kochen kann. Ob Sie sich mit den neuen Mitbewohnern gut verstehen.

Wenn Sie mit uns sprechen wollen, würden wir uns sehr freuen!

Das Gespräch dauert ungefähr eine halbe Stunde. Wenn Ihnen das Gespräch zu lang dauert, können Sie auch gerne zwischendurch sagen, dass Sie aufhören möchten.

Natürlich verwenden wir keine Namen, so dass niemand erfährt, was Sie gesagt haben.

Sind Sie zu einem Gespräch bereit?

Dann sollten Sie bitte unterschreiben. Wenn das nicht geht, sagen Sie doch einfach jemandem, dass er bitte Ihren Namen aufschreiben soll.

Datum

Unterschrift bzw. Namen

Projekt: UGK BeB

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der
Lebenswelten behinderter Menschen (Z.I.E.L.)

Geschäftsstelle: Forschungsstelle

Lebenswelten behinderter Menschen

Keplerstr. 2, 72074 Tübingen, Tel. 07071 / 2975313

Befragung von Menschen mit Behinderung, die im Rahmen der Dezentralisierung umgezogen sind

(wird an der FST vergeben)

Träger: _____

(z.B. Bethel, Marienberg etc.)

Nr. :

Wohneinrichtung: _____

(z.B. Wohnheim XY, Außenwohngruppen, ABW oder „Wohnverbund Nordhausen“ etc.)

Nr. :

Gruppe: _____

(z.B. Außenwohngruppe X-Straße, Wohngruppe XY, Privatwohnung etc.)

Nr. :

Name Interviewer: _____

Nr. :

Nummer des Interviews: _____

(fortlaufend nummerieren)

Nr. :

Datum

Kürzel des Interviewten (Anfangsbuchstaben Vor- und Nachname)

Geschlecht weiblich männlich

Guten Tag Herr/Frau _____ Schön, dass Sie sich heute Zeit genommen haben für mich. Mein Name ist _____ und ich spreche mit Menschen, die vor einiger Zeit umgezogen sind. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie es Ihnen hier in _____ (Ort einfügen) geht und wie Sie leben. Was Sie gut finden oder nicht so gut. Was Sie in Ihrer Freizeit machen usw. Ich habe dazu einige Fragen mitgebracht. Wenn Sie eine Frage nicht verstehen, sagen Sie es mir und ich werde versuchen, die Frage besser zu erklären. Alles, was Sie mir erzählen, werden wir ohne Ihren Namen weiter verwenden. Alle Antworten auf die Fragen sind freiwillig. Wenn Sie eine Frage nicht beantworten wollen, macht das nichts. Ich würde das Gespräch gerne aufnehmen, damit ich nicht so viel mitschreiben muss. Wäre das für Sie in Ordnung? Dann fangen wir mal an.

A Wohnsituation

A1 Wie wohnen Sie hier? Haben Sie ein eigenes Zimmer? (Oder, wenn das Interview im Zimmer stattfindet: Ist das Ihr Zimmer?)

- ja nein

Oder ein eigenes Appartement? (Oder: Ist das Ihr Appartement?)

- ja nein

Haben Sie ein eigenes Bad?

- ja nein, ein Bad zusammen mit _____ anderen Personen (Zahl einsetzen)

A2 Haben Sie eine eigene Küche?

- ja nein

Wenn Sie eine eigene Küche haben: benutzen Sie die auch?

- ja, täglich ja, manchmal nein

A3 Wer hat die Möbel für Ihr neues Zimmer ausgesucht?

- Ich selbst, ohne fremde Hilfe
 Ich selbst, mit der Hilfe Anderer
 jemand Anderes, und zwar:

-
- Weiß ich nicht mehr

A4 Haben Sie hier Mitbewohner?

- ja. Wie viele? (weiter mit A5)
 nein (weiter mit A7)

A5 Ist einer der Mitbewohner/innen Ihr/e Lebenspartner/in (alternativ: fester Freund)?

- ja nein

A6 Wer hat die Mitbewohner ausgesucht?

- Ich selbst habe den/die Mitbewohner/innen ausgesucht
 Jemand anderes hat den/die Mitbewohner/innen ausgesucht, ich wurde aber gefragt.
 Jemand anderes hat den/die Mitbewohner/innen ausgesucht, ich wurde nicht gefragt.
 stimmt alles nicht, die Wohngruppe/Wohngemeinschaft bestand schon, als ich hier einzog

A7 Wenn Sie die freie Wahl hätten, wie würden Sie am liebsten wohnen?

- So wie jetzt
 Alleine
 Mit einem/einer Partner/in zusammen (auch wenn es keine/n aktuell gibt)
 In einer Wohngemeinschaft
 Anders, nämlich:

-
- Weiß ich nicht

A8 Was ist in der Wohnung/Gruppe gut? (Frage offen stellen)

(z.B. nette Mitarbeiter, nette Mitbewohner, schöne Umgebung, schönes Zimmer, gute Freizeitmöglichkeiten, Nähe zu Eltern, in der Stadt ist viel los, ich kann viele Dinge selber tun, etc.)

A9 Was in der Wohnung/Gruppe nicht so gut oder schlecht? (bitte kurz beschreiben)

A10 Welche dieser Sätze treffen zu?

Ich lese Ihnen nun ein paar Sätze vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Sätze stimmen.

	Stimmt	stimmt nicht	weiß nicht
„Ich habe einen eigenen Schlüssel für die Wohnung/Gruppe.“			
„Ich kann kommen und gehen, wann ich will.“			
„In meinem Zimmer kann ich tun und lassen, was ich will.“			
„Es gibt feste Essenszeiten, an die ich mich halten muss.“			
„Ich kann mir jederzeit Essen und Trinken aus der Küche holen.“			
„Es gibt Aktivitäten, an denen ich teilnehmen muss (z.B. Ausflüge, Gruppenbesprechungen).“			
„Ich werde wie ein /e Erwachsene /r behandelt.“			
„Ich fühle mich zu Hause.“			

B Teilhabe Beschäftigung, Arbeit und Freizeit

B1a Arbeiten Sie zurzeit?

- nein (weiter mit B1b)
- ja, nämlich
 - allgemeiner Arbeitsmarkt
 - WfbM (Arbeitsbereich)
 - WfbM (Berufsbildungsbereich)
 - Regiebetrieb (z.B. Hauswirtschaft, Landwirtschaft der Einrichtung)
 - sonstiges, bitte nennen

B1b Was machen Sie normalerweise tagsüber (Montag bis Freitag)?

(Falls der Person nichts einfällt, Beispiele nennen: Tagesstätte, Fördergruppe, Seniorengruppe)

B2 Wie viel Geld haben Sie im Monat zur Verfügung? (ungefähr)

_____ Euro weiß nicht

B3 Welche dieser Sätze treffen zu?

Ich lese Ihnen nun wieder einige Sätze vor. Bitte sagen Sie mir, ob diese stimmen.

	stimmt	stimmt nicht	weiß nicht
„Meistens gehe ich gerne zu meiner Arbeit/Beschäftigung.“			
„Ich habe oft schon vor Ende des Monats kein Geld mehr.“			
„Der Weg zur Arbeit/Beschäftigung ist anstrengend.“			
„Wenn ich zu Hause bin, ist mir oft langweilig.“			
„Ich kann selbst entscheiden, wofür ich mein Geld ausbe.“			
„Ich möchte gerne woanders arbeiten/nicht mehr arbeiten“			

B4 Welche Freizeitmöglichkeiten gibt es an Ihrem Wohnort?

Stellen Sie sich vor, Sie bekommen hier Besuch von einem/einer Freund/in oder von Verwandten.

Gemeinsam überlegen Sie, was Sie unternehmen könnten. Welche Möglichkeiten kennen Sie hier an Ihrem Wohnort, so dass Sie sie ihrem Besuch vorschlagen könnten?

Freizeitmöglichkeit/-ort	„Kenne ich hier“	„Gibt es hier, ich weiß aber nicht genau wo“	„Kenne ich hier keine/s“
Café, Kneipe oder Restaurant			
Sportmöglichkeiten: Schwimmbad, Minigolfanlage, Kegelbahn, o.ä.			
Sportveranstaltungen (z.B. Fußballspiele)			
Einen Park, Wald o.ä. für Spaziergänge			

Freizeitmöglichkeit / -ort	„Kenne ich hier“	„Gibt es hier, ich weiß aber nicht genau wo“	„Kenne ich hier keine /s“
Kirche, Veranstaltungen von Kirchengemeinden			
Vorträge, Lesungen, etc.			
Oper, Theater, klassische Konzerte, Ausstellungen			
Kino, Disco, Tanzveranstaltungen, Pop- oder Jazzkonzerte			
Geschäftsviertel o.ä. für einen Einkaufsbummel			

Andere, nämlich

B5 Was machen Sie selbst am liebsten in Ihrer Freizeit?

(offen fragen; wenn nichts einfällt, dann die Kategorien als Beispiele vorschlagen)

- Ausruhen
- Spaziergehen
- Musik hören / Fernsehen
- andere Leute treffen
- in die Disco gehen
- ins Kino gehen
- malen, basteln
- Sport
- in Kirche gehen
- anderes, nämlich

D Aufgaben im Alltag - Kompetenzen

D1 Es gibt jeden Tag eine ganze Reihe von Dingen, die man tun muss und kann. Wie ist das denn bei Ihnen? Wie läuft ein normaler Tag ab (z. B. gestern)? Sie sind wahrscheinlich als Erstes aufgestanden? (jeweils zusätzlich nach der erforderlichen Hilfe fragen)

Tagesablauf

Aktivität	selbstständig	Wenig Hilfe	Viel Hilfe	Weiß nicht
Aufstehen				
Ins Bad gehen/waschen/Zähne putzen				
Frühstückmachen				
Frühstücken				
Zur Arbeit gehen (wie? – z. B. Fahrdienst, Fahrrad, zu Fuß)				
Zurückkommen von der Arbeit				
(freie Kategorien, eintragen, was genannt wird! – z. B. einkaufen, ausruhen, Kaffee trinken, Kochen, aufräumen etc.)				
.....				
.....				
.....				
.....				
.....				
.....				
.....				
.....				
Zu Bett gehen				

E Zufriedenheit

E1 Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Dingen? (zutreffendes bitte ankreuzen)

Wie zufrieden sind Sie mit	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden	Kann ich nicht beantworten
... der Busverbindung/Zugverbindung in der Nähe?				
... den Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe?				
... den Freizeitmöglichkeiten in der Nähe?				
... Ihrem Zimmer?				
... den Gemeinschaftsräumen? (nur fragen, wenn die Person in einer Gruppe wohnt)				
... der Sauberkeit der Wohnung?				
... der Erreichbarkeit der Mitarbeiter?				
... der Freundlichkeit der Mitarbeiter?				
... der Hilfe/Unterstützung, die Sie bekommen?				
... der Möglichkeit mit Menschen zusammen zu sein, die Sie mögen? (Alternativ: Sind Sie mit Menschen zusammen, die Sie mögen?)				
... Dinge, die Ihnen wichtig sind, selbst zu entscheiden?				

Sie haben gesagt, dass Sie mit (Nennen der genannten Bereiche) unzufrieden sind. Was müsste sich verändern, damit Sie damit zufrieden sind? (alle genannten unzufriedenen Bereiche besprechen)

E2 Jetzt habe ich noch ein paar Fragen zu Ihrer Gesundheit (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	ja	nein	weiß nicht
Finden Sie, dass Sie oft krank sind?			
Schlafen Sie immer gut?			
Machen Sie sich oft Sorgen um Ihre Zukunft?			
Fühlen Sie sich oft einsam?			

Könnten Sie mir bitte sagen, wie alt Sie sind?

_____ Jahre

Schlussfrage

Wohnen Sie hier so, wie es Ihnen gefällt?

- ja
- teilweise
- nein

Gibt es Dinge, die Sie sich noch besser vorstellen könnten?

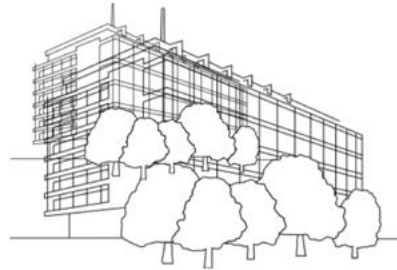
Vielen Dank für dieses Gespräch!

Nach dem Interview von der Interviewerin / dem Interviewer auszufüllen:
Anmerkungen zum Interview, zur Interviewsituation:

G 5 Erhebungsinstrument in Projektteil II (betriebswirtschaftlich-institutionelle Evaluation) und Datenspiegel

Hochschule Esslingen
University of Applied Sciences

Nah an Mensch und Technik.



[Ergebnisfragebogen](#)

[Grundgesamtheit: 21 Träger, Rücklauf: 16 Träger (76,2%)]

Umwandlung von Groß- und Komplexeinrichtungen in differenzierte gemeindenahe Wohnangebote

Umsetzung des Evaluationsprojektes Betriebswirtschaftlich–institutionelle Evaluation

vom 06.10. 2014 bis 8.11. 2014

Prof. Dr. rer. pol. Arnold Pracht
Dipl. Betriebswirtin Petra Binz

A Ökonomisch-strukturell determinierte Bedingungen und Kooperationspartner

A1 Anzahl der dezentralen Wohnangebote im Verhältnis zu den Plätzen gesamt

Einrichtung	2010	2011	2012	2013
Plätze gesamt	13.284	13.300	13.340	15.288
davon dezentral/stationär	23 %	24,5 %	26,5 %	28,3 %
davon dezentral/ambulant	5,6 %	5,9 %	5,7 %	7,4 %

(n = 13...16)

A2 Wo befinden sich die dezentralen Wohnangebote der Einrichtung?

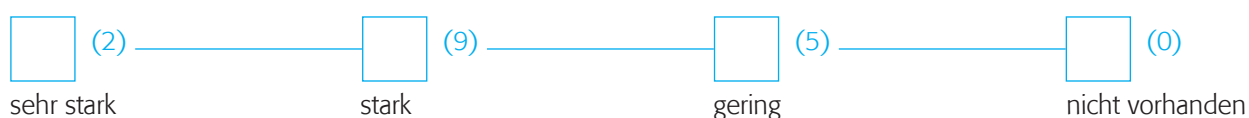
	dezentral / stationär (n=16)	dezentral / ambulant (n= 9)
im Stadtgebiet	31 %	11 %
im ländlichem Raum	13 %	
beides – im Stadtgebiet und im ländlichem Raum	56 %	89 %
im eher ländlichen Umfeld	75 %	80 %
in städtischen Quartieren	25 %	20 %

A3 Wie stufen Sie das Interesse an gemeindenahen, kleinteiligen Wohnangeboten ein?

a) Interesse der Menschen mit Behinderungen ist

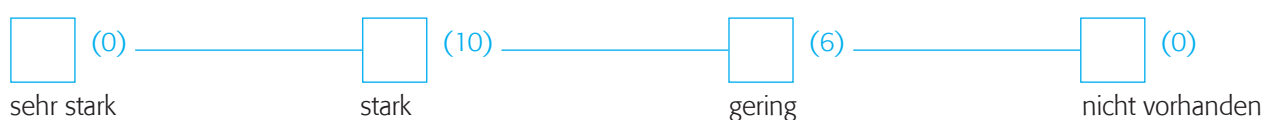


b) Interesse der Angehörigen ist



A4 Wie ist die Nachfrage nach Plätzen in traditionellen Wohnheimen*?

Die Nachfrage ist



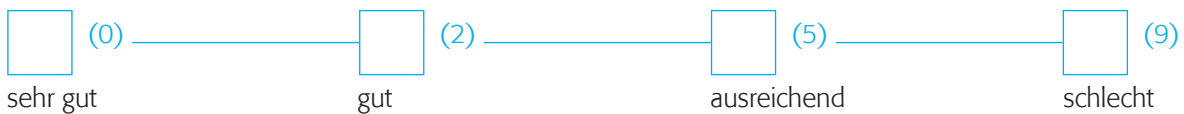
* unter „traditionellem Wohnheim“ verstehen wir ein stationäres Wohnheim größeren Ausmaßes als dies im Sinne des UGK-Projektes gefördert werden würd

A5 Gibt es Vorschläge von Elterngruppen oder Initiativen für Wohnangebote in konkret benannten Kommunen?

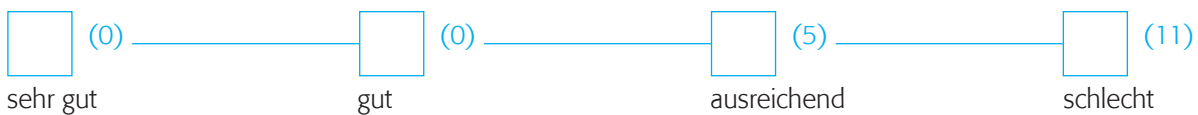


A6 Wie beurteilen Sie den Grundstücks- und Immobilienmarkt in Ihrem Geschäftsbereich**?

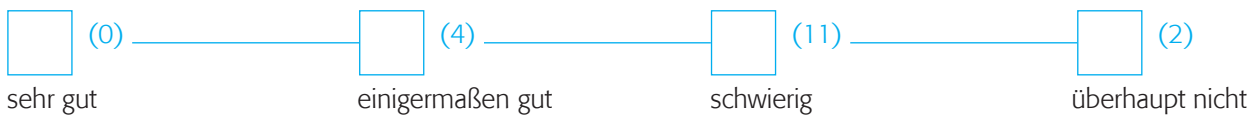
Das Angebot an Grundstücken in geeigneten Lagen ist



Das Angebot an Häusern/Wohnungen in geeigneten Lagen ist



A7 Wie lassen sich Zentralgelände und – gebäude nach Ihrer Einschätzung vermarkten?



A8 Der Preisindex für Grundstücke und Immobilien im Geschäftsbereich** liegt im Deutschlandvergleich

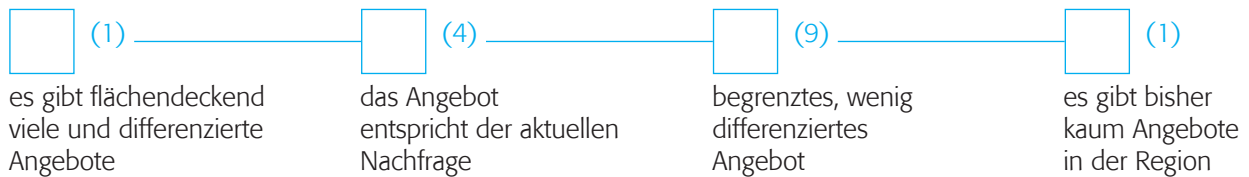


A9 Wie beurteilen Sie die Akzeptanz der gemeindeorientierten Wohnangebote im neuen Sozialraum?
(zutreffende Aussagen bitte ankreuzen)

	es herrscht eine Willkommenskultur vor	keine nennenswerten Probleme	eher reserviert und abwartend	starke Vorbehalte gegenüber den Bew.
Nie	1	1	0	3
Selten	10	4	8	12
Oft	5	11	7	0

** unter „Geschäftsbereich“ ist die Region zu verstehen, in der Sie tätig sind oder planen tätig zu werden

A10 Wie bewerten Sie das dezentrale Wohnangebot für Menschen mit Behinderungen in Ihrem Geschäftsbereich (Region)?



A11 Wie beurteilen Sie die adäquaten Versorgungsangebote in den dezentralen Wohnquartieren?
(z. B. Essensversorgung, Pflegedienste, Reinigungsdienst, Garten- und Hausmeisterdienste...)



A12 Wie stellt sich die Konkurrenzsituation bei der Regionalisierung für Ihre Einrichtung dar?



A13 Gibt es öffentliche Infrastruktur auf dem Komplexgelände zu unterhalten?

- Straßenbau (88%)
- Wasser- und Stromversorgung (82%)
- Kanalisation (82%)
- Müllabfuhr (56%)
- Sonstige (44%) Feuerwehr, Friedhof, Heizkraftwerk, Fernwärme, Nahwärmenetz, Grünflächen, Sporthalle, Kirche

A14 Wie ist Ihr Sozialhilfeträger organisiert?

(für Einrichtungen, die bundesländerübergreifend arbeiten kann beides zutreffen)

überörtlich

in Landkreisen

beides

ca. _____ 57% überörtlich ca. _____ 43% in Landkreisen

A15 Welche Aussagen treffen auf die Zusammenarbeit mit dem Sozialhilfeträger zu?

(zutreffende Aussagen bitte ankreuzen. Beliebig viele Mehrfachnennungen sind möglich)

	trifft voll zu	trifft teils zu	trifft nicht zu	weiß nicht
Restriktive Vorgaben durch den Leistungsträger verhindern innovative Lösungen	2	10	3	1
Konstruktive Zusammenarbeit ermöglicht die schnelle Umsetzung von Projekten	2	10	3	/
Flexibel, kooperativ aufgeschlossen	1	9	5	1
Abgegrenzte eigene Sozialplanungen der Leistungsträger stehen bei Entscheidungen im Vordergrund	8	3	4	/
Regionales Denken unterstützt die Standortsuche	3	7	2	4
Kontroverse Diskussionen in den Kommunen verhindern Wohnprojekte	2	3	10	/
Das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen wird oft durch eine fehlende landkreisübergreifende Sozialplanung eingeschränkt	3	8	4	1
Kommunalpolitische Erwägungen beeinflussen die Standortsuche negativ	1	2	13	/
Kommunalpolitische Erwägungen beeinflussen die Standortsuche positiv	2	10	4	/
Durch die Dezentralisierung entsteht eine starke Konkurrenzsituation	5	7	4	/
Bereits ansässige Träger werden bevorzugt	2	7	7	/
Platzneutrale Maßnahmen werden als zusätzliches Angebot gewertet, wenn das neue Wohnangebot nicht in der gleichen Gebietskörperschaft liegt wie die Komplexeinrichtung	4	6	7	/
Unklare Richtlinien für Förderung und Genehmigung erschweren und verzögern die Projekte	6	7	4	/

B Unternehmensstrategien und betriebswirtschaftliche Kennzahlen

B1 Anteil der Gemeinkosten an den Gesamtkosten 2013 (n=4)

für zentrale Wohneinheiten _____ 32,9%
für dezentral/stationäre Wohneinheiten _____ 6,6%
für dezentral/ambulante Wohneinheiten _____ 15,3%

Wenn keine Angaben über die Höhe der Gemeinkosten gemacht werden können

Gesamtkosten 2013 (n=7)
für zentrale Wohneinheiten _____ 70,6%
für dezentral/stationäre Wohneinheiten _____ 27,8%
für dezentral/ambulante Wohneinheiten _____ 1,6%

B2 Wie entwickeln sich die Einzel- und Gemeinkosten der Endkostenstellen in der Konversionsphase? (n=3)

		2010	2011	2012	2013	
Gemeinkosten	gesamt	100 %	97 %	103 %	104 %	€
	pro Platz	32 %	30 %	28 %	27 %	€
Einzelkosten	gesamt	100 %	112 %	139 %	144 %	€
	pro Platz	68 %	70 %	72 %	73 %	€

Wenn keine Angaben über die Höhe der Gemein- und Einzelkosten gemacht werden können
(keine verwertbaren Angaben)

Gesamtkosten		2010	2011	2012	2013	
Zentrale WE*	gesamt					€
	pro Platz					€
Dezentrale WE	gesamt					€
	pro Platz					€

* WE Abk. für Wohneinheit

B3 Wie entwickeln sich die Personalkosten gesamt (bereinigt um die Tariferhöhungen) in der Konversionsphase?

Personalkosten	2010	2011	2012	2013	
gesamt	25.111	26.250	27.865	28.836	T €
pro Platz	27,95	28,55	26,82	27,74	T €
	n=8	n=8	n=9	n=9	

B4 Die Dezentralisierung hat nachfolgende finanzielle Effekte bei den Tagessätzen (n=16)

	positiv	Keine	negativ
Zentral (k.A.= 6)	3	7	0
dezentral/stationär (k.A.= 6)	4	5	1
dezentral/ambulant (k.A.=10)	0	5	1

B5 Wie hoch ist der Anteil der Kosten für dezentrales Wohnen, der nicht refinanziert wird? (bitte ankreuzen)

Prozentualer Anteil an den Gesamtkosten (n=12)	
0%	2
bis 2%	4
bis 5%	2
bis 10%	2
und höher	2

B6 Wie hat sich die Personalbemessung in Folge der Dezentralisierung (2010–2013) verändert? (n=10)

	verbessert	unverändert	verschlechtert
zentral	2	7	1
dezentral/stationär	3	7	0
dezentral/ambulant	1	4	1

B7 Wie entwickeln sich die Kosten für die Beförderung in Folge der Dezentralisierung? (n=4)

(Fahrtkosten für Betreuung/Pflege/Förderung, Reinigungsdienst und Essensversorgung)

Fahrtkosten pro Bew.	2010	2011	2012	2013
zentral	100%	103%	106%	145%
dezentral/stationär	100%	108%	103%	122%
dezentral/ambulant	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

B8 Wie entwickeln sich die Kosten für Wohnen? (n=6)

€/Bew.	Miete/Mietnebenkosten		Gebäudeabschreibung/fiktive Miete/Zinsen/Instandhaltung/Energie	
	2010	2013	2010	2013
Plätze zentral	1335	1934	4503	4969
Plätze dezentral/stationär	1934	3724	5064	5631
Plätze dezentral/ambulant	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

B9 Auf welche zentralen Dienste greifen die Bewohnerinnen/Bewohner der dezentralen Wohnangebote zu? (n=13) (Bitte ankreuzen)

Zentrale Küche	9
Zentrale Reinigungsdienste	6
Technik/Hausmeisterdienste	12
Seelsorge	6
Medizinische Dienste (Ärzte...)	5
Therapeutische Dienste (Krankengymnastik, Ergo...)	6
Wäscherei	11
Sonstige	4

B10 Bitte bestimmen Sie den Umfang der in dezentralen Wohneinheiten in Anspruch genommenen Fremdleistungen seit 2010 im Vergleich zu 2013

dezentral/stationär



dezentral/ambulant



B11 Wie alt sind die Wohnheime auf dem Campus bzw. der zentralen Unterbringung? (n=15)

Alter in Jahren	bis 5	bis 10	bis 15	bis 20	bis 25	älter
Anzahl der Gebäude	10 (4%)	19 (7%)	7 (3%)	15 (6%)	27 (10%)	186 (70%)
Buchwert der Gebäude in Mio €	16,4 (15%)	20,1 (19%)	10,4 (10%)	14,5 (14%)	10,6 (10%)	34,8 (32%)

B12 Wie stufen Sie den baulichen Zustand der Gebäude ein? (n=14)

	sehr gut	gut	eher schlecht	sanierungsbedürftig
Anzahl der Gebäude	33	65	92	74
Buchwert der Gebäude	41,85 Mio € 30,8%	47,71 Mio € 35,13%	33,06 Mio € 24,74%	13,19 Mio € 9,7%

B13 Dauer der Bindefrist für die Wohnheime und Höhe der Sonderposten (n=8)

Gebäude/Jahre	unter 3	bis 5	bis 10	bis 15	bis 20	bis 25
Betrag in Mio €	2,9 (13%)	2,04 (10,5%)	8,84 (45,5%)	1,92 (9,9%)	0,2 (1,0%)	3,94 (20,2%)

B14 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit pro Bewohnerin/Bewohner

	2010	2011	2012	2013
(n=11) Gesamteinrichtung	821 €	1.054 €	671 €	470 €
(n=11) dezentral/stationäre Unterbringung	-1.351 €	-4.945 €	-3.102 €	-300 €
(n=11) dezentral/ambulante Unterbringung	520 €	1.268 €	546 €	647 €

B15 Entwicklung betriebswirtschaftlicher Kennziffern pro Bewohnerin/Bewohner

	2010	2011	2012	2013
Eigenkapital	100%	103%	114%	121%
Verbindlichkeiten	100%	99%	97%	95%
Liquidität	100%	104%	107%	109%

B16 Unterscheiden sich die durchschnittlichen Gruppengrößen in zentralen und dezentralen Wohngruppen?

Ja

12

Nein

4

wenn JA, Angaben zur Gruppengröße 2013

	zentral	dezentral/stationär	dezentral/ambulant
durchschnittliche Gruppengröße	12,8	7,9	2,0
maximale Gruppengröße	18,7	11,0	3,3
minimale Gruppengröße	6,3	4,8	1,0

B18 Beeinflussen Förderprogramme (z. B. Aktion Mensch, Leistungsträger) die Entscheidung, das Wohnangebot zu verändern, maßgeblich?

(10)

ja

(3)

ja etwas

(1)

eher nein

(1)

nein

B19 Erhalten Sie Fördermittel zum Aufbau dezentraler Wohnangebote oder haben Sie solche beantragt?

Bezogen auf dezentral/stationär

Ja Nein

Bezogen auf dezentral/ambulant

Ja Nein

B20 Wie hoch soll der Anteil der Bewohnerinnen/Bewohner sein, die in den nächsten Jahren dezentral wohnen sollen?

in %	in 5 Jahren	in 10 Jahren
dezentral/stationär	28	42
dezentral/ambulant	7	34

B21 Hat sich das eigene Angebot zentraler Dienste mit der Regionalisierung der Einrichtung verändert?

Ja Nein

Wenn ja, welche Angebote haben sich wie verändert. (bitte ankreuzen)

Dienst	wird aufgebaut	bleibt gleich	wird reduziert	wurde aufgelöst	gab es nicht
Küche	0	6	9	1	0
Reinigungsdienst	0	8	5	1	2
Wäscherei	1	8	2	2	3
Kleiderkammer	0	5	1	3	7
Technischer Dienst	0	8	7	1	0
IT/Kommunikation	8	8	0	0	0
Verwaltung	2	14	0	0	0
Seelsorge	0	10	3	3	0
medizinische Versorgung	0	6	7	2	1
Sportliche und motorische Förderung	0	3	4	3	6
Sonstige bitte ergänzen (3)					

B22 Gibt es Kooperationen mit anderen Trägern in der Region?

Ja Nein

Wenn JA, welche Leistungen / Angebote anderer Träger nehmen Sie in Anspruch?

(z. B. Essenversorgung, Reinigungsdienste, medizinische Versorgung, Schulen Werkstatt, sportliche und motorische Förderung etc.)

Lernen und Arbeiten (10x), Essen und Hauswirtschaft (6x), Tagesstruktur, Tagesförderung (4x),
Medizinische Versorgung (3x), Wohnen (2x), Sport (2x), Seelsorge (1x)

B23 Haben Sie in Ihrer Einrichtung seit Beginn der Dezentralisierung das Unternehmenskonzept verändert?

Ja Nein

Wenn JA, wie? (in Stichworten)

Unternehmensphilosophie	9
Unternehmensstrategie	8
Organisationsstruktur / Führungsebenen	13
Arbeitsteilung in den Funktionsbereichen	5
Ausprägung zentraler Dienste	6
Organisation der Informationsstrukturen	9
Personalmanagement	8
Entscheidungskompetenzen / Verantwortungsgrad in den dezentralen Wohneinheiten	10
Personalführung	4
Konzepte zur Personalentwicklung Fort- und Weiterbildung	11
Aufstiegsmöglichkeiten / Qualifikationen	4
Beteiligungskonzepte (Mitarbeiter)	8
Neue Arbeitszeitmodelle	6

B24 Wie haben Sie den Sozialraum auf Ihre Dezentralisierungskonzepte vorbereitet?

(zutreffendes bitte ankreuzen)

	ja	wird aufgebaut	Nein
Kontakt- und Begegnungsstätten	1	1	13
Sozialraumkarte	1	1	14
Wohnungsbörse für die regionalen Angebote	6	1	7
Netzwerke um geeignete Standorte zu finden	11	2	2
Kooperationspartner bei Planung und Entwicklung	14	1	1
Kooperation mit anderen sozialen Diensten	12	1	1

	ja	wird aufgebaut	Nein
andere/weitere (5)			

B25 Wie gestalten Sie die Kontaktpflege im neuen Sozialraum? (zutreffendes bitte ankreuzen)

	Persönliche Kontakte	Schriftliche Informationen	Einladungen (Richtfest, Einweihung, Informationsveranstaltungen)
Kontakte zu Kommunen/ Gemeinderäten	16	13	16
Kontakte zu regionalen Medien	12	16	16
Kontakte zu zukünftigen Nachbarn und Bürgern der jeweiligen Gemeinden	16	13	16
Kontakte zu den Kirchengemeinden	16	13	16
Kontakte zu Vereinen	15	13	13

B26 Wie nutzen die Bewohnerinnen und Bewohner der dezentralen Wohneinheiten im Allgemeinen den neuen Sozialraum? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	sehr stark	stark	kaum	gar nicht
Einkaufsmöglichkeiten	9	7	0	0
Arzt/Krankengymnastik/Physio/Ergo usw.	7	9	0	0
ÖPNV	4	9	3	0
Freizeitangebote	1	11	4	0
Kultur- und Bildungsangebote	1	8	7	0
Vereine	1	3	12	0
Kirchengemeinde	1	12	3	0

B27 Wie gehen Sie bei Rückbau und Vermarktung des Komplexgeländes vor?

Immobilienanalyse am Komplexstandort	14
Konzepte zur Nachnutzung erstellen	13
Aktive Vermarktung der Gebäude	8
Wir sind dabei ein Konzept zu erarbeiten	5
Sonstiges: Stadtentwicklung, Flächennutzung, Gesamtrahmenkonzept (stetig), Beteiligungsprozess, Dorfbewohner	

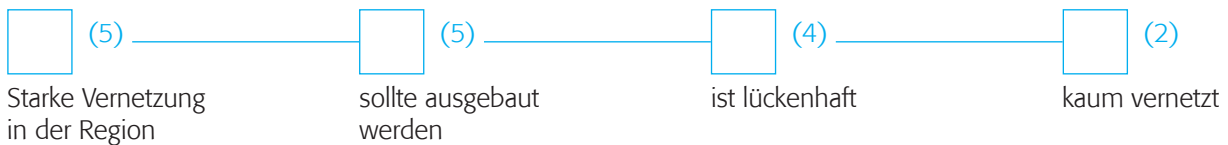
B28 Wie ermitteln Sie notwendige Angebotsstrukturen und nachgefragte Regionen und in welchen Zeitintervallen werden diese Daten erhoben?

	permanent Anlaufstelle in der Einrichtung	monatlich	jährlich	eher unregelmäßig
Aufnehmen individueller Wünsche	14	0	0	1
Orientierung an den Bedarfsplanungen der Landkreise / der überörtlichen Träger	5	0	6	3
nach Grundstücks- bzw. Objektangeboten	3	1	1	5
Sonstige				

B29 Sind die Ermittlungen standardisiert?

Ja Nein

B30 Verfügen Sie über ein Netzwerk um geeignete Grundstücke und Objekte zu finden?



B31 Sehen Sie als Träger wirtschaftliche Risiken in der Umstellung der Komplexeinrichtungen?
(in Stichworten, z. B. Bestandsrückbau, Leerstände, Auslastung zentraler Dienste usw.)

Benennen Sie die Risiken und bewerten sie auf einer Skala von 1 – 6 (1=sehr gering/6=sehr hoch) (n=16)

Risiko	1	2	3	4	5	6
Refinanzierung von Baukosten					1	1
Leerstände von Gebäuden			1	3	2	1
Steigende Betriebskosten/Bewohner (auskömmliche Tagessätze)				2	3	
Finanzierung/Liquidität			1		1	
Folgekosten der Altbauten				2	3	3
Steigende Kosten zentraler Dienste / Auslastung			1	1	2	
Steigende Personalkosten					3	1
Personalprobleme, Personalakquisition, Fluktuation				1	2	

B32 Führt der Umwandlungsprozess zu Doppelstrukturen im Bereich der Versorgung und Verwaltung?

Ja Nein

Wenn Ja, welche? (Hierzu keine Angaben)

	Ja, dauerhaft	Ja, vorübergehend	nein

B33 Wie schaffen Sie neue dezentrale Wohnangebote? (n=14)

Finanzierungsform	Anteil der Immobilien in %	Anteil der Bewohnerinnen/Bewohner in %
Miete · Freier Wohnungsmarkt · Investorenmodell	26	27
Selbsterstellter Wohnraum · neu · gebr.(umgebaut)	66	53
Erwerb über fremde Bauträger	2	2
Erwerb über eigene Bauträger	0	0

C Personalmanagement

C1 Wie würden Sie die Einstellung Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Veränderungen die Dezentralisierung betreffend am ehesten beschreiben? (n=16)

überzeugt	aufgeschlossen	ambivalent, verunsichert	skeptisch, abwartend
26%	31%	25%	18%

C2 Wie informieren Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Dezentralisierungsprozess?

interne Veranstaltungen



externe Veranstaltung



weitere/andere Informationswege [Elektronische Medien \(Internet, Intranet, TV\)](#), [Printmedien \(Infobriefe, Mitarbeiterzeitung, etc.\)](#), [Fachtage](#), [Konferenzen](#), [Projektgruppen](#).

C3 Beteiligen Sie Ihre Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter an dem Dezentralisierungsprozess?

Konzepte zur aktiven Beteiligung



C4 Bereiten Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Aufgabenfeld <dezentrales Wohnen> vor und begleiten Sie in der Konversionsphase?

	keine	einmalig	prozessabhängig	regelmäßig
Mitarbeitergespräche	0	0	5	11
Entwickeln individueller beruflicher Perspektiven	0	0	9	7

C5 Gibt es feste Strukturen, um die Erfahrungen mit dezentralem Wohnen auszutauschen?

	keine	einmalig	prozessabhängig	regelmäßig
Teamgespräche	0	0	2	14
Erfahrungsaustausch	0	0	7	9

C6 Welche Maßnahmen zur Personalentwicklung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im dezentralen Bereich bieten Sie an?

Fortbildungen zu den Themen	keine	einmalig	prozessabhängig	regelmäßig
Angehörigenbegleitung	2	0	5	6
Sozialraumentwicklung	1	1	5	6
Erschließen vorhandener Strukturen/Aufbau von Netzwerken	1	1	7	4
Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen	1	1	6	5
Führungsaufgaben	1	0	2	11
Traineeprogramme	9	0	1	3
Weitere	9	0	1	3

C7 Haben sich die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Folge der Dezentralisierung verändert?

Beschäftigen Sie heute	mehr	gleich viel	weniger	
	5	9	2	Mitarbeiter in Betreuung, Erziehung und Pflege
3	7	6	hauswirtschaftliche Mitarbeiter	
1	7	8	Reinigungskräfte	
2	9	5	technisches Personal	
1	12	3	Verwaltungsangestellte	
Beschäftigen Sie heute	mehr	gleich viel	weniger	
	6	8	2	IT-Fachleute
	4	2	1	sonstige

C8 Wie unterscheidet sich die Altersstruktur der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in zentralen von der in dezentralen Wohneinheiten?

a) dezentral/stationär



b) dezentral/ambulant

